DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

122 11. JAHRGANG November '94 8,00 DM

SOZIALPOLITISCHES FORUM 1994:

Die sozialpolitische Debatte weiterführen!

Bereits zum fünftenmal veranstalten die »Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise« (AG SPAK) und die »Sozialpolitische Gesellschaft« – in diesem Jahr vom 2. bis 4. Dezember in München – das Sozialpolitische Forum mit Hilfe zahlreicher Kooperationspartner. Inhaltliches Schwerpunktthema ist die Soziale Grundsicherung, mit deren Einführung ein Stück mehr an Gerechtigkeit in der gespalten Gesellschaft erreicht werden kann.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Marga Mitterhuber (Red. Sozialpolitik) und Dieter Poschen, Heidelberg ● In der reichen BRD leben immer mehr Menschen von Lohnersatzleistungen: 3,6 Mio. Arbeitslose, 3,5 Mio. nicht registrierte Arbeitslose, 4 Mio. SozialhilfeempfängerInnen, 1 Mio. Obdachlose. Sie fallen durch das soziale Netz. Die derzeitige Höhe der Ersatzleistungen reicht oft nicht aus, den Anspruch des würdigen Menschenlebens zu erfüllen. Hier ist eine Reform des Sozialen Systems dringend geboten.

Die Arbeitsgesellschaft in der BRD hat sich verändert. Die Erwerbsfähigen machen rund ein Drittel der hier lebenden Menschen aus. 7 Mio. Erwerbsfähige sind dauerhaft ausgegrenzt. Immer mehr Erwerbsbiographien weisen Lücken auf mit Folgen für das Sozial-System.

Schon immer werden Frauen im überwiegenden Maße ausgegrenzt vom Lohnerwerb. Sie leisten einen Großteil der gesellschaftlichen Versorgung – in der Erziehung, im Reproduktionsbereich und dem sozialen Netz. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit muß anerkannt und honoriert werden.

Die Familie als Keimzelle des Staates zementierte bislang die Abhängigkeit der Frau. Zudem beginnt sie sich heute von selbst aufzulösen. Alleinlebende, eheähnliche Gemeinschaften, Alleinerziehende, Teilfamilien, Lebensabschnittsgefährten machen ein Überdenken der Förderung der Familie notwendig.

Allein diese drei gesellschaftlichen Bereiche erfordern notwendige Entwicklungen, die der sozialen Gerechtigkeit dienen müssen. Es erscheint heute unwahrscheinlich, daß es einen Königsweg in dieser Gesellschaft für eine »ideale« Form der Sozialen Absicherung gibt. Trotzalledem ist es an der Zeit, daß wir die Vielzahl der Möglichkeiten, Ideen und Modelle prüfen, eventuell erweitern und das zweckmäßige formulieren.

CONTRASTE hatte in diesem Jahr schon mehrere Diskussionbeiträge zum Thema Grundsicherung veröffentlicht (Februar und Mai 1994). In dieser Ausgabe stellen wir in einem Beitrag von Birgit Cramon-Daiber die »Grundsicherung im Europäischen Vergleich« und das durch die Bundestagswahl leider immer noch aktuelle Negativbeispiel der im F.D.P-Parteiprogramm verankerten Forderung nach einem »Bürgergeld« vor.

Ergänzt wird unser Schwerpunkt zur Vorbereitung des »Sozialpolitischen Forums« durch die Dokumentation der 15 Thesen zur »Sozialen Demontage«, die durch Thomas von Freyberg anläßlich des 2. Bürgerforums in der Frankfurter Paulskirche im September vorgestellt wurden, einem Resümee der bundesweiten »Nacht der Obdachlosen« durch die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. und einem Beitrag von Jörg Bergstedt, der die Forderung nach einer »Jugendpolitik für Jugendliche!« aufstellt.

Denn neben dem Schwerpunktthema der Tagung werden noch weitere Arbeitsgruppen zu sozialpolitischen Bereichen zusammenkommen, z.B. Bildung und Lernen, Kinder und Kinderrechte, Soziokultur von und mit Wilden und anderen Ausgegrenzten, Ökologisches und Selbstverwaltetes Wirtschaften, Lokale Ökonomie und Lokale Sozialpolitik, Zukunft-, Prognose und Utopie, Interkulturelle Arbeit und Europäische Sozialpolitik, Soziale Ausgrenzung und Aussonderung, Aktivierungsstrategien Betroffener, Armut, Wohnungsnot und Gewalt, Jugendpolitik. Weitere Informationen gibt es bei der AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 80337 München. ●

Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 7-10.

AUS DEM INHALT:

BUNTE SEITEN MIT VERSPÄTUNG

Gewaltig verschätzt hatten wir uns mit der Ankündigung, die BUNTEN SEITEN 1995 würden Ende Oktober erscheinen. Unsere Qualitätsansprüche an den stark erweiterten Adreßbestand und auch an der neuen Gestaltung als Handbuch führen zu einer verspäteten Auslieferung: Neuer Termin ist wahrscheinlich Mitte Januar. Wir bitten alle VorbestellerInnen um Geduld!

ASPIRIN ZUR PROJEKT-FÖRDERUNG

Vor einem Jahr hatten wir an dieser Stelle die »An-schubs-Pillen in homöopathischen Dosen« für Projekte und Initiativen vorgestellt. ASPIRINA D7 wollen auch nächstes Jahr Gruppen, die in selbstorganisierten und gleichberechtigten Zusammenhängen leben oder arbeiten, mit Krediten und Spenden unterstützen. Dazu eine Bilanz der ersten Pillen-Runde und eine Einladung, wie's ASPIRINA weitergeht

MODERATE KAFFEEPREISE

... verspricht der alternative Kaffeehandel angesichts der bevorstehenden Preissteigerung um etliche DM pro Pfund herkömmlichen Kaffees. Frost in Brasilien, Weltmarkt-Preis und Ladenpreis, »Coyotes« als Zwischenhändler, Verkauf vor der Ernte: wir präsentieren jede Menge Informationen zur Ökonomie rund um die Kaffeetasse. Außerdem fragen wir nach der Naivität des TransFair-Siegels, dessen Solidaritäts-Ansätze sozusagen von der Preisentwicklung überrollt wurden, auf Seite 4.

»ROLL BACK« IN NICARAGUA

Die laufende Privatisierung in Nicaragua bewirkt auch den Entzug von Kapital und damit die Entlassung von ArbeiterInnen aus den Betrieben. Am Beispiel der besetzten Landwirtschaftsbetriebe beleuchten wir die rechtliche und finanzielle Unsicherheit angesichts nicht eingehaltener Verträge durch die Regierung und die neu eingesetzten Besitzer. Der entscheidende Streit um Privateigentum respektive gemeinschaftlich genutzten Boden, bevor der Wahlkampf losgeht auf Seite 5.

MORGENDÄMMERUNG IN DEN ALPEN

Da die massiven Berge der Alpen sowas wie das Rückgrat Europas bilden, kann ein radikaler und erfrischend emotionaler Widerstand von BewohnerInnen der Bergtäler gegen das Europa der Konzerne schon mal bildlich als Feuer für das ganze Nervensystem des Kontinents gesehen werden. Unser Autor Roman Schweidlenka berichtet vom alpinen Widerstand in Österreich, der sowohl politische und ökologische Fragen thematisiert als auch spirituelle und mythologische Inhalte neu ins Bewußtsein bringt auf Seite 11.

GRÜNKERN REIFT NICHT MEHR

Ob ein Name Symbol-Charakter habe, kann man sich natürlich immer streiten. Dennoch: Die Grünkern-Genossenschaft, eine Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft mit hohen aufklärerischen Ansprüchen, ist von der Entwicklung überrollt worden und kann ihre politische Saat nicht mehr reifen sehen. Die Entwicklung von einer Genossenschaft zu mehreren Bauernhöfen mit Direktverkauf und drei Naturkostläden, die nun »keine ideellen und sozialen Ansprüche mehr« aber gute Zukunftschancen haben, beleuchten auf Seite 12.

BLÄTTERWALD – EINE NACHLESE

Die Nachricht vom Konkurs einer der ältesten »neuen« Genossenschaften kam im Frühsommer für viele überraschend. Anfangs als politisches Modellprojekt bezeichnet, über die Jahre vielfachen Änderungen unterworfen, aber bis kurz vor dem Ende kreditwürdig, hat die sang- und klanglose Pleite doch erstaunt. Ein Interview zu den finanziellen Hintergründen und zur Entwicklung der Selbstverwaltung sowie eine Biographie des Konkurses sollen Licht ins Dunkle bringen auf Seite 13.

P 8008 E

SELBSTVERWALTETE BETRIEBE: EINE SITUATIONSBESCHREIBUNG AUS BERLIN

Im Dschungel öffentlicher Fördertöpfe

EmpfängerInnen von Sozialhilfe werden immer öfter zu sogenannten »tagesstrukturierenden Maßnahmen« verpflichtet. Längst geschieht dies auch in alternativen Projekten und selbstverwalteten Betrieben, die sich nun zwischen staatlicher Förderung und Sklavenarbeit wiederfinden.

Dorothee Wend, Berlin ● Es ist ja nichts Neues. Alternative Projekte oder selbstverwaltete Betriebe nehmen öffentliche Förderung für Sachmittel und Lohnkosten in Anspruch. MitarbeiterInnen sind oft an Ausarbeitung und Gestaltung von Förderrichtlinien beteiligt. Längst mißt sich das Ansehen auch an der Anzahl bewilligter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder anderer Förderungsmöglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit. Ständig werden neue Geldquellen aufgespürt, um das Überleben zu sichern.

Es gibt aber nicht nur Arbeitslose, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz an Maßnahmen teilnehmen, sondern sobald sie Leistungen des Sozialamtes beziehen, werden sie auch nur von dort mit Förderungen bedacht. Laut Bundessozialhilfegesetz (Paragraph 19, Absatz 2, 2. Alternative) sind Sozialämter angewiesen »gemeinnützige, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten« für Bezieher von Hilfsleistungen zum Lebensunterhalt »ohne Arbeitsvertrag« zu schaffen. Danach werden SozialhilfeempfängerInnen für stündlich bis zu 3 DM »Mehraufwandsentschädigung« zur Teilnahme an für sie »tagesstrukturierenden Maßnahmen« verpflichtet. Ausfallzeiten wie Krankheit können dabei nicht »entschädigt« werden und grundloses Fernbleiben vom Einsatzort wird mit Kürzung oder Streichung der Sozialhilfe geahndet. Das ist »unverschämt« und »Sklavenarbeit«, wie sich Juliette Güthlein vom Vorstand des Berliner Kunst- und Kulturvereins Tacheles, dem Spektakelzentrum der Oranienburger Straße, ausdrückt. Und doch finden SozialhilfeempfängerInnen den Weg auch an die Fensterscheiben dieses Betriebes. Bei den drei bis vier Leuten, die sie bisher einsetzten, hätte es sich meist um solche gehandelt, die schon vorher ehrenamtlich mitmachten, erklärt Juliette Güthlein weiter.

NEUE QUALITÄT DER BESCHÄFTIGUNG?

Da ist beispielsweise das Haus der Demokratie: Ein mehrstöckiges Gebäude im Herzen Berlins, welches seit der Wendezeit, von der SED überlassen, der Bürgerbewegung zur Verfügung steht. Die Geschäftsführung sei, betont Anne Ludwig, Verwaltungsleiterin des Hauses, vom Sozialamt gebeten worden, derartige Stellen einzurichten. Sie hätte damals nicht gewußt, daß die Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen unter Zwang geschieht. Motor ihres Handelns sei der ökonomische Zwang. Der Verein hätte die zugewiesenen Leute gebraucht. Nach Protesten seitens der Erwerbslosengruppe, die die Bedingungen der Beschäftigung kritisierten, hätte er sich von dieser Förderung unabhängig gemacht. Der Aufgabenbereich dieser gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeitsgelegenheit, so die Konsequenz aus den »unschönen« Angriffen der GegnerInnen, sei nun durch einen regulär Beschäftigten besetzt, einen ehemaligen Sozialhilfeempfänger.

Auch für das Pfefferwerk, einem Berliner Verein zur Förderung der Stadtkultur, waren Proteste ausschlaggebend, über die Beschäftigung von ca. 15 Sozialhilfeempfänger zur Winterfestmachung des Pfefferberges, dem Veranstaltungszentrum, nachzudenken. Es sollten, so Kaj Bergmann, Projektentwicklerin, in Absprache mit dem Sozialamt Einjahresverträge nach einer Probezeit vergeben werden.

Fortsetzung auf Seite 3

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Friedlich scheinen sie aussehen, die martialisch ausgerüsteten dänischen Polizeisondereinheiten, die am 24. Sept 1994 während einer antifaschistischen Demonstration im dänischen Kvaers das Haus des NF-Flüchtings Meinolf Schönborn bewachen.... als jedoch kurz zuvor einige Flaschen gegen das Nazizentrum flogen, zeigten sie, daß sie ihrem während der Europademonstrationen in Kopenhagen und bei Aktionen in Christiania erworbenen 'Ruf' als 'Prügelbullen' durchaus gerecht zu werden verstehen: Mit einem hysterischem, äußerst brutalem Hundeeinsatz wird gegen die DemonstrantInnen vorgegangen....

Als jedoch immer mehr Presse anrückt und die Bevölkerung die in einem Demonstrationszug eintreffenden Kopenhagener Autonome beklatscht, ändert sich das Bild: Deeskalation ist plötzlich angesagt, die Polizei, mittlerweile mit antifaschistischen Aufklebern an den Schilder, swingt zu der über Lautsprechern gespielten Musik mit....

Wieder ein anderes Bild am 15. Oktober: Über 200 deutsche AntifaschistInnen aus den unterschiedlichsten politischen Spektren (Gewerkschafter, Sozialisten, unabhägige Antifagruppen, Autonome), die zu einer Dänisch-Deutschen Großdemonstration gegen die Aktivitäten des Altnazis und Auschwitzleugners Thiss Christophersen ins dänische Kollund fahren wollen, werden an der Grenze in einer gemeinsamen Aktion deutsch/dänischer Sicherheitskräfte als »autonome Gewalttäter« tituliert. Sie werden festgehalten. Ohne irgendeine rechtliche Begründung wird ihnen die Einreise nach Dänemark untersagt. Die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration wird ihnen dadurch natürlich verweigert.... ●

Volker Nadolni

HANNOVER

FAUST e.V. kauft ehemalige Bettfedernfabrik

Schließlich wird man nicht alle Tage Fabrikbesitzer

Vor etwa 5 Jahren wurde die ehemalige Bettfedernfabrik Werner & Ehlers vom Verein FAUST e.V. (FAbrikUmnutzung und STadtteilkultur), einem Verein in Hannover, in dem hauptsächlich Vereine und Einzelpersonen aus den unterschiedlichsten Bereichen tätig sind (Künstlerinnengruppen, Kindergruppe, verschiedenste AusländerInnengruppen, Forum für Politik & Kultur, Radio Flora, Geschichtswerkstatt und andere Gruppen), von dem damaligen Zwangsverwalter gemietet. Der Besitzer des Geländes war damals im Konkursverfahren und hatte keinen Einfluß auf sein Grundstück. Durch den Verkauf eines Teils des Geländes wurde der Besitzer wieder liquide, das Gelände kam aus der Zwangsverwaltung heraus, und der Besitzer verlangte ab diesem Zeitpunkt den dreifachen Mietpreis (10.000 - 30.000 DM), den FAUST nicht bereit war zu zahlen. Zwischenzeitlich wurden durch den Rat der Stadt Hannover Sanierungsziele beschlossen, die für den von FAUST genutzten Teil Soziokultur vorsahen, für einen weiteren Teil Wohnungsbau und für den Rest war ein ökologischer Gewerbehof vorgesehen.

Seit etwa Anfang des Jahres stand für den von FAUST genutzten Teil im Prinzip die Finanzierung. Ein Landeszuschuß aus den Mitteln für Soziokultur von 900.000 DM und ein Darlehen von 1,25 Mio. von der Berliner Stiftung »Umverteilung« deckte den damaligen Wert, der durch ein von der Stadt erstelltes Wertgutachten festgelegt war.

Der Wohnungsbauteil sollte von einer Wohnungsbaugesellschaft getragen werden, auch hier gab es entsprechende Absprachen. Nur am ökologischen Gewerbehof haperte es immer wieder. Verschleppen in der Verwaltung und sicherlich auch gezieltes Blockieren von bestimmten Leuten aus Bezirksregierung, Land und Stadt verhinderte hier eine Entscheidung. Zwischenzeitlich trat ein suspekter Investor auf, der vorgab die Sanierungsziele zu erfüllen, trat aber vor einigen Wochen wieder von dem Plan zurück.

Durch verschiedene Gerichtsverfahren wurde für Dienstag 18.10. ein Räumungstermin festgelegt, außerdem sollten an diesem Tag die Zuschußgelder des Landes verfallen, da sie dann anders vergeben würden.

Am Vorabend kam es dann doch noch in letzter Minute zum Kauf des Geländes. 3,04 Mio. DM ist inzwischen der Kaufpreis. Bis zum 15.11. muß FAUST die entsprechenden Nachweise erbringen, eine Finanzierungslücke besteht noch, aber diese wird jetzt mit den Geldgebern verhandelt und auch mit Banken. Voraussetzung ist für den Kauf auch noch, daß die Ratsmehrheit von SPD und Grünen dem Kauf des Gewerbehofes zustimmt. Entsprechende Verpflichtungserklärungen von den Fraktionen gibt es dazu, ein Ratsbeschluß war in der kurzen Zeit nicht möglich. ●

Andreas Kröpelin, Hannover

ASPIRINA D7: FÜR PROJEKTE UND INITIATIVEN

An-Schubs-Pillen in homöopathischen Dosen

Vor genau einem Jahr veröffentlichte CONTRASTE den ersten Aufruf von Aspirina D7. Wir wollten 150.000 DM aus einem Erbe als günstige Kredite unter bestimmte Leute bringen. Wir schrieben:

-●Wir möchten Gruppen, die in selbstorganisierten und gleichberechtigten Zusammenhängen leben oder arbeiten, unterstützen.
● Privateigentum ist eine häufige Ursache für Machtpositionen. Deshalb möchten wir die Abschaffung des Privateigentums an Land, Gebäuden und Produktionsmitteln besonders fördern.
● Wir möchten Menschen, die in dieser Gesellschaft ausgegrenzt werden, in ihrem Kampf dagegen unterstützen.-

Inzwischen ist der erste Durchlauf von der Antragstellung bis zur Kreditüberweisung gelaufen. Bevor wir den nächsten Aufruf starten, hier ein kurzes Resümee:

Unser größtes Problem im Vorfeld war die Angst vor der neuen Rolle als GeldgeberInnen. Das Problem mit all seinen Facetten war von uns viel diskutiert, wurde aber kaum akut.

Insgesamt bestand ein sehr konstruktiver Kontakt zu den AntragstellerInnen. Alle Anträge waren sehr ausführlich, bzw. wurden es auf Nachfrage. Die Gesamtzahl der Anträge verlangte uns keine Selektion ab; in einzelnen Fällen mußten wir uns allerdings in der Kredithöhe begrenzen. Dabei soll auch nicht verschwiegen werden, das Kollektivbetriebe ohne oder nur mit losem Projektzusammenhang von uns deutlich nachrangig behandelt wurden. Hier sind wir in der Diskussion, wie natürlich auch an anderen Punkten. So kam es denn auch zu Verzögerungen in unserer Antragsbearbeitung.

Also: Insgesamt haben wir sieben Kredite zwischen 10.000 DM und 30.000 DM zu Zinssätzen zwischen 3% und 6% mit insgesamt langen Laufzeiten vergeben. Dazu kommen zwei Spenden zu je 5.000 DM.

Auch im nächsten Jahr wollen wir wieder 150.000 DM vergeben. Wer dazu mehr wissen möchte, wende sich umgehend an unsere Kontaktadresse. Hier erhaltet Ihr unsere Selbstdarstellung, könnt danach bis zum Jahreswechsel Anträge stellen, die wir dann bis Ostern 1995 bearbeitet haben wollen. ●

Nichts wie ran !!!!!!!!!!!!!!

Aspirina D7, Presseweg 7, 38170 Kneitlingen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FÜR NON-PROFIT-ORGANISATIONEN: KURZ BERICHTET

Broschüre I: Streifzug durch Social Marketing

In den nächsten Tagen erscheint bei der Bank für Sozialwirtschaft eine von der »Morgenwelt PR« verfaßte Broschüre zum Thema Social Marketing. Anhand zahlreicher Beispiele werden die Möglichkeiten und Risiken von Social Marketing diskutiert. Für ehrenamtlich tätige Vorstände geschrieben, bietet die Broschüre einen (hoffentlich) leicht verständlichen und gleichzeitig umfassenden Einstieg in die komplexe Thematik. Der Text, der während der Ereignisse um das Ruanda-Projekt von Care entstand, enthält auch einige Gedanken zu der überfälligen kritischen Diskussion von Social Marketing und Fundraising.

»Social Marketing – Streifzug durch Theorie und Praxis« kann für 10 Mark einschließlich Versandkosten bei der BfS bezogen werden. Frau Kühl nimmt Bestellungen telefonisch entgegen: (02 21) 97356-229 oder per Fax 97356-117.

Broschüre II: Öffentlichkeitsarbeit für soziale Projekte

Eine umfassende Broschüre zum Thema »Öffentlichkeitsarbeit für soziale Projekte und soziale Organisationen« wurde gerade vom BBJ Verlag in Berlin herausgegeben. Anhand zahlreicher Beispiele, viele aus der Arbeit von BBJ, werden die theoretischen und praktischen Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit dargestellt. Eine ganze Reihe von Abbildungen illustrieren die Medien der Öffentlichkeitsarbeit. Kapitel zu Corporate Design und dem Beruf der ÖffentlichkeitsarbeiterInnen komplettieren die Einführung.

Zum Preis von 20 Mark zu bestellen bei: BBJ Verlag, Tel. (030) 390 710

Sozial verträgliche Eiskrem

Daß man als Eisproduzent gesellschaftlich verantwortlich handeln kann, beweisen Ben & Jerry, die amerikanischen Marktführer für Luxus-Eiskrem mit 140 Mio. Dollar Jahresumsatz: 7,5 % des Gewinns gehen in eine Stiftung, mit der z.B. Initiativen gegen Atommüllendlagerung auf Indianerland finanziert werden. Der Export wird von einer Firma organisiert, die zu 30 % Menschenrechtsinitiativen gehört. Im Management beträgt der Frauenanteil 50 %. Erklärtes Unternehmensziel ist es, »sich um das Wohlergehen der Gesellschaft zu kümmern«. Dazu gehört, daß Ben & Jerry die Grundmaterialien aus genossenschaftlich organisierten Kooperativen beziehen, möglichst aus der »Dritten Welt«. Viele Zutaten werden von Arbeitsloseninitiativen geliefert. Und neue Produktionsstätten werden grundsätzlich in strukturschwachen Gebieten gebaut. Lohn des Engagements: Zwischen 1990 und 1992 stieg der Aktienkurs um 500 %.

»In einer Welt gleicher Produkte braucht man Werte als Unterschiede.«
»Geld und Engagement vertragen sich.«
»Je mehr an Profitmaximierung gedacht wird, desto weniger kreativ wird gedacht.«
(Ben Cohen, Mitbegründer von Ben & Jerry)

Imagefaktor Öko-Engagement

Nach einer neuen Studie des Möllner Marktforschungsinstituts Sample mit dem Titel »Umwelt und Verbraucher 94« betrachten 83 % der BundesbürgerInnen die Lösung der Umweltproblematik als zweitwichtigste gesellschaftliche Aufgabe nach der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. 48 % sehen das Image eines Unternehmens abhängig vom Öko-Engagement. Nach den Ergebnissen der Repräsentativstudie ist es um das Umweltimage der meisten deutschen Firmen schlecht bestellt. 65 % der Befragten kritisieren, daß Unternehmen sich in ihrer Öko-Argumentation nicht wahrheitsgemäß darstellen.

Deutsche Bahn: Ein Schritt vor, einer zurück

Erfreulich! Die Deutsche Bahn AG hat, »weil moderne Mobilität auch ihr Anliegen ist«, die bundesweite Car Sharing Aktionswoche gesponsert. Bundesweit hat die Aktion eine Flut neuer Kontakte gebracht. Auch für die Bahn war der Nutzen beachtlich. Denn mit einem minimalen Etat hat die Aktion dank des Engagements von Verband und regionalen Mitgliedern eine enorme Presseresonanz erzeugt. Unerfreulich dagegen: Bahn-Chef Dürr hat auf Druck der Automobilindustrie eine bundesweite Kampagne zum Umsteigen auf Buße und Bahnen gestoppt. Die ursprünglich mit den öffentlichen Nahverkehrsunternehmen geplante Kampagne liegt nun auf Eis. »Dürr knickt ein«, kommentierte die »WirtschaftsWoche«.

Informationen über Car Sharing und die Aktionswoche sind erhältlich bei Carsten Petersen, »European Car Sharing« in Berlin, Tel. (0 30) 611 90 25.

Kooperatives Sponsoringkonzept in Aachen

Eine neue Form von Social Sponsoring praktizieren in Aachen acht Vereine von der AIDS-Hilfe bis zum Verein für ausländische Mitbürger. Ihre Kernidee besteht darin, sponsernden Unternehmen eine Art öffentliches Spendensiegel auszustellen. Die Unternehmen entrichten an einen Pool einen Beitrag von 5 % ihres Werbebudgets, mindestens 500 DM jährlich. Der Pool verteilt die Mittel an die acht Mitglieder. Als Dank erhalten die beteiligten Unternehmen das Sponsoring-Logo als Aufkleber für's Schaufenster, für die Geschäftspost und für Anzeigen. Zielgruppe ist die örtliche Wirtschaft von den »Aachener Nachrichten« bis zur Taxizentrale. Erste Erfolgsmeldungen, wenige Monate nach dem Start, stimmen optimistisch. Bisher wurden ca. 50-60.000 Mark eingeworben. Das Konzept verbindet einige starke Vorteile: Es führt zur Ressourcenteilung zwischen den Organisationen, erhöht die Glaubwürdigkeit und erschließt die Zielgruppe der mittelständischen Unternehmen, für die Sponsoring bisher allenfalls in Form von Trikots für den »TUS Nebenan« existierte.

Auskunftsbereit zu Konzept und aktuellen Stand von »Sozialsponsor in Aachen« ist Martin Czanojan, c/o Arbeitskreis Straffälligenhilfe e.V., Tel. (02 41) 3 43 43 (Mo bis Fr, 9-12 Uhr).

Kooperatives Beratungskonzept in Köln

Wie kann auch kleineren Nonprofit-Organisationen eine qualifizierte und für sie bezahlbare Beratung angeboten werden? Antwort: Durch eine interdisziplinäre Gruppenberatung. Gemeinsam mit Herbert Urmann von der Forschungsgruppe Fokus, Manfred Keuler von der G.I.B. und Wilfried Theißen-Boljahn von der Paritätischen Geldberatung hat die »Morgenwelt PR« das Konzept der »Beratungswerkstatt« entwickelt. Über den Zeitraum eines Jahres soll eine Gruppe von acht NPOs in Fragen von Organisationsentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising und Marketing beraten werden. Neben der fachlichen Qualifizierung soll die Kooperation und der Erfahrungsaustausch zwischen den Gruppen gefördert werden. Die »Morgenwelt PR« hat ihren Sitz in Köln und deshalb kommen zunächst nur TeilnehmerInnen aus dem Kölner Umfeld in Frage.

Das Konzept der Beratungswerkstatt kann über die »Morgenwelt PR«, Fax (02 21) 12 02 96 angefordert werden.

Tagungen zu Fundraising und Ethik im Spendenwesen

● »Fundraising – Chancen auch für kirchliches Denken und Handeln?« ist am 28. und 29.10. Thema einer Tagung in Bad Herrenalb. Die von der evangelischen Akademie Baden organisierte Veranstaltung kostet mit Übernachtung und Verpflegung 110 Mark.
● »Ethik im Spendenwesen« ist Thema einer Fachtagung des Deutschen Spendenrates am 27. und 28.10. in Bonn. Kosten hier mit Übernachtung 300 Mark.

Auskunft geben:
Fundraising: Ralf Stieber, Tel. (07 21) 93 49-297.
Ethik: Helmar Schmitz von Hülst, Tel. (02 28) 26 56 80 ●

Aus: Benefit, Fax-Nachrichten der Morgenwelt PR, Agentur für SozialMarketing und Fundraising GmbH, 50670 Köln, Hansaring 8. Die regelmäßig erscheinenden Fax-Nachrichten sind für Non-Profit-Organisationen kostenlos und können über die Fax-Nr. (02 21) 12 02 96 angefordert werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Im Dschungel öffentlicher Fördertöpfe

Nicht nur die ausbleibenden Verträge – das Sozialamt verwies auf leere Kassen –, sondern auch ein »U-Boot« aus der Kreuzberger Erwerbslosengruppe hätten Diskussionen innerhalb der Geschäftsführung und Projektleitung losgetreten. Es sollen zukünftig nur noch SozialhilfeempfängerInnen nach dem Paragraph 19(2)2. Altern. beschäftigt werden, wenn das Sozialamt seinerseits Arbeitsverträge zusichere, beschreibt Kaj Bergmann den Konsens. In diesem Projekt sind jedoch vier Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur bautechnischen Anleitung und sozialen Betreuung integriert. Und ihre Zukunft hängt unmittelbar von den zwangsweise zu drei-Stunden-täglich Verpflichteten ab. Ein wesentlicher Unterschied zur Empörung Mitte der 80'er Jahre, als SozialhilfeempfängerInnen im öffentlichen Dienst als Laub- oder Müllkehrer eingesetzt wurden. Heute gibt es kaum noch eine Lobby gegen diese Form der Zwangsarbeit. Stattdessen kursiert hartnäckig der Glaube, SozialhilfeempfängerInnen zu helfen, da sie nicht übermäßig körperlich arbeiten müßten, oder leichter an den begehrten Stundennachweis herankämen.

ES IST UNTERBEZAHLTE ARBEIT!

Auch wenn die Arbeit in einem Projekt angenehmer sei, ausgebeutet fühle er sich allemal, äußert sich ein Betroffener. Er hätte sich gerade erst beim Sozialamt gemeldet, als er auch schon als »Gemeinnütziger« zugewiesen wurde. Für Doris Laaß-Schweinfurth, Mitarbeiterin im Gesundheitszentrum Grophiusstadt, ist augenfällig: je höher die Arbeitslosenzahlen, umso restriktiver werde mit Zwangsmaßnahmen umgegangen. Dabei sei es völlig willkürlich, wer zu solchen Arbeiten herangezogen würde. Auch Frauen mit dreijährigen Kindern würden dazu herangezogen, ohne daß die Kinderbetreuung währenddessen gewährleistet sei.

Die meisten SozialhilfeempfängerInnen wären richtig froh, stellen hingegen die von mir befragten VertreterInnen der Vereine und Betriebe fest, gebraucht zu werden und unter Menschen zu kommen. Natürlich habe man keinen gezwungen, betont Anne Ludwig. Was aus denen geworden sei, die nicht zur Arbeit erschienen, kann sie mir nicht beantworten. Das ist das Problem des Betroffenen mit dem Sozialamt. Viele VertreterInnen können oder wollen sich nicht vorstellen, daß es zu Kürzung der Sozialhilfe kommt.

Natürlich sei das Zwangsarbeit, steht für einen anderen Sozialhilfeempfänger fest. Er brauche keine tagesstrukturierende Maßnahme, er wisse seine Zeit einzuteilen. Ihm ist die Erniedrigung anzumerken, den Dreck Anderer wegmachen zu müssen, die viel mehr Geld hätten. In linken oder alternativen Kreisen werden Menschen am sozialen Rand längst nicht mehr bedauert. Vom Abzocker ist die Rede, der nur zu faul sei, richtig zu arbeiten oder lieber schwarz dazuverdiene. Das Bild des Spielers macht die Runde, der erfinderisch dem Staat das Geld aus der Tasche ziehe. Die offiziell 7,5 Mio Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen, die Dunkelziffer hat längst die 10 Mio-Grenze überschritten, alles »schwarze Schafe«? Laut Spiegel (45/93) »reagieren gut 50 Prozent der Angesprochenen zunächst ablehnend und etwa 10 Prozent weigern sich hartnäckig, ihrer Arbeitspflicht nachzukommen«.

MOTIVATION UND INTEGRATION

Das Motiv der Resozialisation ist schwer nachzuvollziehen. Neben Zwangscharakter und Unterbezahlung dauert eine gemeinnützige Tätigkeit in der Regel zwischen 14 Tagen und drei Monaten und in den seltensten Fällen folgt eine Maßnahme mit Arbeitsvertrag. Beim Pfefferwerk warten derzeit noch neun der 15 Leute auf Verträge.

Ein wirtschaftlicher Nutzen, darin sind sich die Vertreter der von den betroffenen Projekten unbeliebten Erwerbslosengruppe in Berlin einig, wäre nicht eindeutig nachweisbar. Um Abschreckung hingegen geht es sicherlich. Immer häufiger werden Untertarifanstellungen oder ungesicherte Jobs angenommen, um drohender Arbeitslosigkeit zu entgehen. Insofern gilt diese Maßnahme nicht SozialhilfeempfängerInnen allein, sondern vor allem potentiell Betroffenen.

Freie Träger förderten die Akzeptanz von Zwangsarbeit, so die Einschätzung der autonomen Erwerbslosengruppe, wenn sie ausreichend Stellen anböten. Angemessene Entlohnung verkommt zu einer nachgeordneten Rolle. Angesichts der Niedrigstentschädigung wird nur gearbeitet, um »abends müde auf das Lager zu sinken in dem frohen Bewußtsein, zu wissen was getan wurde«, formuliert es bereits ein Aufruf zum freiwilligen Arbeitsdienst 1931.

Auffällig ist allemal, wie wenig diese Betriebe oder Projekte über gemeinnützige, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten diskutieren. Kaum ein Projekt weiß von dem anderen. Und es sind nicht nur die kleinen Projekte, wie Kaj Bergmann feststellt, die sich mit der Problematik zu wenig auseinandergesetzt hätten. Auch der Hinweis auf eine andere Arbeitsmentalität im Osten der Republik, daß diese Arbeitsgelegenheit nicht als repressiv empfunden werde, ist nur ein unzureichender Erklärungsversuch. Geht es nicht längst um die schlichte Selbsterhaltung? Im alltäglichen Existenzkampf der Projekte ist derzeit kein Platz für Überlegungen, wohin der Wagen rollt oder zu Alternativansätzen. Ganz zu schweigen von Gesprächen mit Betroffenen selber, wie sinnvolle Motivation auf freiwilliger Basis durchgesetzt werden könne. ●

Dieser Beitrag wurde im Auftrag der Red. Handwerk verfaßt.

Gemeinsame Aktion von Erwerbslosen und JobberInnen vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln als Auftakt einer bundesweiten Kampagne gegen Zwangsarbeit und Ausweitung nichtexistenzsichernder Arbeitsverhältnisse Foto: S. Hensel/transparent

ELEKTROSMOG:

Entspannung im Schlafzimmer

Elektrosmog ist das neue Schlagwort für elektromagnetische Umweltverschmutzung. Was sich erschreckend anhört, ist eine Strahlungsbelastung, die man messen und durch geeignete Maßnahmen verringern und entschärfen kann.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Wie die Wetterbewegung in der Atmosphäre zu niederfrequenten Schwingungen führt, die als Ursache für »Wetterfühligkeit« in Betracht kommen. So führen technische nieder- und hochfrequente Felder teilweise zu körperlichen Reaktionen. Cort Windeler, Elektroinstallateur aus Otterstedt (nähe Bremen), der sich mit diesen Fragen beschäftigt, meint: »Es kommt auf den allgemeinen Gesundheitszustand an. Die Auswirkungen auf den Einzelnen sind unterschiedlich.« Kurzfristige Folgen können Streßerscheinungen und Nervosität sein. Längerfristig können elektromagnetische Felder zu gestörter Hormonregulation, Allergien und Immunschwäche führen.

NATÜRLICHE UND TECHNISCHE STRAHLUNG

Die Informationsübertragung im menschlichen Körper erfolgt über elektrische und magnetische Vorgänge. Durch äußere elektrische Einwirkungen können Störungen der »Steuerzentralen« wie dem Nervensystem und dem Hormonhaushalt eintreten. Nun wird jeder sagen, es gebe auch natürliche Strahlungen. »Die technischen Felder sind von den natürlichen völlig unterschiedlich,« meint Cord Windeler dazu. Natürliche elektromagnetische Wellen mit ihren geringen Energien und zeitlichen Rhytmen haben offenbar Regelfunktionen im Organismus zu erfüllen. Das elektrische Wechselfeld und die mechanische Vibration der Erde stimmen mit der biologischen Grundschwingung um 10 Hz überein. Die Gehirnfrequenz liegt im Ruhezustand auch bei 10 Hz (Hz = Hertz, Maßeinheit der Frequenz). Die Abschirmung der äußeren natürlichen Wellen (z.B. durch Stahlbetonbauweise) und die Einflüsse künstlicher Wellen und elektromagnetischer Strahlungen (z.B. des Hausstromnetzes, Frequenz 50 Hz) führen zu Disharmonien im menschlichen Organismus. Quellen der künstlichen Strahlung sind das Radio, der Fernseher, Mikrowellenherde, kabellose Telefone, Richtfunkanlagen, Radaranlagen, Hochspannungsleitungen, elektrische Geräte wie Herd und Kühlschrank oder ganz einfach auch stromführende Kabel und Leitungen.

FÜR ÄRZTE AUFSCHLUSSREICH

»Messungen im Wohnbereich und am Arbeitsplatz sind aufschlußreich für die ElektrosmogBelastung. Die Meßtechnik ist soweit, daß 24-Stunden-Messungen möglich sind, die auf Diagramme aufgezeichnet werden und deren Analyse nachher für einen aufgeschlossenen Hausarzt interessant sein kann,« erklärt Cord Windeler Möglichkeiten zur Untersuchung. Oft arbeiten Heilpraktiker und Baubiologen zusammen, und es gebe Genesungserfolge: »Ich habe auf einer Baustelle in Hamburg die Elektroinstallation umgebaut, während in dem Haus auch andere baubiologische Maßnahmen durchgeführt wurden. Danach ist bei der Frau des Hauses eine starke Migräne wieder völlig verschwunden.«

Der menschliche Körper scheint also auf zwei Arten von veränderten Bedingungen beeinflußt zu sein: Strahlenmangel einerseits, weil die natürlichen niederfrequenten Wechselfelder zum Beispiel durch Metalle abgeschirmt werden. Die Durchlässigkeit von Stahlbeton liegt bei 3%. Auf der anderen Seite Strahlenstreß durch unnatürliche technische Strahlungen. »Strahlenmangel wirkt wie Vitaminmangel und Strahlenüberschuß wie Gift,« schreibt das Institut für Baubiologie in Neubeuern (IBN).

Cord Windeler, Elektroinstallateur und Baubiologe, zeigt ein »abgeschirmtes« Kabel. Ein Kupfermantel soll die HausbewohnerInnen vor elektrischen Wechselfeldern schützen. Foto: Götz Paschen

NETZFREISCHALTUNG ODER ABGESCHIRMTE KABEL

Cort Windeler listet die möglichen Maßnahmen, »hausgemachten Elektrosmog« zu verringern nach ihrer Kostenintensität auf. Die Billigst-Lösungen seien, Stecker zu ziehen, wenn Geräte nicht benutzt werden, unnötige Kabelmeter und Dreifachstecker zu vermeiden und nachts die Sicherung herauszudrehen (als eine Art »Netzfreischalter«). Wichtig ist auch, daß das Schlafzimmer »entspannt« wird. Fernseher, Stereoanlage, elektrische Radiowecker, Dimmer, Telefone, Antennen und unnötige Verlängerungskabel haben hier nichts zu suchen – schon gar nicht in der Nähe des Kopfschlafbereichs. Auf fragwürdige elektrische Geräte sollte man verzichten: Die elektrische Zahnbürste ist ebenso überflüssig wie Heizdecken, die sich durch Wärmflaschen ersetzen lassen.

»Mit einem Netzfreischalter kann man gesamte Wohnbereiche lahmlegen. Wenn kein Strom gebraucht wird, schaltet er den entsprechenden Stromkreis selbständig ab und bei Bedarf wieder zu,« erläutert der Elektroinstallateur eine weitere Lösung. 300 bis 400 Mark kostet diese Maßnahme, und der Netzfreischalter ließe sich ohne großen Aufwand in den Verteilerkasten einbauen. Abgeschirmte Kabel als teuerste Variante sorgen dafür, daß von der Installation keine Strahlung mehr nach außen dringt. Hier seien 1/3 Mehrkosten bei der kompletten Installation zu kalkulieren. ●

LITERATUR ZUM THEMA:

Einen guten fundierten Überblick über dieses Thema bietet ein Heft der Reihe Fernlehrgang Baubiologie: »Fernlehrgang Baubiologie, Lehrbrief 17: Strahlungsklima im Lebensraum des zivilisierten Menschen Kap. 9« von Dr. Anton Schneider.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung. Das Heft kostet 26,50 DM (incl. Porto). Bezugsadresse: Institut für Baubiologie und Ökologie (IBN), Holzham 25, 83115 Neubeuern, Tel. 08035/2039.

Anzeige

KAFFEEPREISE

Wem nützt der hohe Preis ?

Angekündigt sind sie überall: Preissteigerungen für Kaffee. Um etliche DM wird das Pfund herkömmlichen Kaffees teurer werden. Woran das liegt, warum auch der alternative Kaffeehandel um moderate 1 DM erhöht, beschreiben die Autoren von »El Rojito« **.

Gerrit Höllmann, Karl Schaaf, El Salvador Initiative Hamburg ●
Bis April diesen Jahres ist eigentlich nichts dramatisches passiert. Jedenfalls gab es kein besonders dramatisches Ereignis. Dramatisch kann Mensch höchstens die Folgen der niedrigen Preise für Kaffee nennen, die es seit dem Ende des internationalen Kaffeeabkommens 1989 gab: Armut und Elend vor allem für die kleinen ProduzentInnen in den Kaffeeanbauländern und die LandarbeiterInnen. Das internationale Kaffeeabkommen hatte einigermaßen stabile Preise bedeutet, die zumindest halfen, die Existenz zu sichern.

Nach 1989 sank der Weltmarktpreis (= WM Preis) unter die Erzeugungskosten, und hatte seinen Tiefststand Anfang 1992 mit 60 Dollarcents pro libra (= 454g). Folge davon waren Qualitäts- und Mengenrückgänge, da viele kleine ProduzentInnen die Kaffeeproduktion aufgaben bzw. vernachlässigten. Einzelne Produktionsländer reduzierten ihre Erntemengen. Dadurch sank die Weltproduktion langsam und lag bereits im Jahre 1993 leicht unter der Weltnachfrage (s. Grafik). An sich erst einmal nichts beunruhigendes für die traditionelle Kaffeewirtschaft, denn immerhin liegen mehrere 10 Mio. Sack Kaffee sowohl in den Hersteller- als auch in den Verbraucherländern auf Lager. Zum Ende der Ernteperiode 1993/94 stand fest, wie groß die Fehlmenge diesmal ist, und siehe da: der WM Preis stieg auf eine Höhe, die vor 1989 üblich war, circa 1,25 Dollar wurden für ein libra, entsprechend 454g, wieder gezahlt.

Nun passierte etwas regelwidriges: Die Natur verdarb das Marktspiel durch Schädigung großer Teile der brasilianischen Kaffeeproduktion in Folge von Frosteinbrüchen im Juni.

Wie Mitarbeiter der bekannten Firma Rothfoss bei Helikopterrundflügen (warum haben die es wohl so eilig?) über den wichtigsten Kaffeeregionen des größten Produktionslandes (30% der Weltexporte) feststellen mußten, wird sich die Ernte dieses Landes im Jahr 1995/96 um 20% verringern, da ganze Kaffeepflanzen vom Frost geschädigt wurden. Die aktuelle Ernte 1994/95 wird nur gering betroffen sein, da die Bohnen bereits gut entwickelt sind. Folge dieses Frostes war ein Höchststand des WM Preises Mitte Juli bei über 2,30 Dollar. In der Folge sank der Preis wieder langsam auf 2 Dollar und liegt jetzt wieder (FR, 26.8.94) bei 1,91 Dollar – mit steigender Tendenz.

HINTERGRÜNDE

Bekanntermaßen leben die großen Konzerne nicht gerade von der Hand in den Mund, will heißen, daß sie den Kaffee, den wir morgen bei Ihnen kaufen werden (... wer wird denn!!) schon vor einigen Monaten eingekauft haben. Demnach also auch noch zu recht niedrigen Preisen. Dafür wollen sie aber jetzt schon eine recht anständige Preiserhöhung haben, die sie in ihre Tasche stecken werden. Zugeben werden sie es natürlich nicht, bekanntlich »schlagen die höheren Einkaufspreise...« usw. In Wirklichkeit wollen sie mehr Geld einnehmen für die in Zukunft steigenden Einkaufspreise und die Konzerngewinne. (Manchmal trifft Mensch ja beim Zeitungblättern auf so eine Konzernbilanz, und findet auch tatsächlich die Zeile: Gewinn vor Steuern....).

Wer hat denn nun sonst noch etwas von den höheren WM Preisen? Die Menschen, um die wir uns sorgen, jedenfalls in aller Regel nicht: Die kleinen ProduzentInnen - und dazu zählen auch die meisten Kooperativen - haben aufgrund fortwährender Finanzknappheit ihren Kaffee (zum Teil lange vor der Ernte, z.B. um Geld für Dünger zu bekommen) bereits verkauft. Zu dem Preis der damals aktuell war, also lange vor dem Anstieg. Noch schlechter sind die dran, die an die Coyotes, die ausbeuterischen Zwischenhändler verkaufen müssen, da sie keine Transportmöglichkeit haben. Gut haben es nur die Händler bzw. Firmen, die Kaffee auf Lager behalten konnten, die profitieren bereits jetzt von den höheren Preisen.

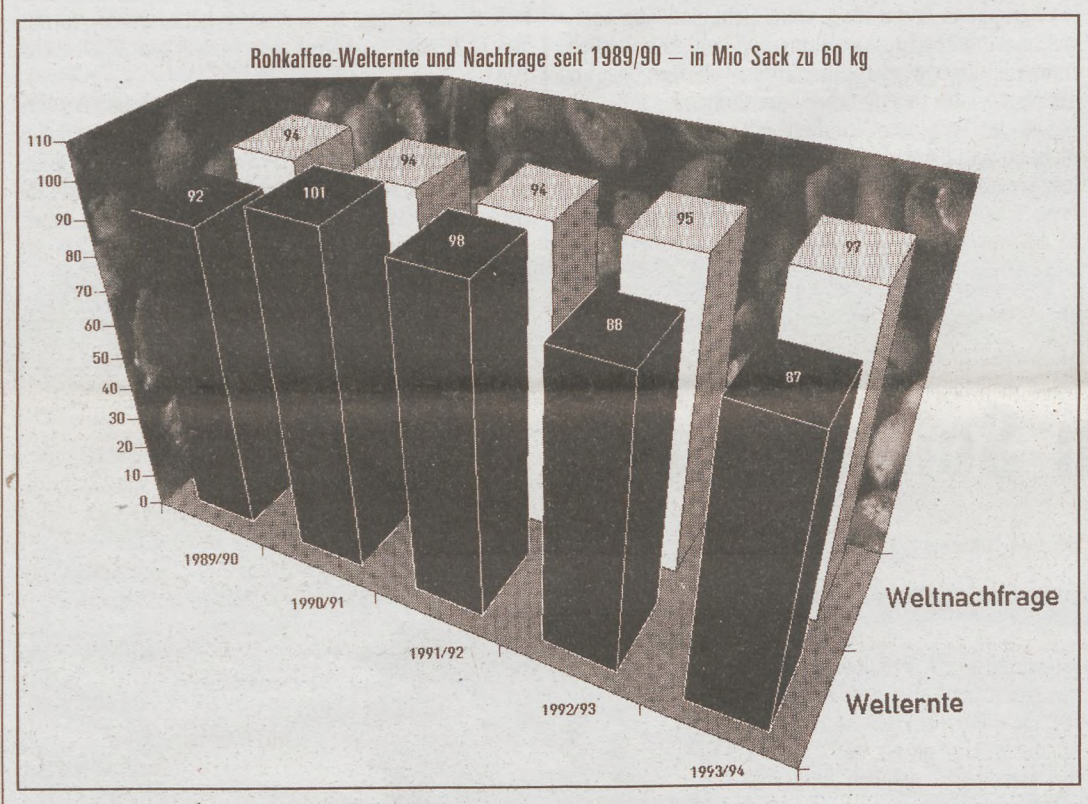
Die anderen nur dann, wenn der Preis bei der kommenden Ernte (94/95) noch hoch ist.

Der aktuell hohe WM Preis ist (wenn Mensch in den Marktmechanismen argumentiert) aufgrund der gesunkenen Produktionsmenge sicherlich gerechtfertigt. Ob nun in dieser Höhe sei dahingestellt. Zum Hochschnellen auf astronomische Höhen haben die Spekulation sowie die Warentermingeschäfte beigetragen.

Im Herbst 1993 hatte eine große Zahl von Produktionsländern in einem Abkommen beschlossen, bis zu 20% der Erntemengen zurückzuhalten. Aufgrund der relativ niedrigen Preisgrenzen dieses Rückhalteabkommens wurde aber bereits im März 1994 der gesamte zurückgehaltene Kaffee freigegeben. Dieses Abkommen konnte in der Anfangsphase einen leichten Preisanstieg begünstigen, hatte aber auf die aktuellen Veränderungen keine Auswirkungen. Der WM Preis wird erst einmal relativ hoch bleiben, da die Erntemenge in Brasilien bis in 1995/96 stark reduziert ist, und andere ProduzentInnen die Produktion nicht so schnell und stark erhöhen können.

EL ROJITO UND DIE PREISERHÖHUNG

Seit Jahren zahlen wir beim Einkauf unserer Kaffees über die MITKA einen festen Preis von 1,32 Dollar beim herkömmlichen bzw. von 1,56 Dollar beim ökologischen Kaffee. Dabei betrugen diese Preis zeitweise mehr als das Doppelte des Weltmarktpreises (siehe Grafik). In Zukunft werden wir, und auch alle anderen MITKA-Gruppen, 10% Aufschlag auf den WM Preis zahlen - beim Organico entsprechend mehr. In Zukunft deshalb, weil wir schon fast den gesamten Kaffee importiert hatten, als der WM Preis anstieg. Deshalb könnten wir zur Zeit unsere Preise so lassen, wie sie bisher waren. Das wollen wir aus zwei Gründen nicht: 1. Den ProduzentInnen entsteht praktisch aus der Tatsache, daß wir den Kaffee so frühzeitig importiert haben, ein Nachteil, denn: hätten wir den Kaffee erst im Juni 94 gekauft, wären die Preise entsprechend höher gewesen. 2. Alle anderen Kaffeesorten, ob herkömmlich oder alternativ gehandelt, werden teurer oder sind es bereits geworden. Wenn nun nur die Sandino-Dröhnung beim alten Preis bleibt, wird es einen »Run« geben. Diesen erhoffen wir schon seit Jahren, aber bitte nicht weil unser Kaffee billiger ist, sondern wegen anderer, qualitativer oder politischer Aspekte. Ein Run auf unsere Kaffees hätte zudem die Folge, daß die Menge, die wir auf Lager haben, nicht bis zum neuen Import ausreichen würde. Das will niemand.



Aus diesen zwei Gründen hat sich ab 1. 9. 94 folgendes geändert: Wir erhöhten die Spende, die wir beim Verkauf des Kaffees einsammeln, von bisher 1 DM pro Kg auf 3 DM. Diese geht in voller Höhe nach Nicaragua bzw. nach El Salvador, um so über Projekte wiederum den ProduzentInnen zuzukommen. Dadurch erhöhen sich alle Endverkaufspreise um 1 DM pro Pfund.

Dies ist nur eine Zwischenlösung: Ab Anfang nächsten Jahres wird sich einiges ändern, denn dann können wir sagen, wieviel der neue Kaffee ungefähr kosten wird, und entsprechend für das nächste Geschäftsjahr kalkulieren. Voraussichtlich wird die Spende dann wieder auf das normale Maß reduziert.

WER PROFITIERT VOM HOHEN WELTMARKTPREIS

»Dem kleinen Produzenten bleibt von seiner Ernte lediglich das Abwasser aus der Kaffeereinigung; die »Honigfrucht« ist für den Coyoten, der damit Geld verdient.«

So kommentiert der indianische Kleinbauer Fernando Perez* aus Honduras mit weniger als vier Hektar Kaffeeland seine Situation. Mehr als zwei Drittel aller KaffeeproduzentInnen Mittelamerikas sind in der Vermarktung von den Coyoten, wie sie die Zwischenhändler nennen, abhängig. Von diesen erhalten sie lediglich 30 bis 50 Prozent des Weltmarktpreises. Da sie sich nur selten mit der Entwicklung auf dem Weltmarkt auskennen, sind sie den Preisdiktaten der Zwischenhändler ausgeliefert. Durch die Kaffeekrise der letzten Jahre hochverschuldet, sind sie gezwungen, ihre Ernte schon im voraus zu einem schlechteren Preis an die Zwischenhändler zu verkaufen.

»Der Zwischenhandel ist das Hauptproblem, das uns alle betrifft. Er hat viel Armut gebracht, weil der Kleinbauer seinen Kaffee zu einem minimalen Preis verkaufen muß. (..) Dadurch wird verhindert, daß er sich einer Kooperative anschließt und sich am nationalen oder internationalen Markt beteiligt«, meint der honduranische Kleinbauer Juan Paredes*, der sich mit 30 anderen aus einem entlegenen Bergdorf letztes Jahr zu einer Kooperative zusammengeschlossen hat. Ihr erster Versuch, eine kleine Menge Kaffee an eine alternative Handelsorganisation zu verkaufen, wäre fast gescheitert. Die Exportabteilung des honduranischen Verbandes kleiner Kaffeeproduzenten (AHPROCAFE) hatte mehrere Tage lang vergessen, einen LKW zum Abtransport des Kaffees zu schicken. Selbst Paredes, der Vertreter seines Departements im Leitungsrat von AHPROCAFE ist, fiel es schwer, seinen Kaffee während der langen Zeit der Unsicherheit und des Wartens nicht doch an den lokalen Zwischenhändler zu verkaufen.

Nachdem die Ernten in ganz Mittelamerika im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent geringer ausgefallen waren, machten sich die Bauern große Sorgen, wie sie die Vereinbarung des allgemeinen Mengenrückhalteabkommens, das sie zu einer Zurückhaltung von 20 Prozent der Erntemenge verpflichtet, zusätzlich erfüllen sollten, ohne völlig pleite zu gehen. Dann ergab sich aufgrund der Nachtfröste auf den Kaffeeplantagen in Brasilien plötzlich ein Defizit von 10 Mio. Sack Kaffee auf dem Weltmarkt und die Preise stiegen über 220 US-Dollar pro 100 Pfund Arabica-Kaffee. Alle noch zurückgehaltenen Mengen wurden sofort freigegeben.

Im Gegensatz zu den kleinen Kaffeeanbauern sehen sich die Besitzer mittelgroßer Fincas in nahezu rosigen wirtschaftlichen Zeiten.

Der mittlere Produzent Salvador Becerra* aus Honduras erklärt sogar, bei höheren Weltmarktpreisen würde er seinen ArbeiterInnen den Tageslohn von 1,20 US-Dollar verdoppeln. Doch auch ein auf 2,40 US-Dollar verdoppeltes Tageseinkommen deckt kaum das Existenzminimum einer SaisonarbeiterInnenfamilie. Becerra hat die Probleme der Kleinbauern nicht. Er hat einen eigenen LKW und bringt als Zwischenhändler neben seiner Ernte dazugekauften Kaffee direkt zu einem Exporteur. Zudem betätigt er sich im Dorf als Geldverleiher, wenn's bei den ärmeren Familien mal knapp wird. Ein Geldhai sei er deshalb nicht, attestieren ihm die anderen Dorfbewohner.

Neben den mittleren ProduzentInnen, Großplantagenbesitzern und Exporteuren können auch diejenigen Kooperativen in Mittelamerika, die ihren Kaffee direkt exportieren, einen Nutzen aus den gestiegenen Weltmarktpreisen ziehen.

In Nicaragua muß der genossenschaftliche Kaffeesektor die staatlichen Kredite in Höhe von 6 Mio. US-Dollar für den Kauf von 37 bereits genutzten Kaffeefincas zurückzahlen. Außerdem wurde mit der Regierung ein bis April gültiger Rabatt von 50 Prozent ausgehandelt, der sich danach auf 20 Prozent reduzierte. Mit einem Zwischenkredit solidarischer GeberInnen aus der BRD konnte bereits ein Zehntel des Landes gekauft werden. Die Mehreinnahmen aus dem gestiegenen Weltmarktpreis kommen dem genossenschaftlichen Kaffeesektor sehr gelegen, um das restliche Land so bald wie möglich zu erwerben und den Zwischenkredit zurückzuzahlen.

Auch in El Salvador können die Kaffeekooperativen ihre Landkredite, die sie während der Agrarreform Anfang der 80er Jahre oder im Zuge des Friedensabkommens 1992 erhielten, schneller abbezahlen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, um überhaupt einen Eigentumstitel zu erhalten.

Doch einige Kooperativen haben noch höher gepokert. In den Bergen von Usulutan wurde für eine Gruppe ehemaliger KämpferInnen der FMLN eine neue große Kaffeeverarbeitungsanlage gebaut, die die Europäische Union mit einem Kredit in Höhe von ca. einer Mio. Mark finanziert. Da eine rentable Auslastung der Anlage noch nicht in Sicht ist, ist es um so wichtiger, daß sie wenigstens schuldenfrei in Betrieb genommen werden kann.

Viele dieser Kooperativen haben in den letzten Jahren mit dem organischen Anbau von Kaffee begonnen. Es ist zu hoffen, daß diese Anstrengungen aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise für herkömmlich angebauten Kaffee nicht eingestellt werden.

Der Agrarreformkooperative Las Cruces im Westen El Salvadors geht es so gut, daß sie bis zur nächsten Ernte ganz auf organischen Anbau umstellen will. Grundlage ihres Erfolges ist eine ausgelastete Verarbeitungsanlage, wie der stellvertretende Geschäftsführer José Manuel Luján* erklärte: »Allgemein benötigen wir, daß die Preise die Produktionskosten decken, was die letzten zwei Jahre nicht der Fall war. Gott sei Dank konnten wir durch die Extraeinnahmen aus unserer Verarbeitungsanlage, an der wir fremden Kaffee zum Export aufbereiten, die Verluste ausgleichen. Anderseits bestehen mit besseren Preisen für die Kooperativen exzellente Bedingungen.«

Er hat sich wohl nur auf die besser gestellten Kaffeekooperativen bezogen. Den Kooperativen, die über kein gutes Kaffeeland verfügen und andere Produkte anbauen müssen, sowie den unorganisierten Kleinbauern nützen die hohen Weltmarktpreise bisher nur wenig. Lediglich alternative Importeure in der BRD wie die MITKA und die GEPA achten darauf, daß ein Teil des Mehrpreises LandarbeiterInnengewerkschaften, den schlechter gestellten Grundnahrungsmittelbauern oder Frauenprojekten zu Gute kommt. Einige Großhändler in der BRD bieten einen kleinen Teil ihres Kaffee mit dem Gütesiegel von Transfair an. Für den restlichen Kaffee werden die Endverkaufspreise im Supermarkt erhöht, obwohl ihre billig eingekauften Lagerbestände noch längst nicht aufgebraucht sind. So macht man dank des erhöhten Weltmarktpreises Gewinne auf Kosten der KonsumentInnen und verschafft sich mittels Transfair noch ein reines Gewissen. ●

* Namen wurden geändert, sind jedoch den Autoren bekannt.

** El Rojito, Verein zur Förderung der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen e.V., Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg

TRANSFAIR – AUS NAIVITÄT ÜBER DEN TISCH GEZOGEN?

Mit dem Transfair-Siegel gibt es seit mehr als einem Jahr angeblich »fair« gehandelten Kaffee in vielen Supermärkten und Läden. Diese Initiative wurde von uns von Anfang an kritisch begleitet. Was sich augenblicklich vor dem Hintergrund der relativ hohen Weltmarktpreise abspielt, ist es wert, erneut kritisch hinterfragt zu werden.

Transfair ist mit dem Anspruch angetreten, den Kaffeebauern gerechte Preise zu ermöglichen. Dazu wird ein Siegel an die Kaffeefirmen vergeben, die einen höheren Einkaufspreis zahlen und nebenbei den Verbraucher informieren und andere, an dieser Stelle nicht so wichtige Sachen. Transfair wurde gegründet, als der WM Preis schon einige Jahre im Keller war. Lizenznehmer mußten deshalb einen Garantiepreis zahlen, der mit 1,26 Dollar zwar etwas niedriger war als unser Einkaufspreis, zeitweise enorm war aber der Unterschied zum WM Preis. Deshalb war es Anerkennung wert, wenn herkömmliche Firmen sich entschlossen, dieses Siegel zu erwerben, und damit ein wirtschaftliches Risiko einzugehen und eine gute Idee zu unterstützen.

Mehr Geld für die Kaffeebauern durch Transfair? Angeschmiert!

Heute sieht die Sache leider ganz anders aus: Die Firmen die »fairen« Kaffee verkaufen, brauchen zur Zeit nur den normalen Einkaufspreis, sprich WM Preis, zahlen. Bei Transfair gilt nämlich folgende Regelung: Liegt der WM Preis unter 1,15 Dollar, muß der Garantiepreis von 1,26 gezahlt werden, zwischen 1,15 und 1,65 Dollar WM Preis nimmt die Mehrzahlung kontinuierlich von 10 auf 0% ab. Ab 1,65 muß dann nur noch der WM Preis gezahlt werden.

Bei den aktuellen WM Preisen bekommen die Lizenznehmer das Siegel quasi umsonst. An Transfair müssen sie lediglich eine Lizenzgebühr von 23 Pf pro kg zahlen.

Dieses ist ein Schlag ins Gesicht derer, die dachten, mit Transfair neue Ansätze in der Solidarität mit den Unterdrückten, bzw. entwicklungspolitische Akzente setzen zu können. Was wir heute haben ist:

1. Die Verbraucher werden angeschmiert.
2. Eine kostenlose Werbung für herkömmliche Firmen und diese ach so gerechte Weltordnung.

Liebe InitiatorInnen von Transfair (gemeint seien hier v.a. die Linken): Ist es daß, wovon Ihr geträumt habt? Die einzige Solidarität die aktuell bleibt ist die mit den Firmen, die Transfair-LizenznehmerInnen geworden sind. Politische und wirtschaftliche Veränderungen werden auf diese Art und Weise nicht erreicht.

Transfair muß sich fragen lassen:

- Ist ab 1,65 Dollar der Preis gerecht?
- Ist ab 1,65 Dollar die Welt in Ordnung? Ist diese Weltwirtschaftsordnung nicht mehr infrage zu stellen?. Haben wir uns mit der Aufteilung der Welt in abhängige und ausgebeutete Rohstoffe produzierende Länder auf der einen Seite, und reiche Industrieländer auf der anderen abzufinden?
- Sind herkömmliche Firmen bzw. Konzerne ab 1,65 Dollar nicht mehr Teil ausbeuterischer Handelsstrukturen? ●

El Salvador Initiative, Hamburg

BESETZTE BETRIEBE IN NICARAGUA

Kollektive Organisierung contra Privatbesitz

Als Antwort auf die Privatisierungswelle der U.N.O.-Regierung und auf nicht eingehaltene Verträge der neuen Besitzer haben einige LandarbeiterInnen ihre Betriebe, die sie bewirtschaften, besetzt. Es ist vorläufig nicht entschieden, ob der Rechts- und Besitzstreit zugunsten der LandarbeiterInnen oder der Latifundienbesitzer ausgehen wird.

Infobüro Nicaragua, Wuppertal ● Die nächsten Monate sind entscheidend für das Eigentum in Nicaragua, da 1995 der Vorwahlkampf beginnt, in dem sich die politischen Kräfte vorwiegend auf Wahlkampfthemen konzentrieren werden. Mit einer Welle von Räumungen in den Städten versuchen die von der sandinistischen Regierung Konfiszierten, -ihr- Eigentum zurückzuerlangen. Auch auf dem Land ist das -roll back- durch die ehemals Konfiszierten zu einem dramatischen Problem geworden. Nur eine Lösung des Konflikts um das Land, welche diejenigen begünstigt, die dieses Land bearbeiten, kann eine Garantie für eine wirtschaftliche und politische Demokratisierung Nicaraguas sein. Da der APT alleine diese Aufgabe nicht erfüllen kann, werden wir in den folgenden Nummern dieser Serie die anderen Ansätze der kollektiven Organisierung darstellen. Heute beginnen wir mit den besetzten Betrieben (fincas en conflicto).

FINCAS IM KONFLIKT

Mit der Wahlniederlage der FSLN kam es zu Verhandlungen über die Landbesitztitel, vor allem in Bezug auf das Land, das sich im Besitz des Staates befand. Im Verlauf der Privatisierung verfolgte die U.N.O.-Regierung die Dekapitalisierung der Fincas. Das bewirkte die massive Entlassung von LandarbeiterInnen, deren Situation bei den Verhandlungen in keiner Weise berücksichtigt wurde. Die Rückübertragung einiger Fincas an ihre ehemaligen BesitzerInnen führte zu wachsender Unzufriedenheit unter den LandarbeiterInnen und dies aus zwei Gründen:

a) Die Regierung hielt sich nicht an die Übereinkünfte, die im Rahmen der Verhandlungen zwischen U.N.O.-Regierung und FSLN/ATC (1) getroffen worden waren, wonach Fincas, die als Eigentum von Anhängern des Diktators Somoza aufgrund sandinistischer Regierungsdekrete konfisziert worden waren, nicht rückübertragen werden dürfen.
b) In anderen Fällen akzeptierten die LandarbeiterInnen zunächst die Rückkehr der ehemaligen BesitzerInnen, bis diese begannen, die Verträge zwischen der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC und der staatlichen Privatisierungsgesellschaft CORNAP zu brechen. In diesen Verträgen sehen die Artikel 3 und 4 vor:

b1: Daß der Arbeitsplatz, das Gehalt, die sozialen Dienstleistungen und kollektiven Übereinkünfte der LandarbeiterInnen respektiert werden müssen,
b2: Daß das Recht auf Wohnraum respektiert werden muß,
b3: Daß das Recht auf Land für die Selbstversorgung respektiert werden muß.

Wegen der Verletzung dieser Übereinkünfte sind zwischen 1990 und 1991 mehr als 100 Fincas von LandarbeiterInnen besetzt worden; weitere Gruppen, die eines Land fordern, um ihr Überleben zu sichern – wie die -neuen- Arbeitslosen und Demobilisierten beider Parteien (Contras und ehemalige Militärs) – kamen hinzu.

DIE REAKTION DER REGIERUNG

Statt mit einer Analyse der Beweggründe für das Vorgehen der ArbeiterInnen antwortete die Regierung mit Gewalt, mit Räumungen, Verhaftungen der Gewerkschaftsführer und mit Militärisierung der Fincas. Dieses Vorgehen der Regierung nutzten einige paramilitärische Gruppen als Vorwand, das -Gesetz- zu ihren Gunsten in die eigenen Hände zu nehmen. Sie bedrohten die verschiedenen Sektoren, die sich im Konflikt befinden. Einige Menschen wurden ermordet. Dadurch verschlechtern sich die materiellen Bedingungen der Fincas und die ArbeiterInnen und BäumerInnen geraten zunehmend in eine Situation extremer Armut. Bis jetzt haben trotz der Probleme ungefähr 63 Kooperativen und Kollektive, und damit 2.130 Familien bzw ca. 14.000 Personen überlebt. Sie bearbeiten eine Fläche von 15 000 ha.

ROLLE DER SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Während der sandinistischen Regierung arbeitete die Solidaritätsbewegung bei der ökonomischen Entwicklung des Landes mit, so beim Aufbau von Schulen und Wohnungen, bei der Verbesserung der Produktion, Elektrifizierung und Alphabetisierung. All das wird von der aktuellen Regierung nicht anerkannt und die -neuen- (= ehemaligen) BesitzerInnen eignen sich die Resultate nach ihren eigenen Interessen an – eine Deformierung des humanistischen Sinns dieser Hilfe! Paradoxerweise dient das, was den Bedürfigsten gegeben wurde, heute dazu, den Reichtum derjenigen zu mehren, die am meisten besitzen. Trotzdem verfolgen wir die Solidarität mit den Bedürftigsten weiter: mit denen, die sich organisieren, die kämpfen, um Alternativen für ein würdiges Überleben zu entwickeln.

Bis wann wird diese Situation der Unsicherheit auf dem Land aufrechterhalten?

Wieso werden -die Rechte- alter SomozistInnen anerkannt und nicht das Recht derjenigen, die dieses Land bearbeiten?

Wieso wird dieser Sektor von den Massenmedien vergessen?

Wieso zeigen die -NGOs- (Nichtregierungsorganisationen) keine aktive Präsenz in diesem Sektor? ●

(1) ATC: LandarbeiterInnengewerkschaft

INTERVIEW

»Er hat unsere Arbeitsverträge 'vergessen'«

Ein Interview mit Fabian Mendoza, Vorsitzender des Kollektivs der Fincas Montelier, San Ramón, Matagalpa – geführt im Auftrag des Informationsbüros Nicaragua.

Informationsbüro: Wieso haben Sie diese Finca besetzt?

Fabian Mendoza: 1991 wurde mit der wirtschaftlichen -concertación- das staatliche Eigentum in vier Teile geteilt:

1. zugunsten der ehemaligen BesitzerInnen,
2. zugunsten der Ex-Militärs,
3. zugunsten ehemaliger Mitglieder der Contra,
4. zugunsten der LandarbeiterInnen.

Diese Finca wurde ihrem ehemaligen Besitzer übergeben und von diesem Moment an begannen wir, mit ihm zu verhandeln. Wir schlossen eine Reihe von Verträgen ab, als er aber das Eigentum in seinen Händen hatte, ignorierte er die Existenz dieser Verträge. Sofort darauf begann er, ArbeiterInnen zu entlassen und schränkte die Flächen für die Selbstversorgung dadurch ein, daß er die Eigentumstitel der Häuser der ArbeiterInnen nicht anerkannte. Das löste den Konflikt aus.

Was waren die Forderungen an den ehemaligen Besitzer?

Die erste und fundamentalste war die in Bezug auf unsere Häuser. Sie waren Teil der Verhandlungen und er war einverstanden, unseren Besitz zu respektieren, aber dann vergaß er das vertraglich Vereinbarte. Er hatte sich verpflichtet, unsere Arbeitsverträge zu respektieren, zu diesem Zeitpunkt waren wir 45 ArbeiterInnen – auch das hat er -vergessen-.

Er respektierte die Flächen für die Selbstversorgung nicht. Wir hatten einen Arzneimittelkoffer – er hatte versprochen, ihn zu unterhalten und zu erweitern. Kurz nachdem er hier angekommen war, verletzte sich ein compäero und als wir den Arzneimittelkoffer suchten, um Erste Hilfe zu leisten, war der verschwunden.

Das heißt also, Sie haben die Rückübertragung zu Gunsten des ehemaligen Besitzers zunächst akzeptiert unter der Vorgabe, daß dieser Ihre Forderungen respektiert? Was haben Sie gemacht, als er die Verträge nicht einhielt?

Als der erste Teil der Verhandlungen abgeschlossen war, waren wir übereingekommen, uns noch einmal in 15 Tagen zusammenzusetzen. Aber in diesem Zeitraum geschahen Dinge, die wir nicht akzeptieren konnten. So erschienen zum Beispiel bewaffnete Leute, die uns einschüchtern sollten. Vor dem Hintergrund dieser Situation schlugen wir erneut vor, mit ihm zu verhandeln, aber er weigerte sich. Wir luden ihn ein weiteres Mal ein – und auch da nicht – danach kam die dritte Einladung – nichts. Jeden Tag wurde die Situation schlimmer und schlimmer. Vor dem Hintergrund dieser Situation besetzten wir die Finca, wir wollten ihn dazu zwingen zu verhandeln, da er uns doch nicht hören wollte. Er verließ die Finca und kehrte nicht zurück, er ließ sie in einem Zustand totaler Vernachlässigung zurück.

Wer war dieser Mann und wieso wurde seine Finca von der sandinistischen Regierung konfisziert?

Salvador Cuadra galt als Gefolgsmann der Somoza-Regierung und man behauptet, er wickelte persönliche Geschäfte mit dem Diktator ab. Die Finca wurde aufgrund der Dekrete 3 und 38 konfisziert, und die U.N.O.-Regierung hatte versprochen, daß Eigentum, das aufgrund eines dieser Dekrete konfisziert wurde, nicht den ehemaligen BesitzerInnen rückübertragen würde.

Also erkannten die ArbeiterInnen den ehemaligen Besitzer nicht als rechtmäßigen Eigentümer an. Und was geschah dann? Was haben Sie gemacht?

Wir haben ihn nicht anerkannt, haben die Kontrolle über die Finca übernommen und damit begonnen, die normalen Arbeitsaufgaben mit einer Anzahl von -socios- – so nennen wir diejenigen, die bei der Besetzung mitgeholfen haben – wiederaufzunehmen. Allerdings mit weniger Leuten als denen, die vorher Forderungen formuliert hatten – viele sind gegangen, weil sie mit unserer Form der Auseinandersetzung nicht einverstanden waren.

Können Sie erklären, wie sie organisiert sind, und wieviele Menschen auf der Finca arbeiten?

Wir sind als Kooperative organisiert, mit einer Leitungskommission. Momentan sind wir 15 compäeros im Kollektiv, aber insgesamt 35 Familien bzw. 109 Personen, die auf der Finca wohnen.

Sie nennen sich Kooperative, aber wie ist das Land aufgeteilt?

Das gesamte Land gehört dem Kollektiv – es gibt nur kleine Parzellen für die Selbstversorgung.

Mit welchen finanziellen Mitteln bearbeiten Sie das Land?

Aus eigener Kraft – wir erhalten von keiner Seite Unterstützung, keine Institution gibt uns Kredit. Wir sind absolut eingeschränkt, auch wenn wir immer alle unsere Kräfte geben.

Wie sieht die Situation von Erziehung und Gesundheitsversorgung aus?

Wir haben vorgeschlagen, eine Schule innerhalb der Kooperative einzurichten, was auch vom Ministerium positiv beantwortet wurde, aber es zahlt nicht die Kosten für den Lehrer. Momentan haben wir 18 Kinder in der Schule – es sind wenige und sie verfügen nicht einmal über die einfachsten Mittel. Wir verhandeln mit dem Lehrer darüber, auf welche Weise wir ihn bezahlen können. Wir garantieren ihm eine Wohnung. Das Ministerium hat den Lehrplan aufgestellt, bezahlt die technischen Mittel für den Lehrer und übernimmt die Bürgschaft für die Schule. Im Augenblick sind wir im Hinblick auf Bücher sehr eingeschränkt, sie wurden nicht ausgehändigt, aber wir bemühen uns um eine Möglichkeit, dieses Problem zu lösen.

Und der Gesundheitszustand der Leute?

Der ist sehr kritisch. In Folge unserer Auseinandersetzung sind viele Kinder mangelernährt. Zum Beispiel haben im vergangenen Jahr viele Kinder ausschließlich Mangos gegessen, wodurch sie Entzündungen am ganzen Körper bekamen, 6 Kinder waren im Krankenhaus. Alles ist schwierig, es gibt keine Latrinen, wir konnten nichts unternehmen, da wir beim Gesundheitsministerium ein Projekt beantragt hatten und erst die Antwort abwarten mußten. Aber die war negativ. Die nächste Ambulanz liegt in San Ramón, ungefähr 6 Kilometer von hier. Aber die Behandlung und die Medikamente müssen bezahlt werden. Normalerweise gehen wir da nicht hin, weil wir kein Geld haben.

Wie sieht es mit der rechtlichen Situation in Bezug auf den Landbesitz aus?

Wir sind als BesitzerInnen nur im Eigentumsregister vorgemerkt. Wir wollen das rechtliche Problem so schnell wie möglich lösen. Aber von Regierungsseite gibt es keinerlei Bereitschaft. Die Finca ist offiziell immer noch Eigentum der Regierung und die will uns in ökonomischer Hinsicht erdrosseln, deshalb gibt uns auch niemand Kredite. Auf diese Weise wollen sie erreichen, daß wir den Kampf aufgeben und das Land verlassen, aber wir bleiben bis zur letzten Konsequenz.

Wie fühlen Sie sich in dieser Auseinandersetzung, sind sie allein?

Wir werden von der Führung der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC begleitet, die für uns gekämpft hat und auch weiterhin kämpft. Auf der anderen Seite sind wir allein, weil niemand uns unterstützt, weder finanziell, um das rechtliche Problem zu lösen, noch, um arbeiten zu können.

Wie sieht die Beziehung zu den anderen »fincas en conflicto« aus, zu den anderen Kooperativen, die aus der Agrarreform entstanden, und zu den Betrieben im Besitz der LandarbeiterInnen (APT)?

In Bezug auf die anderen -fincas en conflicto- – da ist die Situation ähnlich wie unsere. Alle sind wir nahezu bankrott und es ist schwer, sich gegenseitig zu helfen, aber wir geben uns viel moralische Unterstützung. Die Kooperativen haben uns nicht jede mögliche Hilfe gegeben. Von den Betrieben der LandarbeiterInnen erhielten wir überhaupt keine Unterstützung, ganz im Gegenteil: sie haben sich von uns entfernt. ●

AUFRUF

Unser Ziel ist es, diese Menschen zu unterstützen, ihnen die Chance zu geben, ihr Land zu bearbeiten, selbständig und in Würde zu leben. Wir wollen Anpflanzungen und soziale Infrastruktureinrichtungen finanzieren. Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrich-Ebert-Straße 141b, 42013 Wuppertal, Telefon: 0202/300030, FAX: 0202/314346. KONTO 97 67 38, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Stichwort: Fincas en conflicto.

Anzeige

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt Freiburg

Eine der größten, unabhängigen entwicklungspolitischen Zeitschriften:

★ acht mal im Jahr auf 60 Seiten ...
★ kontinuierliche Länderberichte und Analysen zu Politik, Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
★ Debatten zu internationalen und transnationalen Verflechtungen ...
★ Informationen über nationale und internationale Kampagnen, Solidaritätsprojekte, Initiativen ...
★ gemacht von politisch engagierten Gruppen und Einzelpersonen ...

Die aktuellen Schwerpunktthemen:
Nr.196: Rüstungsexportstrategien
Nr.197: 50 Jahre IWF/Weltbank
Nr.198: Bevölkerungspolitik
Nr.199: Drogenpolitik in den Anden
Nr.200: Internationalismus, quo vadis?

Der 'blätter' Abo-Auftrag

◯ Schickt mir die iz3w-Materialliste
◯ Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20,-DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
◯ Ich will das Jahresabonnement: mit acht Ausgaben für 54,-DM.
◯ Als StudentIn abonniere ich die 'blätter' für 46,-DM/Jahr.

Meine Adresse:
Vorname:
Name:
Straße/ Hausnummer:
Postleitzahl/ Ort:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von einer Woche widerrufen kann. Zur Fristwahrung gilt der Poststempel oder ein Anruf.

Unterschrift:

An: **blätter des iz3w, Abo-Verwaltung, Postfach 5328, 79020 Freiburg Tel.:0761/74003, Fax: 0761/709866**

BERLIN:

11. Chaos Communication Congress

»Internet im Kinderzimmer – Big business is watching you ?!"

Der traditionell zwischen Weihnachten und Neujahr vom Chaos Computer Club veranstaltete Chaos Communication Congress bietet auch dieses Jahr wieder allerlei für die Tramper auf den Datenautobahnen und alle anderen.

Nachdem der Congress die letzten 10 Jahre in Hamburg im Eidelstedter Bürgerhaus tagte, öffnet er sich dieses Jahr inhaltlich wie strukturell einem größeren Publikum und findet in der ehemaligen Kunsthalle inmitten der Berliner City am Breitscheidplatz, gegenüber der Gedächtniskirche, statt.

Nachdem der Computer sich als das wichtigste neue Medium durchgesetzt hat, gewinnen die Fragen nach der Gestaltung dieses Mediums, das auch den Fernseher in seiner Bedeutung noch überholen wird, zunehmend gesellschaftliche Relevanz.
Um zu erreichen, dass Stichworte wie z.B. »interaktives Fernsehen« mehr beinhalten als die »buy«-Taste an der Fernbedienung, die den Kauf eines Produktes beim Betrachten des Werbespots aufnötigt, braucht es Visionen. Mit den selbst geschaffenen frei zugänglichen Netzwerken, die unter dem Stichwort »Interaktivität« weitaus mehr zu bieten haben, erreichen die Hacker jedoch inzwischen nicht nur die Kinderzimmer der Informationsgesellschaft, sondern geraten auch in Bedrängnis durch Großkonzerne, die Netzwerke zunehmens als Betätigungsfeld begreifen. Die Tendenz der Industrie, eine direkte Glasfaser bis in unsere Brieftaschen zu legen und die damit verbundene Kommerzialisierung von Informationswegen bedrängt gesellschaftlich orientierte Informationsanbieter, wie z.B. Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen, Parteien- und Gewerkschaften, deren Interessen nicht vorrangig finanzieller Natur sind.

Aktuelle Themen wie die Entmonopolisierung des Telefonnetzwerkes und die Gestaltung zukünftiger Netzstrukturen stehen daher dieses Jahr genauso auf dem Programm wie die traditionellen Workshops und Informationsveranstaltungen. Der Erörterung und Hinterfragung von Industriekonzepten kommt dieses Jahr neben der Vorstellung eigener Projekte und Ideen eine besondere Rolle zu.

Unter dem Titel »Seid umschlungen, Millionen« werden Workshops und Diskusionen zur finanziellen Zukunft der elektronischen Netze angeboten. Ob Vebacom oder RWE – wer wird am meisten an den Glasfaserpipelines verdienen, durch die das graue Gold in Form von Bits und Bytes fliessen wird. Sind freie BürgerInnen-Netze und weltweite Kommunikation für Privatleute, Mittelständler, kleinere Firmen und Institutionen in Zukunft erschwinglich? Was wie eine kühle Rechenaufgabe aussieht ist in Wirklichkeit gesellschaftpolitische Kalkulation, wo der Satz 'Wissen ist Macht' sich zu 'Du sollst nur wissen, was Du dir leisten kannst' verändern könnte. Auch die Form des Wertaustausches, das elektronische Geld, wird ein Untersuchungsthema in den zahlreichen Workshops sein.

Die eigentliche Lebensader des Congresses: das Informationschaos, strukturiert in einzelnen Workshops, aber auch unstrukturiert bis in alle Flure und vor allem das Chaos-Cafe, kann thematisch hier nur in Stichworten umrissen werden, wie z.B. CD-Rom-Sicherheit, Phonephreaking und ISDN, Verfassungsschutzanwerbungen in der Mailboxszene, Durchsuchungen wegen »Störung des öffentlichen Friedens« bei MailBoxen, Rechtliches zu BTX-Staatsvertrag und FAG, Unsicherheit der Chipkarte und dadurch sich ergebende Fragestellungen...

Sollte die Zeit nicht reichen, steht der 30. Dezember für weitere spontane Veranstaltungen zur Verfügung.

Um die Veranstaltung vom technischen Niveau so verständlich wie möglich zu halten, wird es zu einigen Themen wie z.B. dem Internet einfuehrende Workshops geben. Gelegenheit zu schöpferisch-kritischer Nutzung der vorhandenen Technologie bieten das Hack-Center und die Datentankstellen in jedem Raum. Zum Nachlesen und zur Erstellung dezentraler Sicherungskopien hält das Chaos-Archiv einiges an Literatur und eine Batterie Fotokopierer bereit. ●

11. Chaos Communication Congress 1994
vom 27.-29 Dezember in Berlin
Budapester Str. 42, Berlin
(3 Minuten Fußweg vom Bahnhof Zoo)
Dauerkarten 42.- DM Normal
23.- DM für Mitglieder des CCC e.V.
75.- DM für Journalisten (Pressemappe und ausführliche Congressdokumentation inkl.)
100.- DM für gewerbliche Teilnehmer
Tageskarten 20.- DM Normal
12.- DM für Schüler und Arbeitslose
Voranmeldung durch Überweisung auf das Konto des Chaos Computer Club, Nummer 59 90 90 - 201 bei der Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) wird empfohlen.
Veranstalter:
Chaos Computer Club e.V., Schwenckestr. 85
D-20255 Hamburg
☎ (0 40) 490 37 57, Fax 491 76 89

AUFRUF ZU DEMO UND AKTIONEN GEGEN DIE TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES IM DEZEMBER 1994 IN ESSEN

Holen wir die Sterne vom Himmel

Am 9./10. Dezember tagt in Essen der Europäische Rat. Die Regierungschefs der EU feiern die EU-Erweiterung durch Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden. Weiterhin geht es um eine sogenannte »Beschäftigungsinitiative«. Damit wird der Prozeß des EU-Binnenmarktes und das Konzept von Maastricht fortgeführt.

Kritisiert wird die Europäische Union (EU) aller Orten, aber die Weise und das Ziel der Kritik unterscheiden sich dabei grundsätzlich. Während innerhalb der oppositionellen Kräfte in der BRD noch größtenteils Einigkeit darin besteht, daß sich die EU-Politik, angesichts der vielfältigen negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt hier und anderswo, ändern muß, besteht keine Einigkeit mehr in der Frage, was ausder Kritik der EU folgt. Wir sind der Meinung, daß eine Kritik der EU zugleich die Kritik der reformerischen Vorstellungen beinhalten muß, die davon ausgehen, eine andere EU, befreit von ihren schlechten Seiten sei möglich.

DIE EU ALS KAPITALISTISCHES PROJEKT

Im Weißbuch der Kommision zum EU-Binnenmarkt sind die »Ziele der Integration« aufgeführt. Es erstaunt nicht, daß dieses Weißbuch auf Überlegungen der Koordinierung der europäischen Industrie zurückgeht. Dabei geht es angeblich darum, Wachstum zu gewährleisten, wodurch neue Erwerbsarbeitsplätze geschaffen werden. Die Einspareffekte, die eine Angleichung und Integrationmit sich bringt, kommen schließlich allen zugute. Außerdem werden wir auch als VerbraucherInnen von der Verbesserung des Angebots profitieren. Die Gleichung »Mehr Wachstum = mehr Wohlstand für alle(!)« stimmte noch nie, weder beim Armutsgefälle im Inneren noch im Verhältnis zur »Dritten Welt«.

Tatsächlich vollzieht sich der vermeintlich allgemeine Nutzen in einer Welle von Zusammenschlüssen bei Industrie und Banken. Entsprechend wächst heute die Macht der großen Unternehmen weiter.

Gedroht wird mit Abwanderung, um die Senkung der sozialgesetzlichen Standards durchzusetzen. Bezugspunkt ist das Ziel der Konkurrenzfähigkeit. Der wirkliche Gegenstand des EU-Binnenmarktes ist ein weiterer Wachstumsschub, sei es außen als Erschließen und Aufbrechen neuer Märkte, sei es nach Innen als Durchkapitalisierung weiterer Lebensbereiche. Hinter dem Begriff »Wachstum« verbirgt sich der fortlaufende Versuch der herrschenden Klasse, ihr Kapital gewinnbringend einzusetzen. Dazu gehört die möglichst effiziente Ausbeutung von Arbeitskräften ebenso, wie die Verwandlung menschlicher Bedürfnisse und gesellschaftlicher Beziehungen in Warenform. Unser Bedürfnis nach Kommunikation wird so z.B. zu einem Markt für Privatsender, Telekommunikationsunternehmen und die Computerindustrie.

Das Abfahren auf Konsum ist Ausdruck der Entfremdung, die diese Warengesellschaft produziert. Konsumieren können ohnehin nur die, die sich dem kapitalistischen Kommando unterwerfen und das notwendige Geld ranschaffen. Die Sicherung unserer Existenz ist unmittelbar mit dem Arbeitszwang verknüpft. Dieses Gewaltverhältnis soll neu, das heißt für die herrschende Klasse effizienter organisiert werden.

Der Rationalisierungangriff auf die Gesellschaft als teilweise Auflösung und Neuzusammensetzung der Bedingungen von Verwertung vollzieht sich europaweit. Die EU hat dabei die Aufgabe, den Umbauprozeß von außen zu beschleunigen, indem sie wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändert. Der EU-Binnenmarkt ist ein Baustein darin. Das Gerede der Politiker von einer »europäischen Identität« soll uns glauben machen, daß wir auch noch stolz darauf sein können unter dem Dach eines überlegenen »leistungsfähigen europäischen Hauses« anzuschaffen.

Der Angriff auf soziale Standards und erkämpfte Rechte funktioniert nicht reibungslos. Die militanten Demonstrationen von Jugendlichen in Frankreich gegen das Billiglohngesetz oder der ebenso erfolgreiche Streik bei Air-France gegen die Vorbereitungen der Privatisierung, zeigen, daß die Durchsetzung eines neuen Leistungszwangs auch an ihre Grenzen stoßen kann.

Die Reformer (Bündnis 90/Die Grünen/SPD) wollen ansetzen, die Nebenwirkungen des Wachstums zu bremsen, indem sie Institutionen wie die Fusionskontrolle oder die Sozialcharta in das EU-Gefüge einbauen. Wir sind der Meinung, das Problem ist das kapitalistische Projekt der Europäischen Formierung selbst. Dieses kapitalistische Projekt muß angegriffen werden. Auch die Reformvorschläge bleiben dem Modell EU verhaftet. Denn der »soziale Dialog« auf EU-Ebene besteht in der Konzeption der EU-Kommission den Europäischen Gewerkschaftsbund und die Transnationalen Konzerne unter ihrer Vermittlung zusammenzubringen. Sie alle wollen möglichen Protest einbinden: Die Betroffenen selbst tauchen in diesem Modell nicht mehr auf. Der soziale Protest wird nur noch symbolisch durch die Bürokratie der Europäischen Gewerkschaften vertreten. Diese verkaufen dann ihre Verhandlungsergebnisse aus dem »Sozialen Dialog« nach unten.

PROBLEMLÖSUNG IM SINNE DER HERRSCHENDEN

Der vorgebliche Anspruch der EU ist, Probleme zu lösen, die im nationalstaatlichen Rahmen nicht zu bewältigen sind oder die Kooperation mehrer Staaten erfordern. Zu diesen Problemen zählt der Umweltschutz. Die EU betont, die Umweltprobleme seien transnational und eine Lösung der Verpestung von Luft, Wasser und Boden müsse europäisch sein. Desweiteren würden die technologischen Herausforderungen des Hochtechnologie-Zeitalters die Zusammenarbeit mehrerer erfordern, da einer allein von den hohen Kosten für die Forschung und dem schnellen Wechsel von Technikgenerationen überfordert sei.

Es sind ganz bestimmte transnationale »Probleme«, die wirklich angegangen werden. Im Bereich der Technologie sind es die militärisch relevante Weltraumtechnik, die Gentechnologie und die wachstumsrelevante Hochtechnologie – z.B. Computertechnologie. Es ist die Außenpolitik, die Westeuropa als Macht in der Weltpolitik auftreten lassen soll: als Block im Welthandel und als Militärmacht im Wartestand. In Maastricht wurde mit der Westeuropäischen Union (WEU) der militärische Arm der EU eingerichtet. Es ist die transnationale Abschottung gegen all die, auf deren Kosten das »Wachstumsmodell EU« funktioniert: die Abschottung vor den Flüchtlingen und eine internationale Abschiebepolitik nach dem Modell des Schengener-Abkommens. Das transnationale »Problem« der Flüchtlinge wird gelöst, indem es klare Kriterien gibt, wer erwünscht ist: fast ausschließlich die, die zum Wachstum beitragen. Es geht darum, »Flüchtlingsströme« zu kanalisieren, und nicht darum, zu fragen, warum Menschen überhaupt fliehen müssen.

DER SCHÖNE SCHEIN DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE

Während »Demokratie« gegenüber allen anderen Staaten offensiv eingefordert wird, ist der EU-Prozeß ein Prozeß der Entdemokratisierung. Im Zentrum der autoritären Struktur des Herrschaftsprojekts EU stehen der Ministerrat und die Europäische Kommission. Es fehlen im bürokratischen Apparat der Institution EU selbst die minimalen Regularien bürgerlicher Scheindemokratie. Dem Europäischen Parlament fehlen sowohl hinreichende Kontroll- als auch Gesetzgebungsbefugnisse gegenüber dem EU-Ministerrat. Die einzelstaatlichen Regierungen (= Exekutive in der BRD) machen auf EU-Ebene als Ministerrat die Gesetze (= Legislative), die sie dann selbst wieder ausführen.

Dies ist weder ein aufzuhebendes Defizit oder eine bisher blockierte Entwicklung, sondern politisch bewußt herbeigeführt und gewollt. Die herrschende Klasse der Länder des europäischen Kerns ist an der ungestörten Durchsetzung ihrer Vorstellungen interessiert und dabei gibt es keinen Platz für Mitsprache und Beteiligung. Eine Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu einem späteren Zeitpunkt ist hierzu kein Widerspruch.

Nach Etablierung der Europäischen Formierung kommt dem Parlament die Aufgabe zu, die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu legitimieren. Das ist die Realität im Europa des Kapitals und der Konzerne.

DIE EU UND DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS

Teile der Linken behaupten, die EU bremse den deutschen Imperialismus, der ansonsten entfesselt eine noch verheerendere Politik mit sich bringe. Die Geschichte der EU zeigt aber, daß das Gegenteil der Fall ist. Die EU diente dem Wiederaufbau der Exportwirtschaft (d.h. der Aufrüstung der weltwirtschaftlichen Großmacht BRD). Die EU war ein gemeinsames Bündnis gegen die Sowjetunion und wahrte so die Wiedervereinigungs-Option der BRD aus einer Position der Stärke. Die Eingliederung in die EG diente der BRD dazu, die tatsächliche (politische, militärische und wirtschaftliche) Souveränität wiederzuerlangen. Sie war das Vehikel der Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus.

Die EU kann den deutschen Imperialismus gar nicht bremsen, weil sie dessen Eigenschaften teilt: die Ausbeutung der abhängigen Gebiete und den Ausschluß des »Fremden«. Innerhalb der EU handelt die BRD mit den anderen, wird stärker und nicht gebremst.

IN DER TRADITION DES EUROPÄISCHEN KOLONIALISMUS

Die EU rühmt sich, zu einer Reihe von Staaten der Dritten Welt besonders positive Beziehungen zu unterhalten. Zunächst fällt daran auf, daß es sich entweder um noch bestehende oder ehemalige Kolonien handelt. Der für diese Länder überlebensnotwendige Handel mit der EU wird aber selbst bei diesen »präferierten Staaten« weiterzurückgehen, denn zum einen werden neue Zollbarrieren errichtet und zum anderen sinken die Rohstoffpreise durch den Konkurrenzwegfall in der EU und die neue Macht des Binnenmarktes. Aber weiter wird die Dritte Welt zum billigen Rohstoffexport gezwungen, während die EU sich die profitablere Veredelungsindustrie sichert. Die ökonomische Dominanz Europas gegenüber der Dritten Welt wird damit ausgebaut und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder verhindert.

Trotz aller Schönwetterreden der EU, ihre »Entwicklungshilfe« zur »Förderung von Demokratie und Menschenrechten« einzusetzen, arbeitet die EU unvermindert eng mit Diktaturen in aller Welt zusammen (von der Türkei bis Marroko, von Guatemala bis Zaire).

Die von der EU als Zukunftstechnologie vorangetriebene Entwicklung der Bio- und Gentechnologie wird die Dritte Welt weiter zum Experimentierfeld europäischer Konzerne machen und die eigenständige wirtschaftliche Entwicklung durch noch stärkere Technologieabhängigkeit unmöglich machen. Die EU-Agrarpolitik zerstört u.a. über Billigexporte die heimischen Produktionsmöglichkeiten und zwingt die Dritte Welt in Nischen agrarischer Zulieferung an die EU (z.B. Soja).

DIE EU IST NICHT REFORMIERBAR

Wir sagen es noch einmal: Es kann nicht darum gehen reformerische Forderungen an die Institutionen der EU zu richten. Entscheidend ist unser eigener Widerstand und unser Bezug auf Kämpfe die den europäischen Formierungsprozeß und seine sozialen Angriffe blockieren.

Der Blick auf die weltweiten Gewaltverhältnisse zeigt uns, daß wir jede Form der Konstruktion von »Nation« ablehnen müssen – gleich ob es sich bei ihr um eine institutionell begründete handelt oder um »kulturellen Nationalismus«. ●

Aktionen und Diskussionen zur Tagung des Europäischen Rates am 9. und 10. Dezember in Essen:

Freitag, 9.12.94
Auftaktveranstaltung mit Tribunalcharakter. Anklage der EU aus internationalistischer Perspektive. 18 Uhr bis 21 Uhr (voraussichtlich Zeche Carl, Essen)

Samstag, 10.12.94
BUNDESWEITE DEMONSTRATION
von der Essener Innenstadt in Richtung Tagungszentrum am Gruga. 12 Uhr bis 17 Uhr

Sonntag, 11.12.94
Gegenkongress mit 4 thematischen Foren. Abschlußdiskussion zu Perspektiven des Widerstands in Europa.

KONTAKT:
Anti-EU-Koordination, c/o Initiativenzentrum, Weberstr. 79, 45879 Gelsenkirchen (Programm s. Seite 16)

EIN EUROPÄISCHER ÜBERBLICK:

SOZIALPOLITIK

Soziale Mindesteinkommen in den Ländern der EU

Seit einiger Zeit werden in Deutschland verschiedene Modelle der Grundsicherung wieder intensiver diskutiert. Zur Bereicherung und möglicherweise Erleichterung der Debatte blickt unsere Autorin, ehemalige grüne Europa-Parlamentarierin, über die Grenze in die anderen Länder der EU.

Von Birgit Daiber, Berlin ● Soziale Mindesteinkommen, vergleichbar mit der deutschen Sozialhilfe, gibt es nur in 8 der 12 Mitgliedsstaaten der EU: Italien, Griechenland, Portugal und Spanien kennen keine nationalen Regelungen in diesem Bereich. Von daher ist der erhebliche Widerstand der Regierungen dieser Länder gegen die 1992 verabschiedete Empfehlung auf Einführung solcher allgemeiner Regelungen durch die Europäische Union durchaus verständlich, denn hier geht es ans Eingemachte, sprich an den Steuersäckel. Bis 1997 wird die EG-Kommission jährlich einen Bericht über die Entwicklung sozialer Mindesteinkommen in allen Ländern der EU vorlegen und dann wird auch der Augenblick der Wahrheit kommen, eine solche Regelung per Gesetz aus Brüssel für alle verbindlich zu machen.

Ein Blick auf die Situation in den 8 Ländern, die Mindesteinkommen kennen, zeigt Gemeinsamkeiten und massive Unterschiede. Gemeinsam haben sie, daß es sich in allen Fällen um ergänzende Leistungen zu den sozialen Sicherungsnetzen handelt, daß ein Rechtsanspruch auf die Leistungen besteht und daß – bei unterschiedlich starken Kontrollmechanismen – keine zeitliche Begrenzung für die Leistung existiert. Diese grobflächigen Gemeinsamkeiten werden allerdings ergänzt durch massive Unterschiede, die sich nicht nur aus den je länderspezifisch unterschiedlichen, übergreifenden sozialen Sicherungssystemen ergeben. So wird hier generell unterschieden zwischen dem in Großbritannien entwickelten »Beveridge-Modell« und dem auf Bismarck zurückgehenden deutschen Sozialversicherungsmodell. Dazu gibt es Mischformen wie z.B. in Dänemark. Im britischen Modell gehört die gesamte Bevölkerung einem generellen Sozialversicherungssystem an und Leistungen erhalten alle mittellosen Personen oder Menschen, die keine Vollerwerbstätigkeit haben (family credit). Das deutsche System konzentriert sich auf ArbeitnehmerInnen, die Ansprüche auf Leistungen durch ihre Beiträge in der Sozialversicherung erwerben, während alle Personen, die keine solchen Ansprüche erwerben können, aus dem System herausfallen und somit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Das erst vor einigen Jahren in Frankreich eingeführte Mindesteinkommen (RMI – Revenue minimum d'insertion) wiederum unterscheidet sich von allen anderen Regelungen dadurch, daß es an Weiterbildung gekoppelt ist, die den Betroffenen den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben ermöglichen soll.

Eine Reform der existierenden Mindesteinkommen wird seit langem international diskutiert, denn alle haben die Tendenz, in die sogenannte »Armutsfalle« zu führen, auch wenn dies beim deutschen System besonders kraß ist durch die Ausschlußregelung z.B. von Weiterbildung. Zwei Reformansätze stehen hier zur Diskussion: Bürgereinkommen sowie soziale Grundsicherung.

Der Unterschied zwischen sozialer Grundsicherung und allgemeinem Bürgereinkommen liegt vor allem darin, daß die Grundsicherung weiterhin auf von Armut Betroffene konzentriert ist, während das allgemeine Bürgereinkommen in seiner idealen Form ein garantiertes existenzsicherndes Einkommen für alle BürgerInnen vorsieht. Konsequenz hiervon ist, daß alle, die über ein größeres Einkommen verfügen, durch höhere Steuerabgaben Solidarität zu üben haben. (Dies unterscheidet sich von dem FDP-Vorschlag der negativen Einkommenssteuer). Erscheint das Bürgereinkommen auf den ersten Blick als die wesentlich elegantere Lösung, so muß doch angesichts der massiven Unterschiede der sozialen Sicherung in der EU der Grundsicherung der Vorrang gegeben werden, weil es hier möglich ist, Reformen aufzubauen, die nicht erst einmal den Umsturz der bestehenden Sicherungssysteme und des gesamten Steuersystems notwendig macht. Angesichts der ungebremst wachsenden Arbeitslosigkeit und des sozialen Ausschlusses in den Ländern der EU und des sozialen Elends, das dadurch für viele Menschen entsteht, sind machbare Reformen tatsächlich dringend gefragt.

Eine zukunftsfähige soziale Grundsicherung kann sich nicht darin erschöpfen, von Armut betroffenen Menschen zu alimentieren. Es müssen Regeln enthalten sein, die sich an dem Gebot der demokratischen Partizipation der Menschen in der Gesellschaft orientieren. Dazu gehören:

- Die Höhe der Leistungen muß existenzsichernd sein.
- Alle Personen mit legalem Aufenthaltsstatus müssen Zugang haben.
- Beschäftigungsaufbau und Selbsthilfetätigkeit dürfen nicht bestraft, sondern müssen gefördert werden.
- Der Arbeitsmarktzugang (Aus- und Weiterbildung, Kindergartenversorgung u.v.a.m.) ist zu garantieren.
- Die Entscheidung über die Höhe von Leistungen, die Arbeitsgestaltung der Verfahren etc. darf nicht Verwaltungen überlassen sein, sondern muß durch die Parlamente erfolgen. Die Betroffenen und ihre Vertretungen brauchen Anhörungs-und Initiativrechte.

Reformen in diesem Bereich sind nicht nur in der BRD, sondern auch auf EU-Ebene sehr schwer durchzusetzen. Nichts desto trotz ist die Sensibilität für diese Problematik in Brüssel höher als bei uns – auch wenn es massiven Widerstand einzelner Länderregierungen gibt. Deshalb ist es notwendig, daß sich die deutschen Selbsthilfeorganisationen in die Brüsseler Debatte einschalten, durch Teilnahme an EU-Netzwerken (z.B. »Anti Poverty Network«, »Europäischer Runder Tisch der Wohlfahrtsverbände«), aber auch durch Lobbying im Europäischen Parlament und durch Kooperation mit Organisationen in anderen Ländern. ●

DOKUMENTATION ZUM BÜRGERFORUM PAULSKIRCHE

Soziale Demontage – 15 Thesen

Im Rahmen des zweiten Bürgerforums in der Frankfurter Paulskirche im September 1994 diskutierte das Forum 3 zum Thema »Soziale Demontage«. Wir dokumentieren die zu Grunde liegenden 15 Thesen von Thomas von Freyberg.

I. Soziale Spaltung der deutschen Gesellschaft – Prozesse sozialer Polarisierung

1. Soziale Spaltungs- und Polarisierungsprozesse haben sich in der Bundesrepublik in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf beunruhigende Weise vertieft und verstetigt. Die aktuellen krisenhaften Bedingungen aus der deutschen Vereinigung zum einen und aufgrund der wirtschaftlichen Rezession zum anderen verschärfen und beschleunigen zwar diesen langfristigen Prozeß sozialer Spaltung, sind aber nicht seine Ursache.

2. Vor dem Hintergrund einer geradezu grandiosen Reichtumsentwicklung im oberen Drittel unserer Gesellschaft wächst im unteren Drittel das Armutsrisiko und nimmt die Zahl der Menschen, die in unmittelbarer Nähe oder unterhalb der Armutsgrenze leben, dramatisch zu. Hier die Gewinner dieser Spaltungsprozesse, die Unternehmen, die Bezieher von Vermögenseinkommen, die Selbständigen und die alten und neuen Arbeits- und Wohneliten: mit höchsten Einkommen und astronomischen Guthaben auf ihren Konten, Sparbüchern und Wertpapierdepots; und dort die Verlierer sozialer Polarisierung, die alten und die neuen Armutsgruppen, die Arbeiterhaushalte, die Arbeitslosen, die Alten und die Alleinerziehenden, die kinderreichen Familien und nicht zuletzt die nach Deutschland eingewanderte Unterschicht: Gruppen, die immer häufiger und immer länger unter die Armutsgrenze fallen. Mit der Zunahme von Langzeitarmut setzten sich in den Großstädten Prozesse sozialräumlicher Spaltung durch: hier die Regionen der »ersten Stadt«, Zonen des gehobenen Anspruchs an Arbeits-, Wohn-, Konsum- und Selbstdarstellungsmöglichkeiten für das obere Drittel; dort die Regionen der »dritten Stadt«, Zonen städtischer Unterentwicklung und Unterversorgung mit wachsender Konzentration von Armutsgruppen um die Kerne sogenannter sozialer Brennpunkte.

3. Bund, Länder und Kommunen betrieben und betreiben eine systematische Politik der Wirtschaftsförderung. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde und wird politisch subventioniert; die Eigentumsbildung nicht nur im Wohnungssektor wurde steuerlich gefördert und immense Summen wurden durch Bund, Länder und Kommunen in die berühmten »Standortfaktoren« investiert. Doch diese Investitionen in den »Standort Deutschland«, in die Standorte München, Hamburg oder Frankfurt forcierten offensichtlich die sozialen Spaltungsprozesse: Während auf der einen Seite der private Reichtum und die wirtschaftliche Macht der sogenannten Leistungsträger einen rasanten Aufschwung nahmen – und fast unberührt von Rezession und Vereinigungskrise weiterhin nehmen, wuchs die öffentliche Armut, wuchsen die Schulden der öffentlichen Haushalte ins ebenso Gigantische.

II. Ursachen sozialer Polarisierungstendenzen

4. Armut ist in Deutschland zunächst und vor allem Einkommensarmut, und die Armutsentwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte hat ganz wesentlich mit Einkommensentwicklungen zu tun. Es ist der langfristige und anhaltende wirtschaftliche Strukturwandel, der als erste Ursache sozialer Polarisierungsprozesse angesehen werden muß. Und der Arbeitsmarkt ist die erste Instanz, durch die Arm und Reich sortiert werden. Der moderne Produktionsprozeß, das zeigt die Entwicklung der vergangenen 15 – 20 Jahre, polarisiert den Arbeitsmarkt und spaltet ihn in sogenannte Arbeitsplatzinhaber und Arbeitsplatzlose, in halbwegs gesicherte und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, in Höchstqualifizierte und in Un- oder Fehlqualifizierte. Nicht erst die gegenwärtige Rezession, auch schon die beispiellose Hochkonjunktur der achtziger Jahre ist geprägt durch einen gespaltenen krisenhaften Arbeitsmarkt, durch immer weniger »Normalarbeitsverhältnisse«, immer mehr flexible und ungeschützte Beschäftigung, durch eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit mit einem wachsenden Sockel von Langzeitarbeitslosen.

5. Das bis heute herrschende Modell wirtschaftlichen Wachstums und gesellschaftlichen Fortschritts ist nur noch aufrechtzuerhalten um den Preis rasant wachsender sozialer und ökologischer Kosten. Die Schere zwischen beschleunigtem Produktivitätsfortschritt und gebremstem Wirtschaftwachstum produziert in Deutschland – wie in allen Industrieländern – Massenarbeitslosigkeit mit rasch steigenden sozialen Kosten. Forcierte wirtschaftliche Expansion, wo sie denn noch möglich ist, wird unter gegenwärtigen Bedingungen nur bewirken, diese sozialen Kosten zu verschieben – nach unten, nach außen, in die Zukunft – und zu verwandeln: in ökologische Kosten.

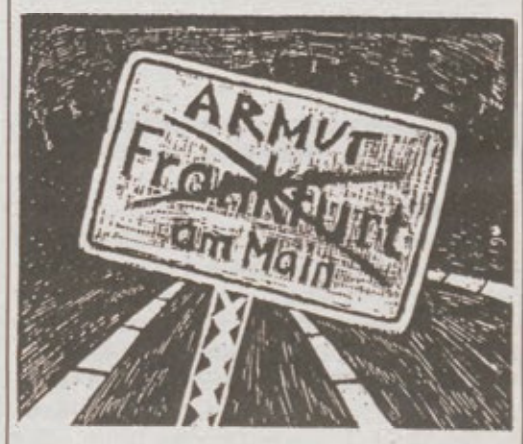
6. Das Basiskonzept bundesrepublikanischer Politik setzte und setzt bis heute auf dieses traditionelle Wachstums- und Fortschrittsmodell, demzufolge der Prozeß des wirtschaftlichen Fortschritts der zentrale Motor auch des sozialen, gesellschaftlichen Fortschritts ist. Bis heute, wenn auch mit wachsender Mühe und sinkender Überzeugungskraft, beruft sich Politik auf diesen Fortschrittsglauben, der davon ausgeht, daß letztlich alle gesellschaftlichen Gruppen von den wirtschaftlichen Modernisierungsprozessen profitieren, und daß es deshalb für alle sinnvoller ist, gemeinsam den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen, als ihn durch allzu harte Verteilungskämpfe zu gefährden. Weil aber dieses Fortschritts- und Wachstumsmodell seit zwei Jahrzehnten immer weniger funktioniert, wird jede Politik, ob sozialdemokratisch oder christdemokratisch geführt, ob Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik, die sich an diesem Modell orientiert, zwangsläufig die Prozesse sozialer Polarisierung befördern und unterstützen. Auch dort und gerade dort, wo diese Politik erfolgreich ist, wird sie Politik der sozialen Polarisierung sein, Politik der Umverteilung der wachsenden Modernisierungs- und Expansionskosten nach unten, nach außen, in die Zukunft.

7. Die Krise des herrschenden Wachstums- und Fortschrittsmodells ist zugleich die Krise des bundesrepublikanischen Sozialstaates. Die traditionellen Systeme sozialer Sicherung, zugeschnitten auf Vollbeschäftigung als gesellschaftlichem Normalzustand und zugeschnitten auf sozialversicherungspflichtige, kontinuierliche Vollzeit-Erwerbstätigkeit als Normalbiographie, sind dauerhafter Massenarbeitslosigkeit und der Herausbildung eines wachsenden Sockels von Langzeitarbeitslosen und Langzeitarmen nicht gewachsen. ...

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige

Peter Bartelheimer, Thomas von Freyberg, Karl Koch, Karsten H. Petersen (Hg.):



Vorarbeiten zu einer Frankfurter Armutsberichterstattung

Verlag 2000 GmbH, Offenbach/Main

ISBN 3-88543-098-4, 160 Seiten, 20 DM

KAMPAGNE GEGEN OBDACHLOSIGKEIT UND WOHNUNGSNOT

SOZIALPOLITIK

Eine Einladung zum Probewohnen unter der Brücke ...

... erhielten PolitikerInnen in Heidelberg anläßlich der bundesweiten Kampagne »Wohnen ist ein Menschenrecht«. In über 130 Städten beteiligten sich schätzungsweise 50.000 Menschen an den Aktionen. Ein Resümee der Aktion von Martina Bauer (BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Bielefeld):

Wohnungsbürger und Obdachlose feierten vor dem Kölner Dom am Aktionstag.
Unser Bild zeigt Konrad Falko bei seinem Bericht über einen Übergriff der Polizei auf einen Rollstuhlfahrer. Foto aus KölnerVolksblatt 10/94

Wohnungsnot und soziale Ausgrenzung werden in der reichen Bundesrepublik Deutschland in erschreckendem Maße zunehmen, wenn die Bundesregierung nicht umgehend eine wohnungspolitische Wende vollzieht. 880 000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben derzeit keine eigene Wohnung, davon leben 40.000 Männer und Frauen auf der Straße. 4,23 Millionen Personen – darunter 1,2 Millionen Kinder – müssen mit dem Sozialhilfesatz auskommen. Nach inoffiziellen Schätzungen gibt es rund 2,5 Millionen sogenannter Wohnungsnotfälle: Familien, Paare und Alleinstehende, die in unzumutbaren oder beengten Wohnverhältnissen leben. Diese Zahlen gab Martin Berthold, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe, anläßlich der Pressekonferenz zur bundesweiten Kampagne »Wohnen ist ein Menschenrecht« am 23. September in Bonn bekannt. Die Träger der Aktion, unter anderem Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, Deutscher Mieterbund, DGB und die Bundesbetroffeneninitiative, werfen der Politik Verharmlosung und Fehleinschätzung der gesamten Wohnungsnotproblematik vor – die Lage der Betroffenen spitze sich trotz steigender Neubauzahlen zu.

Martin Berthold warnte davor, daß die Zahl der Obdachlosen ohne eingreifende Maßnahmen bis zum Jahr 2000 auf eine Million ansteigen werde. Rund 2,5 Millionen fehlende Wohnungen prangerten auch der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Gerhard Jahn, und DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich an. Gemeinsam mit dem BAG-Vorsitzenden kritisierten sie die geplanten Etatkürzungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau: In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, werde das Recht auf menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum Hunderttausenden von Menschen vorenthalten. Die Träger der Kampagne fordern die Verwirklichung des Grundrechtes auf Wohnen, die Festschreibung des sozialen Wohnungsbaus als Daueraufgabe für Bund, Länder und Gemeinden, eine gerechte Umstrukturierung von Fördermitteln im Bereich sozialer Wohnungsbau sowie eine menschenwürdige Behandlung Obdachloser auf der Straße.

Schätzungsweise 50.000 Menschen in Ost und West beteiligten sich im Rahmen der Kampagne an den Protesten gegen Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und soziale Ausgrenzung. Presse, Funk und Fernsehen konfrontierten in zahlreichen Berichten die Öffentlichkeit mit dem Thema. In mehr als 130 Städten wurde in verschiedenen Veranstaltungen mit außergewöhnlichen Aktionen und eindringlichen Darstellungen auf die sich zunehmend verschärfende Problematik aufmerksam gemacht. Allein in Mainz beteiligten sich nach Angaben der örtlichen OrganisatorInnen rund 2.000 Menschen, in Bretzenheim geht man von annähernd 1.000 Beteiligten aus, mehrere hundert kamen in Arnsberg, Chemnitz, Duisburg, Gera, Göttingen, Gütersloh, Hagen, Hannover und Neuss zu den Protest- und Informationsveranstaltungen.

Ein sechs Kilometer langes »Soziales Netz« wurde am Aktionstag durch Gummersbach gespannt, ein symbolischer Akt, an dem sich vor Ort Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände beteiligten. Wohnungspolitische Stadtrundfahrten boten in vielen Städten Einblicke in soziale Brennpunkte, Hilfeeinrichtungen, Behördenabläufe und positive Beispiele des sozialen Wohnungsbaus. Weiter wurden an mehreren Orten die Kölner Klagemauer nachgebaut und Wohnungstauschbörsen organisiert. Viele Menschen übernachteten aus Solidarität mit Obdachlosen für eine Nacht im Freien. Im thüringischen Gera verteilten Mitglieder des Aktionsbündnisses unter anderem sogenannte »Wohnungs-Lose«: Kleine Zettel, auf denen das Los von hoffnungslosen Menschen beschrieben wurde. Von A wie Aalen bis Z wie Zwickau gab es bundesweit Beteiligungen an der Kampagne.

Heinrich Holtmannspötter, Geschäftsführer der BAG Wohnungslosenhilfe in Bielefeld, die als Koordinationsstelle fungierte, äußerte sich zufrieden mit dem Verlauf der Kampagne: »Ohne die Aktion hätte sich das Verschweigen und Verdrängen der Notlage der obdachlosen MitbürgerInnen durchgesetzt. Daß dieses Schweigen vor der Bundestagswahl vielfach durchbrochen wurde, waren wir den Betroffenen schuldig.« Nach der »Nacht der Wohnungslosen« im Sommer 1993 und der diesjährigen Aktion »Wohnen ist ein Menschenrecht« zur Bundestagswahl ist für 1995 vorerst keine Folgekampagne geplant. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 8:

Soziale Demontage – 15 Thesen

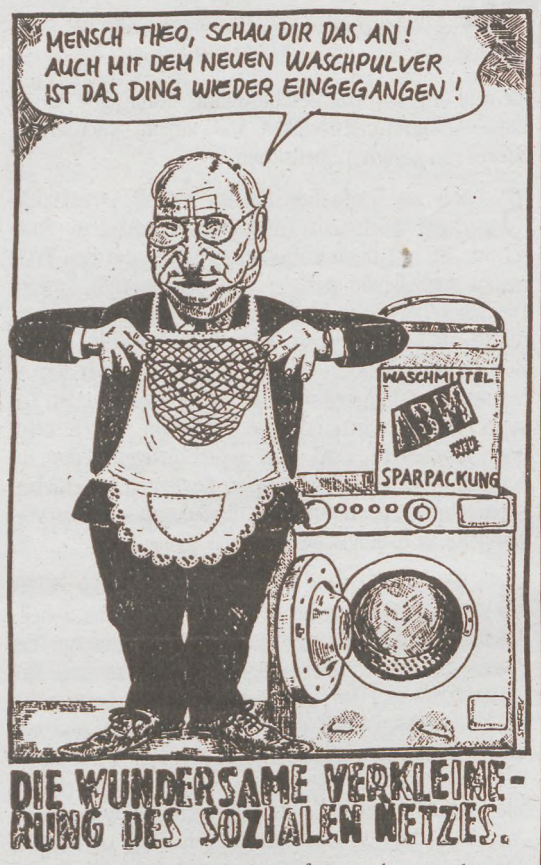
Die Sozialversicherungssysteme werden zunehmend durchlässig, Übergangssysteme in die staatliche Sozialhilfe. Unter den Bedingungen wachsender sozialer Kosten, steigender Verschuldung der kommunalen Haushalte und entsprechend enger werdender Handlungsspielräume lokaler Sozialpolitik werden die bestehenden System sozialer Sicherung und Hilfe selbst zur Quelle von Polarisierungs- und Verarmungsprozessen.

III. Die konservative Prognose

8. Weil die zentrale Voraussetzung des Sozialstaates, ein funktionierendes Wachstums- und Expansionsmodell, seit zwei Jahrzehnten immer weniger gegeben ist, deshalb ist die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes zugleich auch eine so tiefe Krise der Politik; eine Krise der politischen Legitimation und Loyalität; eine Krise der Teilsysteme von Politik, wie Wirtschafts- und Sozialpolitik, und eine Krise der eingespielten Muster politischer Planung, Entscheidung und Handlung. Wer unter diesen Bedingungen in Deutschland auf Kontinuität, auf die Selbstheilungskräfte der Märkte, aufs konservative Festhalten am altbewährten setzt, wird zwangsläufig – ob er will oder nicht – die Demontage des Sozialstaates betreiben.

9. Die Tendenzen sozialer Polarisierung werden sich unter diesen Bedingungen fortsetzen, wahrscheinlich beschleunigen. Die Grenzlinien zwischen Arm und Reich werden sich eher verfestigen und der Arbeitsmarkt wird für absehbare Zeit forciert Arbeitslose abstoßen, sein Segment der ungesicherten, schlechtbezahlten, prekären Beschäftigungsverhältnisse wird wachsen. Die Wohnungsmärkte werden zunehmend zur eigenen Quelle von Armutsentwicklungen. Langzeitarmut wird das gesellschaftliche Bild von Armut prägen, die hohen Wachstumsraten der Armutsgruppe »Kinder und Jugendliche« in den vergangenen Jahren weisen zwingend in diese Richtung.

10. Die Verteilungskämpfe auf den Märkten (Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Sozialleistungsmarkt) werden sich eher verschärfen: zwischen Arm und Reich, Arbeitsplatzinhaber und Beschäftigungslosen, zwischen den von Armut unmittelbar Bedrohten und den von Armut schon Betroffenen, und natürlich auch zwischen den unterschiedlichen Armutsgruppen.



Und in diesen Verteilungskämpfen werden zunehmend die Waffen von Diskriminierung, Ausgrenzung, Stigmatisierung, Ethnisierung eingesetzt zur Legitimation sozialer Ungleichheit und politischer Repression.

11. Unter Bedingungen ökonomischer und politischer Kontinuität wird – so ist zu befürchten – der Sozialstaat zwangsläufig immer mehr seine sozialen Interventionsmöglichkeiten einbüßen; soziale Demontage, Abbau öffentlicher Leistungen, Raubbau an den natürlichen Ressourcen und wachsende soziale Ungleichheit werden von der »zufriedenen Mehrheit« dieser Gesellschaft zunehmend durch sexistische, rassistische und sozialdarwinistische Ideologien legitimiert und durch den Ausbau staatlicher Repressionsinstrumente abgesichert werden. Gewalt als Mittel der Politik der Ausgrenzung gegen alle, die den Status quo bedrohen könnten – die Armen draußen, die Armen drinnen und die Armen von morgen – wird zunehmend demokratische Muster der Konfliktlösung ersetzen.

12. Die Fortsetzung der seit zwanzig Jahren dominanten politischen und ökonomischen Entwicklungs- und Handlungsmuster, das bloße »Weitermachen« wie bisher also, wird in absehbarer Zeit die Grundlagen des Sozialstaates zerstört haben. Der Demontage des Sozialstaates, die voll im Gang ist, wird die der demokratischen, toleranten, multikulturellen, offenen Gesellschaft folgen.

IV. Die Alternative – der Umbau des Sozialstaates

13. Die Bedingungen für einen humanen, das heißt sozialen und ökologischen Umbau der bundesrepublikanischen Gesellschaft sind »an sich« recht günstig. Vier Gründe dafür:

(1) Diese Gesellschaft ist reich wie kaum ein anderes Land. Die obere Häfte dieser Gesellschaft verfügt über hinreichend überschüssige Ressourcen, um die Prozesse sozialer Polarisierung zu stoppen und die Kosten des Umbaus des Sozialstaates zu tragen.

(2) Diese Gesellschaft hat Zeit wie kaum ein anderes Land. Die Armutsentwicklung in Deutschland steht noch an ihrem Anfang. Noch gibt es eine breite, stabile Mittelschicht, und auch innerhalb der Armutspopulation ist der Kern von Langzeitarmen noch relativ klein. Die sogenannten sozialen Brennpunkte in deutschen Ballungsgebieten sind noch nicht vergleichbar mit den Elendsregionen der USA, Großbritanniens oder gar der dritten Welt. Das heißt: noch kann mit relativ wenigen Mitteln im Rahmen eines langfristig orientierten sozialen Reformprojekts die Armutsentwicklung zumindest in Deutschland aufgehalten werden.

(3) Diese Gesellschaft verfügt über ein großes Reservoir innovativer Fantasie. In den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren sind zahlreiche gute, durchdachte, realisierbare Konzepte des sozialen und ökologischen Umbaus entwickelt worden.

(4) Und es hat den Anschein, daß der wachsende Problemdruck auch allmählich wachsende Reformbereitschaft provoziert – nicht nur in den traditionell innovativen Milieus der sogenannten sozialen Bewegungen, sondern auch in den großen, eher strukturkonservativen gesellschaftlichen Institutionen des Sozialstaates: den kommunalen Sozialverwaltungen, den großen Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und Gewerkschaften und – last and least – den Verbänden der sogenannten Wirtschaft.

14. So könnten die in den letzten Jahren entstandenen regionalen und kommunalen Armutskonferenzen, die lokalen sozialpolitischen Initiativen und Offensiven, die kriminalpräventiven Räte, die öffentlich geförderten Beschäftigungsgesellschaften des sogenannten Zweiten Arbeitsmarktes u.a.m. durchaus innovative Keimzellen einer neuen sozialpolitischen Reformpolitik sein. Und auch die gegenwärtig sich entwickelnden Diskussionszusammenhänge um die Probleme einer »sozialen Großstadtstrategie«, um die Kriterien einer sozialverträglichen Stadtentwicklungsplanung, um die Reform der sozialen Dienste unter Gesichtspunkten von Effizienz, Kostensenkung, Bürgernähe, Partizipation der Betroffenen und Prävention – könnten dazu beitragen, daß sich ein neuer sozialstaatlicher Konsens heranbildet.

15. Ob aber diese Reformkräfte hinreichend stark sein werden, um den Reichtum an Mitteln, an Zeit, an Fantasie und an Reformbereitschaft für den Umbau des Sozialstaates zu nutzen, hängt davon ab, ob es gelingt, die mit einem solchen Umbau notwendig werdenden »Zumutungen« durchzusetzen:

- Ohne eine langfristige Politik nämlich der Umverteilung von Reichtum, von Arbeit, von Wohnraum und von öffentlichen Dienstleistungen zugunsten der »sozial Schwachen« und zu Lasten der »sozial Starken«;
- ohne eine gezielte Politik des Einsparens beim Verbrauch begrenzter Ressourcen und ohne eine Politik der Reduktion destruktiven Konsums – und zwar vor allem dort, wo am meisten und am schmerzlosesten gespart werden kann – in der oberen Hälfte unserer Gesellschaft;
- ohne eine Politik schließlich, die sich systematisch an dem Verursacherprinzip orientiert, wenn es darum geht, die sozialen und ökologischen Kosten wirtschaftlicher Expansion zu verteilen;

ist auf lange Sicht der demokratische und soziale Staat nicht zu retten. ●

DAS »BÜRGERGELD« DER BESSERVERDIENER:

SOZIALPOLITIK

Almosen und Arbeitsanreiz für Arme

Die FDP hat vor geraumer Zeit die Forderung nach dem »Bürgergeld« in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Horst Kahrs beschreibt Modell und Ideologie des Bürgergeldes und geht in seinem Beitrag der spannenden Frage nach, ob das Bürgergeld der letzte Versuch der Mächtigen und Wohlhabenden ist, sich auf einen erzwungenen sozialen Konsens zu einigen, bevor sie die Fesseln des Sozialstaats sprengen.

Das Wahlprogramm der FDP enthält den Vorschlag einer -Steuer- und Transferordnung aus einem Guß: das Bürgergeldsystem-. Steuerliche Freibeträge und staatliche Sozialleistungen sollen zu einem geschlossenen System zusammengefaßt werden. Das -Bürgergeld- bezeichnet politisch plakativ das Modell der -Negativsteuer-, welches ebenfalls von Teilen der CDU für die Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Staat und Individuum gefordert wird. Allerdings haben sich die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und die Wirtschaftsvereinigung der CDU (WIV) innerparteilich (noch) nicht durchsetzen können. Als theoretischer Guru der Negativsteuer (des Bürgergeldes) tritt seit 1973 der Frankfurter Wirtschafts-Professor Joachim Mitschke auf, dessen Modelle von FDP, CDA, WIV und Teilen der Grünen gleichermaßen gesucht und propagiert werden.

DAS BÜRGERGELD IM MODELL

Das -Bürgergeld- erstreckt sich zum einen auf die steuerlichen Grundfreibeträge der Lohn- und Einkommenssteuer und zum anderen auf die staatlichen Sozialleistungen Kindergeld, Erziehungsgeld, Kinderfreibeträge, BAföG, Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und steuerfinanzierte Beitragszuschüsse zu sozialen Sicherungssystemen. Es läßt damit – vorläufig? – die beitragsfinanzierten Versicherungsleistungen (Rente, ALG usw.) unangetastet. Die genannten

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

steuerfinanzierten Sozialleistungen werden durch das Bürgergeld ersetzt, und zwar nach den Modellen der FDP, Stand Sommer 1994, in folgender Höhe: Sozialhilfe-Regelsatz für einen Erwachsenen mit 550 DM, Wohngeld/Wohnbedarf mit 500 DM, zusammen 1.050 DM. Dieser Betrag bildet den Grundbetrag. Der Wohnbedarf erhöht sich für jede weitere zum Haushalt gehörende Person um 150 DM. Kinder erhalten einen Grundbedarf in Höhe von 400 DM zugestanden in Ersetzung für Kindergeld und den steuerlichen Kinderfreibetrag. BAföG und Erziehungsgeld bringen für Ausbildung und Erziehung einen weiteren monatlichen Betrag von 100 DM. Das Bürgergeld beträgt somit für eine ledige Person 1.050 DM im Monat, für eine alleinerziehende mit einem 14jährigem Sohn 1.700 DM. Bei Erwerbsarbeit erhöht sich das Bürgergeld um 150 DM (Ersatz des alten BSHG-Mehrbedarfs für Erwerbstätigkeit), also auf 1.200 DM bzw. 1.850 DM. Wird kein anderes Einkommen erzielt, wird dieser Betrag von den Finanzämtern monatlich auf der Basis der jährlichen Steuererklärung ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitspflicht ausgezahlt (Negativsteuer).

Einkommen aus Erwerbstätigkeit (anrechnungsfähiger Nettolohn) wird zur Hälfte auf das Bürgergeld angerechnet. Bei einem Verdienst von 560 DM vermindert sich das Bürgergeld bei dem Ledigen um 280 DM auf 920 DM, das monatliche Gesamteinkommen beläuft sich auf 1.480 DM. Im Fall der Alleinerziehenden beträgt das Bürgergeld 1.850 DM - 280 DM = 1.570 DM, das monatliche Einkommen aus Bürgergeld und Erwerbstätigkeit 1.570 DM + 560 DM = 2.130 DM. Durch eine geringfügige Beschäftigung würde das monatliche Einkommen im Bürgergeldsystem also um 150 DM (Mehrbedarf) plus 280 DM (anrechnungsfreie Hälfte) oder zusammen 430 DM steigen. Bezögen unsere Musterfälle Sozialhilfe, so hätten sie durch die heutige Anrechnungspraxis lediglich ein um 194,50 DM erhöhtes Einkommen. Offensichtlich belohnt das Bürgergeld die Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung oder von Teilzeitjobs; gleichzeitig schafft es eine indirekte steuerliche Subvention für Jobs, deren Entlohnung deutlich unter dem Existenzminimum bleibt.

Eine Besteuerung der Arbeitseinkommen beginnt beim Bürgergeld erst dann, wenn durch die Hälfte des Nettolohnes das Bürgergeld voll ersetzt worden ist. In den FDP-Modellen liegt diese Grenze bei einem Nettolohn (vor heutigem Lohnsteuerabzug) von 2.400 DM im Monat, denn ab diesem Betrag wird kein Bürgergeld mehr gezahlt: Der fällige Anrechnungsbetrag von mindestens 1.200 DM ersetzt das Bürgergeld voll.

Hinsichtlich seiner grundlegenden Wirkungsmechanismen unterscheidet sich das Bürgergeld nicht von anderen Modellen der -Negativsteuer-. Der politische Charme des Bürgergeldes geht von seiner Schlichtheit und dem Verzicht auf unmittelbare Kontrollen der -Arbeitsbereitschaft- aus. Jeder könnte sich mit dem Grundbetrag bescheiden, wenn er denn hoch genug läge.

Genau hier liegt der entscheidende Knackpunkt. Theo Waigel vermag sich eine -kostenneutrale Lösung- – und andere werden in der Koalition schon gar nicht ernsthaft diskutiert – nur bei einem -äußerst niedrigen Bürgergeld- vorzustellen, so daß die Zahlen der FDP allenfalls als Wahlkampfrhetorik dienen. Der finanzpolitischen Flexibilität nach unten leistet bereits der Name -Bürgergeld- Vorschub, da in ihm alle Erinnerungen an die sozialstaatliche Verpflichtung zur Sicherung des finanziellen Existenzminimums im Gegensatz zu den Grundsicherungs-Modellen getilgt werden.

Aus scheinbar völlig unterschiedlichen Ecken des Parteiensystems treten uns im Prinzip gleiche Modelle unter verschiedenen Firmennamen entgegen. Gemeinsam ist ihnen die Absicht, die Besteuerung von Arbeitseinkommen und die Auszahlung von aus Steuern finanzierten Sozialleistungen zu integrieren. Hier unterscheiden sie sich wesentlich nur in ihren ideologischen Begründungen.

Ein tatsächlicher Unterschied besteht darin, ob mit diesem Schritt der Umbau des Sozialstaates beendet ist, oder ob es sich lediglich um einen ersten Schritt handelt, dem dann die Einbeziehung der beitragsfinanzierten Versicherungsleistungen (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) folgen soll. Letzteres ist u.a. bei der FDP der Fall, die neben dem Bürgergeld mittelfristig die gesetzlichen Pflichtversicherungen auf eine -Grundsicherung- runterfahren will, auf der eine leistungsorientierte private Höherversicherung aufbaut, die erst den Zugang zu Herzschrittmachern und Zahnprothesen erlaubt.

DAS BÜRGERGELD IN DER IDEOLOGIE

Professor Mitschke propagiert das -Bürgergeld- bereits seit zwanzig Jahren. Warum findet es aber erst jetzt Eingang in Wahlprogramme? Die Antwort findet man nicht im Modell, sondern in der Ideologie des -Bürgergeldes-. Mittlerweile taugt es zum politischen Slogan der -Besserverdienenden- und -Leistungsträger-. Die Argumentation für das Bürgergeld verarbeitet die letzten zwanzig Jahre Sozialstaatskritik. Paradebeispiel ist immer wieder das Bild von der -ausufernden Sozialstaatsbürokratie-: So gäbe es heute 40 Anlaufstellen für 90 Leistungen, da finde sich kein Bürger mehr zurecht, da wisse keine Behörde mehr, was die andere gerade gewährt habe. Diesem Gewimmel von Leistungen und Stellen bescheinigt Professor Mitschke -Effektivitätsmangel-:

-Da gibt es einerseits eine Gruppe von Bürgern besonders der älteren Generation, die den Gang zum Sozial- oder Wohngeldamt immer noch als beschämend empfindet, im übrigen der ausufernden Antrags-, Nachweis- und Auskunftsbürokratie hilflos gegenübersteht. Und zum anderen sind da jene eher jüngeren, gewiefteren Transfertaktiker, die sich die Gesetzes- und Informationslücke des parzellierten und schwerfälligen Sozialapparates unverfroren zunutze machen.- Die -hilflosen Alten- kennen wir noch aus der von Heiner Geißler 1976 losgetretenen Diskussion um die -neue Armut-, der -Transfertaktiker- ist das Lieblingskind der neunziger Jahre, besser bekannt als -Sozialstaatsmißbraucher- und -Sozialkrimineller-.

-Die Integration steuerfinanzierter Sozialleistungen in die Einkommens- und Lohnbesteuerung ist geeignet, die Zielgenauigkeit der Leistungen erheblich zu steigern. Der entstehende Zwang zur gesetzlichen Abstimmung von Anspruchs- und Begünstigungstatbeständen sowie die Konzentration der entsprechenden Sozial- und Bedürftigkeitsdaten bei einer Behörde entziehen Techniken der Leistungskumulation und des Leistungsmißbrauchs den Boden und erlauben es andererseits, Unterstützungstatbestände zuverlässiger zu erfassen. Auf längere Sicht können alle steuerfinanzierten Sozialleistungen zu einem nach einheitlichen Sozial- und Bedürftigkeitsmerkmalen differenzierten Universaltransfer zusammengefaßt werden.-

Diese Argumentation hat nichts mehr mit einer Verbesserung der Einkommenslage der unteren Schichten am Hut, sondern zielt allein auf die -Entschlackung- des Sozialstaates, auf die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Systeme von Steuern und Sozialleistungen, auf die größere Übersichtlichkeit der Bürger für den Staat und auf eine neue Superbehörde, die allein für die finanziellen Beziehungen zwischen Steuerpflichtigen und Leistungsberechtigten einerseits und Staat andererseits zuständig ist.

Schließlich rettet das Bürgergeld durch die -Verschmelzung von Steuer- und Sozialleistungssystem- die bundesdeutsche Demokratie, da es der -nicht nur in der Bundesrepublik zu beobachtenden Entwicklung zur Zwei-Klassen-Gesellschaft entgegen (wirkt): hier die staatstragende Klasse der leistungsfähigen Steuerzahler und dort die staatsbelastende Klasse der unterstützungsbedürftigen Sozialbittsteller. Gerade wir Deutsche verfügen über leidvolle geschichtliche Erfahrungen, in welche Bahnen die soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung größerer Bevölkerungsschichten die politische Verfassung eines Landes lenkt.-

Die in der Kohl-Ära vorangetriebene ideologische Spaltung der Gesellschaft entlang dem Slogan -Leistung muß sich wieder lohnen- in -Besserverdienende- und -Leistungsträger- einerseits und in die ohnehin zu hohe Steuern verschlingenden -Bittsteller- und -Sozialballastexistenzen- andererseits wird als erfolgreich unterstellt, nun gilt es deren politische Sprengkraft abzumildern.

Die dunklen Verweise auf -gerade unsere leidvollen geschichtlichen Erfahrungen- beziehen sich nicht auf eine drohende Rebellion der Arbeitslosen und Verarmten, sondern auf das Wissen, wie hierzulande die herrschende Klasse schon einmal mit -Bittstellern-, -Ballastexistenzen-, -Un-brauchbaren- und -Überflüssigen- umgesprungen ist – Endpunkt: -Vernichtung lebensunwerten Lebens- zur Verbesserung der volkswirtschaftlichen Zahlungsbilanz.

Das Bürgergeld versucht, radikaleren Lösungen des Problems, welches den -leistungsfähigen Steuerzahlern- die Ausschüttung ihres hart erarbeiteten Geldes als Sozialhilfe und Wohngeld an die -staatsbelastende Klasse- bereitet, einen Riegel vorzuschieben. Die heutige -Bürgergeld--Diskussion verläuft als eine Verständigung der -Besserverdienenden-, -Wohlhabenden- und -Leistungsträger- untereinander, wie sie sich auf der einen Seite von der ausufernden -Steuerlast- befreien und auf der anderen Seite ein ziviles, weltoffenes und -soziales- Outfit bewahren können.

Von der im Wahlprogramm der CDU enthaltenen Drohung, die Sozialhilfe bei Ablehnung einer -zumutbaren Arbeit- zu kürzen und zu streichen, sind die Bürgergeld-Verfechter daher weit entfernt. Sie halten die Belohnung von mies bezahlter Erwerbsarbeit durch eine nur noch 50%ige Anrechnung für -wesentlich anreizstiftender und deshalb wirksamer- (Mitschke).

Zum Bürgergeld der FDP gehört wie die Pelle zur Wurst das Bild einer zunehmenden Zahl von -Fußkranken und Lahmen-, die die -leistungsorientierte- High-Tech-Gesellschaft ausspuckt und deren Lebensenergie für -good jobs- nicht mehr taugt, aber für die -bad jobs- im Haushalt, im Dienstleistungssektor oder bei der -Privatisierung- durchaus noch produktiv zu mobilisieren sei. Für den -nicht ausreichend qualifizierten-, für den -nicht die notwendigen sozialen Fähigkeiten besitzenden- und für den -nicht ausreichend belastbaren- Menschen macht das Bürgergeld eine schlichte Rechnung auf: Entweder läßt er sich durch ein niedriges Bürgergeld zur -Erwerbsarbeit- anreizen und erwirbt sich durch den Nachweis seiner -Nützlichkeit- die Protektion des -leistungsfähigen Steuerzahlers-, oder aber er wird zum -Unbrauchbaren-, Belastenden – und die soziale Brutalität des wirtschaftsliberalistischen Leistungsträgers läßt sich nicht mehr in zivilen Bahnen zügeln.

Die Diskussion um das -Bürgergeld- – der Versuch der herrschenden Klasse, sich selbst nochmal auf eine -staatliche Gemeinschaft- zu verständigen, -die sich aus ethischen Fundamentalnormen für die Existenzsicherung ihrer Mitglieder verbürgt- (Mitschke), bevor die -wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung größerer Bevölkerungsschichten- sie zur Sprengung der politischen Fesseln der Verfassung treibt? ●

Horst Kahrs

Aus: quer, Überregionale und unabhängige Monatszeitung für Arbeitslose, Oktober 1994

KONGRESS-KRITIK

SOZIALPOLITIK

Jugendpolitik für Jugendliche!

»Jugend will Zukunft« lautete der Titel einer Großveranstaltung der Jugendverbände und Jugendpartei-Organisationen im September '94 in Dortmund zur Einstimmung auf die Bundestagswahlen. Die Verbandsopposition war auch beteiligt und gab zu diesem Anlaß eine kritische Zeitung heraus: »der volxvertreter« (17.9.94). Dieser entnahmen wir den nachfolgenden Beitrag von Jörg Bergstedt (Jugendumwelt-Projekt-Werkstatt Saßen).

»Jugend will Zukunft« – kann sein. Es bleibt die Frage, ob die Jugendlichen überhaupt gefragt wurden. Denn dann wäre aufgefallen, wie schwachsinnig ein Aufruf zum Wählen ist, der sich an Jugendliche richtet:

Jugendliche dürfen nicht wählen und sie dürfen nicht gewählt werden. Das aber ist nur die Spitze des Eisberges. Um die Mitbestimmung von Jugendlichen ist es schlecht bestellt. Fast überall stehen sie nur daneben, wenn über sie entschieden wird. Jugendhilfeausschüsse, Jugendgerichte, Jugendausschüsse der Parlamente, Schulleitungen – fast immer stehen sie daneben, sind nur die Betroffenen, oft Opfer. Mitreden dürfen sie meist gar nicht, oder nur dann, wenn es nicht zu wichtig wird.

Dieser Text will aufzeigen, wo Veränderungen möglich sind, damit Jugendliche ihre eigenen Belange bestimmen können. Er soll damit auch dazu beitragen, die entscheidende Lücke der Veranstaltung »Jugend will Zukunft« (Großveranstaltung in Dortmund, September 1994) und der Jugendpolitik zu füllen: Jugendliche werden ständig zum Mitbestimmen aufgerufen – obwohl alle es wissen: Sie dürfen gar nicht! Damit ist die aktuelle Jugendpolitik nicht nur eine Entmündigung, sondern zudem eine Verarschung. Große Teile der Regierungen und der selbsternannten Interessenvertretungen der Kinder und Jugendlichen (Ausschüsse, Vereine, Verbände usw.) tun wenig oder nichts in Sachen Mitbestimmung, aber sie tragen die große Lüge mit – so wie mit der Veranstaltung »Jugend will Zukunft«.

KOMMUNALE POLITIK

Kinder und Jugendliche, am besten getrennt, sollten in eigenen Versammlungen, Gruppen usw. ihre Belange diskutieren und entscheiden können. Kinder- und Jugendparlamente sollten überall geschaffen werden – und zwar mit echten Kompetenzen und ohne Listenwahl. Schließlich soll nicht schon im frühen Alter trainiert werden für Fraktionszwang, Anpassung und Scheindemokratie. Die Kinder- und Jugendparlamente erhalten von der Kommunalverfassung oder, solange die noch nicht entsprechend verändert ist, per Zuweisung durch die »normalen« Parlamente das Recht, über ihre Belange sowie einen festen Jugendhaushalt zu entscheiden. Typische Entscheidungsfelder sind:

- Jugendzentren
- Förderung von Gruppen- und Projektarbeit
- Jugendveranstaltungen
- Einstellung von JugendpflegerInnen usw.
- Arbeitsweise des eigenen Parlaments
- Gestaltung von Spielplätzen

Zudem sollten die Kinder- und Jugendparlamente Mitspracheund Vetorecht (führt dann zur nochmaligen Beratung im »normalen« Parlament) bei möglichst vielen anderen Entscheidungen haben, insbesondere

- Bauleitplanungen, Stadtgestaltung
- Umweltschutz
- Verkehr
- Bildung, Schule, Freizeiteinrichtungen
- Haushalts- und Stellenplan

Diese Bereiche betreffen Kinder und Jugendliche besonders, vor allem auch, weil sie später die Fehler wieder ausmerzen müssen.

ALLGEMEINE WAHLEN

Ob die in diesem Lande stattfindenden Wahlen demokratische Prozesse darstellen, kann angezweifelt werden. Daß aber von vornherein nur ein Teil der Bevölkerung wählen darf, ist nicht zu akzeptieren. AusländerInnen, Obdachlose ohne festen Wohnsitz, sowie alle Menschen unter 18 Jahre sind stimmlos – bei Wahlen genauso wie bei Bürgerentscheiden, Volksabstimmungen usw.

JUGENDEINRICHTUNGEN

Ziel muß sein, möglichst viele Einrichtungen in Selbstverwaltung von Jugendlichen zu überführen. Selbstverwaltete Jugendzentren und Jugendräume, von Jugendlichen verwaltete Materialien, freie Redaktionen von Jugendzeitungen und anderen Medien, Projektwerkstätten und vieles mehr müssen gefördert und ihre Selbständigkeit gesichert sein. Bestimmte Formen der Selbstverwaltung sind nicht vorzuschreiben, offene Strukturen mit Projektfreiheit, Konsensprinzip usw. eher zu fördern als zu untergraben.

JUGENDFÖRDERUNG

Geldvergabe für die Jugendarbeit und die mit diesem Geld geförderten Aktivitäten müssen von Jugendlichen bzw. von Kindern bestimmt sein. Zur Zeit fließt das meiste Geld an Erwachsene, die tatsächlich oder vorgegebenerweise zur Beschäftigung, Betreuung u.ä. angestellt sind und Gehälter beziehen, Bürokosten verursachen usw. Nur noch ein ganz kleiner Teil des Geldes gelangt zu den Jugendlichen selbst. In allen wichtigen Gremien der Geldvergabe sitzen nur oder fast nur Erwachsene, teilweise 50 Jahre und noch älter. Geldvergabe aber ist ein wichtiges Mittel auch inhaltlicher Vorgabe. Wenn Kinder und Jugendliche hier nicht entscheiden können, ist Selbstbestimmung kaum vorstellbar.

SCHULE

In den weiterführenden Schulen (ab Klasse 5) sind in der Regel Schülerselbstverwaltungen (SVen) mit bestimmten Rechten zugelassen. In einigen Ländern sind SVen kaum zu irgendetwas befugt, dort läuft Schule ohne Mitbestimmung ab. Aber auch sonst haben SVen kaum Rechte in den entscheidenden Fragen, z.B. der Raumverteilung oder der Unterrichtsgestaltung, der Personalplanung oder der Wahl der Schulleitung. Wenige Ausnahmen (z.B. Schulkonferenz in Hessen) bieten ein Stück Mitwirkung – mehr aber auch nicht. An den Grundschulen sind Kinder völlig entrechtet, nicht einmal eine Selbstverwaltung kann entstehen.

In etlichen Bundesländern sind auch Schülerzeitungen völlig der Willkür Erwachsener ausgeliefert, in nur wenigen Ländern sind die Redaktionen frei, wie es das Pressegesetz eigentlich vorsieht.

In der entscheidendsten Frage aber sind alle Kinder und Jugendliche in Deutschland nicht frei. Es herrscht Schulpflicht. Wer (aus welchen Gründen auch immer) die Schule nicht mehr oder für eine gewisse Zeit nicht besuchen will, wird sofort mit Zwang zur Schule gebracht. Mitbestimmung, geschweige denn Selbstbestimmung, ist nicht gefragt.

Mit der Aktion »Jugend will Zukunft« werden die Hauptprobleme der Kinder und Jugendlichen verschwiegen. Stattdessen wird suggeriert, daß Mitbestimmung möglich sei. Die Träger des Aufrufs nehmen damit Teil an der Verfälschung und Unterdrückung der unter 18jährigen – sie sind und werden mitschuldig an den grotesken Mängeln unserer Demokratie. Daß darüber in den Jugendverbänden und Jugendringen Erwachsene deutlich jenseits der 18-Jahre-Grenze und oftmals mit satten Gehältern aus Staatsknete entschieden haben, paßt zusammen und nährt den Verdacht, daß Kinder und Jugendliche gar nicht Zielgruppe der Verbände sind. Vielmehr handeln die selbsternannten Jugendfunktionäre zu ihrem eigenen Vorteil ihres Verbandes (Ansehen, Fördergelder). Das schadet der Sache. ●

Anzeige

AKAZ Nr. VI
Zeitschrift für Religions- und Staatskritik

"Von der Diskursunfähigkeit der Religiösen"

Kritische Betrachtungen zur "Anthroposophie und Waldorfschule"

"Rassismus"

"Ideologie der Entmenschlichung"

"Anarchismus und Faschismus"

Erziehung durch Kirche und Staat

"Liebesgedicht"

und z.B. Buchbesprechungen zu Rainer Scheppers neuem Buch "Gott beim Wort genommen- Das Alte Testament auf dem Prüfstand"

"ECCE JESUS" von Hans Conrad Zander

AKAZ

8.-DM an Birkenfelderstr. 13
D-54497 Morbach
fax 06533-3105

PAULO FREIRE IN MÜNCHEN:

Besuch im Container-Lager

Einer der bedeutensten Pädagogen der Gegenwart, der Brasilianer Paulo Freire, folgte – zusammen mit seiner Frau Maria – der Einladung der Paulo Freire Gesellschaft und kam Ende Juli nach München.

Von Heinz Schulze, Redaktion Sozialpolitik ● Paulo Freire war für den diesjährigen Friedensnobelpreis vorgeschlagen und als Bildungsminister der brasilianischen Arbeiterpartei PT im Gespräch, die die Wahlen in Brasilien nun doch nicht gewonnen hat.

Seit 20 Jahren gibt es interessante Ansätze, die von Freire entwickelte »Pädagogik der Unterdrückten« auch bei uns anzuwenden: Im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung, bei der Alphabetisierung deutschsprachiger Erwachsener, in der Friedensarbeit, im Bereich von »Dritte-Welt«-Gruppen, in diversen Feldern der Sozialarbeit und an Schulen.

Angesichts des zunehmenden Rassismus in Deutschland, der sich ausbreitenden Ellenbogengesellschaft, der negativen Auswirkungen neoliberaler Politik auf die Erste und die Dritte Welt wurde die Paulo Freire Gesellschaft gegründet, um die Ansätze der befreienden Pädagogik zusammenzuführen und voranzubringen. Mit ihrer ersten öffentlichen Veranstaltung gelang es, Paulo Freire und die Arbeit der Gesellschaft erstmals einem größeren Publikum vorzustellen und in intensiven Gesprächsrunden der verbreiteten Perspektivlosigkeit eine »Pädagogik der Hoffnung« (so der Titel des neuesten Buches von Paulo Freire) entgegenzusetzen.

Der große Saal im DGB-Haus war am 27. Juli trotz Ferienbeginn und großer Hitze hoffnungslos überfüllt. Die Veranstaltung wurde von der Paulo Freire Gesellschaft organisiert und in Kooperation mit der bayerischen grünnahen Stiftung Regenbogen und dem Münchner Kulturreferat durchgeführt. Mitveranstalter waren das örtliche Nord-Süd-Forum, der Verein Casa do Brasil und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Die Begrüßungsrede hielt der Kulturreferent der Landeshauptstadt.

Es war beeindruckend, wie der 73 Jahre junge Paulo Freire seine Vorstellungen von einer menschenwürdigen Gesellschaft vertrat und auf die vier vorgetragenen Beispiele einer befreienden Pädagogik in Deutschland reagierte.

Ein weiterer Höhepunkt im Besuchsprogramm war die Gesprächsrunde mit etwa 30 eingeladenen MitarbeiterInnen aus der Ausländerarbeit, unter ihnen die Ausländerbeauftragte der Stadt. Das Gespräch fand auf »dem Campus« eines Münchner Containerlagers für AsylbewerberInnen, unmittelbar zwischen zwei stark befahrenen Straßen gelegen, statt. Paulo Freire war sehr bewegt über die Lebensbedingungen im Lager. Es erinnerte ihn an sein eigenes »luxuriöses Exil« in Genf nach seiner Vertreibung durch brasilianische Militärs von 1984-1990.

Es sei wichtig, so Freire, den AsylbewerberInnen die Angst zu nehmen – die Angst vor dem Zurückgeschickt-Werden, die Angst vor der Zukunft. Menschenwürde und Kultur der Flüchtlinge seien zu achten und zu respektieren.

Aus einem »kurzen Fototermin« bei der Münchner Bürgermeisterin Gertrud Burkert wurde ein fast einstündiges, intensives Gespräch: Schule heute, so stimmten die GesprächspartnerInnen überein, vermittelt kaum noch Hoffnung auf ein besseres Leben, die Lehrinhalte seien nur zu oft abstrakt und lassen die tatsächlichen Lebensumstände der SchülerInnen vielerorts außer acht.

Einen peinlichen Affront leistete sich ausgerechnet die Ludwig-Maximilian-Universität gegenüber Paulo Freire, dem weltweit zwanzig Ehrendoktortitel verliehen wurden und dessen Werke in 18 Sprachen übersetzt vorliegen. Der zu einer Promotionsveranstaltung geladene Gast wurde nicht einmal begrüßt. Abgesehen von diesem Vorfall verlief Freires Besuch äußerst zufriedenstellend. Persönliche und fachliche Kontakte wurden geknüpft bzw. vertieft. Möglicherweise kommt Paulo Freire 1995 für die Sommeruniversität der Paulo Freire Gesellschaft nochmals nach Deutschland. ●

ÖSTERREICH: ALPINER WIDERSTAND AUCH MIT SPIRITUALITÄT UND MUSIK

Morgendämmerung in den Alpen

Der Alpenraum als geografisches Rückgrat Europas scheint nun die Basis eines regional gestützten, radikalen Widerstands gegen das Europa der großen Konzerne zu werden. Der demokratisch-emanzipative Bezug von Initiativen zur Heimat, die ökologische Orientierung und die Verbindung zu Spiritualität und Musik sind lebendige Voraussetzungen für eine »grüne Alpenrevolution«.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

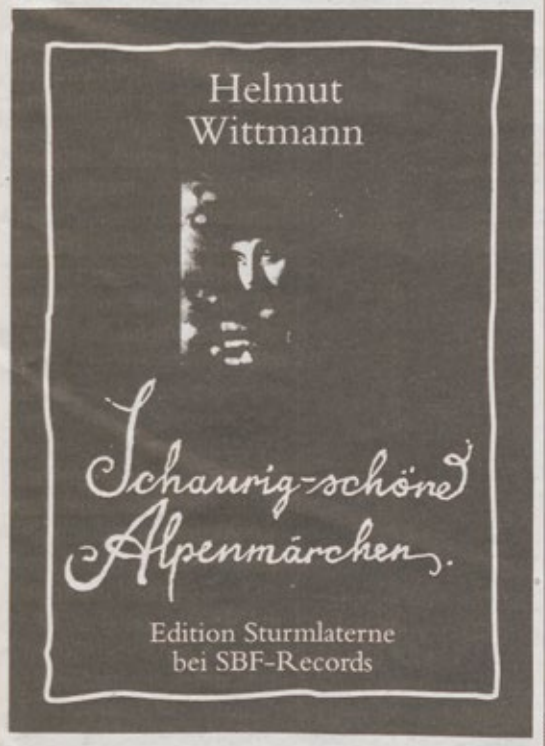
Von Roman Schweidlenka, Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Die Alpen sind so etwas wie das Rückgrat Europas: Wasserreservoir, Erholungsraum und – wie es mehr und mehr Stimmen kritischer ZeitgenossInnen verkünden – eine mögliche Quelle für einen ökologisch geprägten Umbau Europas. Die traditionelle, kleinräumige, gemeinschaftsverbundene Berglandwirtschaft rückt dabei immer mehr in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Über Jahrhunderte hat sie sich bewährt: Als eine auf Erfahrungswissen basierende Methode, die ökologische Stabilität bietet, als eine nachhaltige, arbeitskraftintensive und arbeitsplatzsichernde Wirtschaftsweise, die gesunde Nahrungsmittel produziert und dabei die natürliche Pflanzen- und Artenvielfalt erhält.

Bedingt durch den Druck der die EU maßgeblich beherrschenden großen Konzerne befindet sich diese regional verankerte Wirtschaftsweise in einem Prozeß des Verfalls. Immer mehr geraten die Bergbauern und -bäuerinnen unter die Räder der industriellen Junk Food-Produktion, die im Tiefland mit arbeitsplatzvernichtenden Rationalisierungen und dem Einsatz der umstrittenen Genmanipulation billige Erzeugnisse, die zu Unrecht noch dem Begriff »Nahrung« zugeordnet werden, auf den aufgeblähten EWR-Markt wirft. Gleichzeitig werden in alpinen Regionen Kleinbetriebe zusammengelegt, die einst Stützpfeiler der noch nicht durchkapitalisierten Dorfgemeinschaften waren. Mit der Erhöhung des Grades der Mechanisierung steigt die Verschuldung der bäuerlichen Betriebe, nimmt das vielzitierte Bauernsterben, zu dem 1993/94 ein Kongreß den anderen in der Alpenrepublik jagte, seinen unrühmlichen Lauf. Dazu kommt die schleichende Zerstörung des Alpenraumes und der sozialen dörflichen Strukturen durch den Massentourismus, der zugleich das ökologische Gleichgewicht dieser sensiblen Bergregionen mehr und mehr bedroht.

MERKMALE DES ALPINEN WIDERSTANDES

Gegen diese zerstörerische »Entwicklung« unter der Fahne des Profits regt sich zunehmender Widerstand, der vor allem die Schweiz und Tirol (Österreich), aber allmählich auch die anderen Alpenländer Italien, Deutschland, Frankreich, Slowenien und Lichtenstein erfaßt hat. Dieser nur unvollkommen vernetzte Widerstand weist im Wesentlichen folgende Merkmale auf:

○ Es keimt eine »Renaissance des Regionalismus«.



Die Initiativen und Bürgerzusammenschlüsse entwikkeln einen neuen, zumeist demokratisch-emanzipativen Bezug zu ihrer Heimat, die in nicht-ausländerfeindlicher Prägung zu einer Art »Mitte des Universums« wird. Das »Handle lokal« der internationalen Alternativbewegung setzt sich dabei in eine regional zentrierte und zugleich für »Auswärtige« offene Kulturszene um, die vom Schutt autoritätshöriger Elemente gereinigte alte Traditionen mit Einflüssen der globalen Solidaritätsbewegung und Musikszene verbindet.

○ Der neue alpine Regionalismus ist zugleich ökologisch orientiert und hat NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN ALS ÜBERLEBENSMODELL in Theorie und Praxis entwickelt. Neben der ideologischen Aufwertung der Biobauern und -bäuerinnen gibt es zahlreiche, teilweise erfolgreiche Versuche, die sich um die Vermarktung der Bioerzeugnisse – auch und vor allem in der eigenen Region – bemühen.

○ Nicht bei allen, aber bei etlichen dieser Initiativen kommen auch SPIRITUELLE UND MYTHOLOGISCHE INHALTE – teils direkt, teils unbewußt-indirekt – zum Tragen. Heilige Berge werden da z.B. zur Inspiration für den Widerstand gegen die EU, die erfolgreiche Initiative »Feuer in den Alpen« verbindet das Neuaufleben archaischer Feuerkulte mit dem Kampf gegen Umweltzerstörung und Kapitalismus; christliche Gruppen verbinden ihre regionalpolitische Kulturarbeit mit einem liberal geprägten Rückgriff auf christlich geprägtes Brauchtum.

In diesem Zusammenhang kommt es auch zu einer unaufhaltsamen Renaissance der alpinen Märchen. Gallionsfigur der neuen Märchenerzählkultur ist der Österreicher Helmut Wittmann, ein geistiges Kind der archaisch geprägten, spirituell interessierten Alternativbewegung der siebziger Jahre. Als Märchenerzähler boomt er mittlerweile von Erfolg zu Erfolg. Allerdings: Ein Angebot, bei der einschaltquotenreichen österreichischen Seicht-Show-Sendung »Musikantenstadl« aufzutreten – was normalerweise den Quantensprung zu Geld, Ruhm und Spitzenkarriere bedeutet – lehnte Wittmann ab, um sich, wie er betont, »auch weiterhin in den Spiegel schauen zu können«. Seine oft unkonventionellen Märchenprogramme »auf seine lehrreich-vergnügliche neueste Doppel-MC-Produktion »Schaurig schöne Alpenmärchen« sei an dieser Stelle mit allem Nachdruck hingewiesen (1) – wollen die Liebe zur Region wecken und wieder für die jeweilige alpine Landschaft mit ihrer Eigenart und »ökologischen Magie« sensibilisieren. Alpine Märchen werden so zum Kontrastprogramm zu den moralisierenden, gutbürgerlichen, geglätteten und von Wildwuchs befreiten Grimm'schen Sammlungen. Alpine Legenden werden aber auch zunehmend umgeformt, ökologisch ausgedeutet und als geistige, im Volk verwurzelte Geheimwaffe gegen Zentralisten, Multis und Transitlawinenlostreter verwertet.

KEIME EINER NEUEN REVOLUTION?

Eine hochexplosive Mischung, die da auch im Winter grünt! Wird diese wilde Mischung unterdrückt, angepaßt, eingekauft werden? Wird die geistig-aktivistische Bombe hochgehen? Hans Haid, engagierter Volkskundler und Publizist, wartet in seinem Buch »Vom neuen Leben« mit kernigen Aussagen zur »grünen Alpenrevolution« auf: »Seit den Bauernkriegen 1525/26 hat es keine so massive, breite, notwendige Bewegung von unten nach oben gegeben wie jetzt. ... Der Umsturz ist weit tiefgreifender, weit umfassender, weit spannender als jeder Umsturz in der alpinen ( ) Geschichte. Nicht einmal zu Zeiten eines Bauernkrieges, eines Michael Gaismair oder zu Zeiten der in den Alpenregionen sowieso unwirksamen Arbeiterbewegung, und auch nicht der langsamen Umwälzung durch die sogenannte Technisierung hat sich massiv in Hirnen, Köpfen und Bäuchen der Menschen soviel gemeinsame Auflehnung, soviel Umdenken und Neudenken breit gemacht wie ab 1986 und den nachfolgenden Jahren.«

Diese optimistische Analyse wird freilich nicht von allen mit der Thematik Befaßten geteilt. Haid jedenfalls publizierte Ende 1993 seine Forschungsergebnisse in der Zeitschrift »pro vita alpina« (Nr. 22/93): Er ortete mehr als 130 neue Wirtschaftsinitiativen und mehr als 200 Bürgerinitiativen, die zur Rettung des bedrohten Lebensraumes Alpen aktiv sind. Bereits 1988 waren allein in Tirol ca. 100 derartige Gruppen mit über 4.000 Mitgliedern aktiv.

Die neue »Revolution der Älpler« kramt nicht im giftigen Müll feudaler, autoritätshöriger geschichtlicher Vergangenheit. Patriarchat und Führertum erleben bei den demokratisch geprägten Alpeninitiativen keine Neuauflage; was freilich nicht bedeutet, daß die Gefahr einer feudal-autoritären, politischen Entwicklung in den einzelnen alpinen Regionen gebannt ist. Gerade die Verschleierung realer Zentralisierungs- und Entmachtungsprozesse durch Lippenbekenntnisse zur Region und die Förderung eines seiner Wurzeln entfremdeten Brauchtums durch rechtsgerichtete Politiker manipuliert die berechtigten Ängste weiter Teile der ländlichen Bevölkerung, die meist verunsichert und orientierungslos auf den für sie bedrohlich wirkenden EWR blickt und tendenziell mit einem starken Mann als rettenden Führer sympathisiert, der alte Identitäten und weltanschauliche Verankerungen wiederherzaubern soll (und dies propagandistisch ja auch verspricht, auch wenn derartige Regressionen realpolitisch nicht verwirklichbar sind). Auch gegen diesen neokonservativen bis vereinzelt rechtsextremen Trend bilden die neuen Initiativen im Alpenraum eine ernstzunehmende Gegenkraft durch die Theorie und Praxis lebensfähiger Alternativen, die mit politischer Aufklärungsarbeit vielfach verbunden werden.

Sinnvoll ist dabei der bewußte Rückgriff auf tradierte demokratische Traditionen, wie z.B. die gemeinschaftliche Verwaltung und Nutzung der Almen oder die beachtlichen Autonomie- und Selbstverwaltungsrechte, die das Ergebnis eines langen Kampfes gegen feudale und zentralistische Machtgelüste sind. Extrem wichtig ist bei alldem ferner das Element der GEMEINSCHAFT, die ja eine Mangelware in unserer atomisierten Massengesellschaft ist. Gemeinschaft lebt in verschiedenen, regional unterschiedlichen Formen und meist in dünner werdenden Restbeständen im Bereich der Almwirtschaft und in den auf gegenseitiger Hilfe aufbauenden (Resten der) Dorfgemeinschaften. Diese Dorfgemeinschaften verfallen in dem Ausmaß, in dem der Massentourismus die Durchkapitalisierung aller nunmehr auf »Leistung« getrimmten Lebensbereiche vorantreibt. Gemeinschaft verbindet mit einer neuen Qualität, meist nur auf lockere, teilweise unverbindliche Weise, die in diesem Beitrag angesprochenen Initiativen und Vereine, die für ihren regionalen alpinen Lebensraum kämpfen. Gemeinschaft ist ohne Zweifel einer der wichtigsten und mächtigsten Zaubersprüche für das zeitgenössische, spirituell-politische Morgenrot im Alpenraum.

KEIN MOVEMENT OHNE MUSIK

Die alpine Morgendämmerung, deren Zukunft noch offen ist, geht mit einer Renaissance des modern interpretierten Volksliedes Hand in Hand. Popgrößen wie z.B. Hubert von Goisern oder Gerhard Egger haben regionale Mundart und Eigenart von den alpinen Gipfeln in das »Flachland« getragen. Die großen Namen sind freilich nur die Spitze des klingenden Alpeneisberges. Progressive regionale Musiker, die alte Liedtraditionen mit Jazz und Blues und Rock verschmelzen, haben offensichtlich den Zeitgeist als Verbündeten. Kreativität, Inspiration und neue Kunstwerke verleihen dem alpinen Morgenrot das notwendige innere Feuer; während die Musikkulturen von Bewegungen wie New Age oder Neuheidentum trotz kommerzieller Erfolge vielfach nur die geistigen Müllberge vergrößern, deutet einiges in der Musikkultur der neuen alpinen Bewegung darauf hin, daß sich hier ein künstlerischer Quantensprung anbahnt, wie er z.B. anläßlich des fruchtbaren Wechselspiels zwischen den sozialrevolutionären Bewegungen der sechziger Jahre und der Rockmusik stattfand.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend auf eine wundersame Doppel-CD hinweisen. Die Volksliedexpertin Gerlinde Haid hat sie gemeinsam mit dem bereits erwähnten Hans Haid unter dem Titel »musica alpina« herausgegeben. Dabei handelt es sich um Lieder einer bedrohten Kultur; um Tonbeispiele einer alten Tradition des Widerstandes und der Poesie. (2) Nicht zuletzt beweist diese von langer Sammeltätigkeit zeugende Doppel-CD: Mit Gesang und Festen und Gemeinschaft und politischer Arbeit keimt eine neue Bewegung, die das Überleben im Alpenraum sicherstellen will. ●

Anmerkungen:

(1) Helmut Wittmann: Schaurig schöne Alpenmärchen, 2 Stunden Volksmärchen und Volksmusik mit der Hohtraxlecker Sprungschanzenmusik und dem Möderndorfer Leiergeigen Duo. Zwei Kassetten in alternativer Buchenholzschachtel, ÖS 320/ DM 46. Bestellnummer MC 250236/250237, SBF Records (A-4591 Wolln 129). Auch direkt plus Versandspesen ÖS 30/ DM 5 bei H. Wittmann, PF 1, A-4644 Scharnstein.

(2) Gerlinde & Hans Haid: musica alpina I & II, Doppel-CD, mit umfangreichen, dreisprachigen Textheft, ÖS 480, Frizzey records, zu beziehen plus Versandspesen bei: pro vita alpina, Klostergasse 6, Kulturgasthaus Bierstindl, A-6020 Innsbruck.

Zur Thematik der Alpeninitiativen sind folgende Bücher empfehlenswert:

Hans Haid: Vom neuen Leben, Alternative Wirtschafts- und Lebensformen in den Alpen, Haymon Verlag

Günther Marchner: Bis an die Wurzeln, regionale Initiativen im alpenländisch-mitteleuropäischen Raum, Österreichischer Studienverlag.

SCHWEIZ:

Widerstand erfolgreich

Auch wenn neuestes Taktieren der schweizerischen Regierung die Bestimmungen der sogenannten Alpen-Initiative »zum Schutz des Alpengebiets vor dem Transitverkehr« zu umgehen trachtet, ist doch der Abstimmungserfolg unbestritten und hatte Signalwirkung weit über die Schweizergrenze hinaus. Im Februar dieses Jahr sprach sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten (im Bergkanton Uri 87 Prozent) dafür aus, innerhalb von 10 Jahren den Güterverkehr von Grenze zu Grenze von der Strasse auf die Schiene zu verlagern und einen weiteren Ausbau der Transit-Strassenkapazität zu unterbinden. Ein veritabler Schlag gegen die Auto und Trucker-Lobby! Gestartet von Initiativgruppen aus den Bergregionen manifestierte sich während der Kampagne bald der Widerstand gegen die umweltzerstörende Politik der europäischen Multis. Grüne Politik in Verbindung mit der Idee der Solidarität hatte Erfolg gehabt und demonstrierte die Ausstrahlungskraft der Basisbewegung in den Alpen. ●

ps

SÜDDEUTSCHLAND:

Grünkern-Genossenschaft gibt auf

Als vor 13 Jahren die Grünkern-Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft am Bodensee gegründet wurde, hatte man große Ziele: der ökologische Landbau sollte verbreitet, die Vermarktung auf kurzen Wegen verbessert und die VerbraucherInnen über die Vorteile einer natürlichen Lebensweise und vollwertigen Ernährung aufgeklärt werden.

Die Organisation sollte demokratisch und antikapitalistisch sein. Deshalb wurde die Genossenschaft als Organisationsform gewählt mit dem Ziel, keine Gewinne zu machen. Als vor einigen Wochen die GenossenschaftlerInnen einer nochmaligen Kapitalaufstockung ihre Zustimmung versagten, mußte Konkurs angemeldet werden. »Die Leute hatten einfach keine Lust mehr, der Pioniergeist ist weg«, meint Angelika Melchinger, Gründungsmitglied und Aufsichtsratsvorsitzende. Bei der entscheidenden Generalversammlung waren von den 250 vorwiegend nichtbäuerlichen Mitgliedern nur 25 anwesend.

Martin Hahn, Demeter-Bauer und ehemaliger Genossenschaftler ist sich mit Bertold Dreher, Bioland-Geschäftsführer, über die Ursache des Konkurses einig. »Es gibt keinen Rückgang im Naturkostbereich, sondern Grünkern hat die Veränderungen des Marktes nicht erkannt. Die Müslizeit ist vorbei und im Naturkostladen der Zukunft muß auch ein Porschefahrer ohne Beklemmungen einkaufen können«.

Anders sieht das Michael Gönner, der 13 Jahre lang die Geschäfte der Genossenschaft geführt hat. Er spart nicht mit Kritik an den Bauern. »Die Landwirte betätigen sich zunehmend als Kaufleute und umgehen den Handel, um Kosten zu sparen. Dabei haben sie die gute Ware in ihrem Hofladen verkauft und den Ramsch an die Genossenschaft geliefert. Andererseits brauchen sie den Handel, um ihre Produktpalette zu ergänzen und zur Vermarktung der großen Mengen, die sie produzieren. Somit nutzen die Bauern den Handel aus. Das System gerät aus den Fugen. Das kann auf Dauer nicht gut gehen«. Die Grundidee von Grünkern, den ökologischen Landbau zu fördern, wurde dennoch verwirklicht. Mit unzähligen Vorträgen, Besichtigungsfahrten und drei großen Naturkostmessen wurde viel Aufklärungsarbeit geleistet. »Diese ideelle Aufbauarbeit konnte nicht nur über die Vermarktung finanziert werden, sondern war von den Zuschüssen der Genossenschaftler abhängig. Die ganze Ökoszene hat davon profitiert, daß wir auf die Gewinne verzichtet haben und mit unserem Geld die Naturkostidee populär gemacht haben«, beklagt Michael Gönner.

Die drei Läden, welche die Genossenschaft in Singen, Konstanz und Radolfzell betrieben hat, sind bereits verkauft und werden als Naturkostladen weitergeführt. Der Erlös deckt nur einen Teil der Schulden, somit werden die Genossenschaftler ihre Einlage von 200 DM nicht mehr sehen. Michael Gönner räumt den neuen BetreiberInnen gute Chancen ein, sich am Ökomarkt zu behaupten. »Sie haben es leichter, weil sie keine sozialen und ideellen Ansprüche mehr haben, wie wir sie hatten«. ●

Matthias Minister

Aus: Bauernstimme 10/94

ERSTE LEBENSVERSICHERUNG MIT 100 PROZENT ÖKOLOGISCHER KAPITALANLAGE

Premiere auf dem Versicherungsmarkt

Als eine Premiere auf dem deutschen Versicherungsmarkt führt der Düsseldorfer Versicherungsmakler versiko ein neues Produkt ein: »versiLife«, eine fondsgebundenene Kapitallebensversicherung, deren Kapitalanlagebetrag zu 100 Prozent in drei ökologische Fonds investiert wird.

Möglich wird dieses, in der Fachwelt als Sensation bezeichnete Novum, durch den seit dem 1. Juli 1994 realisierten EU-Binnenmarkt im Versicherungswesen. Leistungsträger des neuen Tarifes ist die Continentale Lebensversicherung aG.

Die luxemburgische Öko-Investmentfonds, in welche die Anlagebeiträge eingezahlt werden, sind der H.C.M. Eco Etc, der H.C.M. Umweltfonds und der Fonds OEKO-SAR der Privatbank Sarasien & Cie, Basel. Durch die Verteilung auf drei unterschiedliche Fonds wird das Anlagerisiko für die Versicherten nivelliert. Im Durchschnitt haben die beiden länger am Markt bestehenden Fonds in 1993 eine zweistellige Zuwachsrendite (18%) erwirtschaftet.

Alfred Platow, Geschäftsführer der versiko: »Natürlich sind wir ganz besonders stolz darauf, daß wir die ersten sind, die mit einem vollständig ökologisch orientierten Produkt auf den Markt kommen. Aber da wir bereits seit 20 Jahren an der Schnittstelle zwischen Ökologie und Versicherungswesen arbeiten, erwarten unsere KundInnen von uns auch besondere Leistungen. Nicht weniger wichtig ist für uns aber, daß versiLife ein besonders kundInnenfreundlicher Tarif ist.«

So ist denn auch ein weiterer Vorteil dieser fondsgebundenen Versicherung: Durch eine besonders versicherungstechnische Konstruktion (Teilzillmerung) werden die Verwaltungskosten und die Provisionen nicht bereits im ersten Jahr von den eingezahlten Beiträgen und Erträgen abgezogen, sondern über 10 Jahre »gestreckt«. Das heißt: Die Versicherten kommen bereits im ersten Jahr in den Genuß der erwirtschafteten Erträge. Auch nicht unwichtig: Eine vorzeitige Kündigung des Tarifes ist hier, anders als sonst, nicht mit hohen Stornoabzügen verbunden.

Das versicherte Todesfallrisiko beträgt bei der neuen Öko-Versicherung 10 Prozent der Beitragssumme. Das heißt: Bei einem Monatsbeitrag von 180 Mark und einer vereinbarten Laufzeit von 35 Jahren wird im Todesfall eine Leistung von 7.560 Mark zusätzlich zum Fondsguthaben gezahlt. Trotz des relativ geringen Versicherungsanteiles kommen die Versicherten in den vollen Genuß der Steuerfreiheit der Versicherungsleistung, wie sie für andere Lebensversicherungen auch gilt. Ein Vorteil gegenüber der reinen Kapitalanlage in Investmentfonds ist auch, daß hier mit sehr kleinen monatlichen Beiträgen gearbeitet wird: Ab 180 Mark monatlich können die Versicherten an Investmentgeschäften teilhaben, die sich sonst nur Mindestbeträgen von mehreren zehntausend Mark öffnen.

Und schließlich wird Transparenz großgeschrieben: Jede/r Versicherte erhält jeweils zum Jahresende einen Kontoauszug, in dem alle Beiträge, Kosten, Erträge und Provisionen detailliert aufgeschlüsselt sind. ●

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Wohlstand *light?*

Perspektiven für ein zukunftsfähiges Deutschland

Unser Wohlstandsmodell ist an seine Grenzen geraten: ökologisch und ökonomisch. Wir müssen Wohlstand neu begreifen, wenn wir langfristig in Wohlstand leben wollen. Aber wie wird Deutschland zukunftsfähig? Dieses Heft stellt die Überlegungen und Ergebnisse der verschiedenen Studien und Konzepte vor und beschreibt die Rahmenbedingungen für eine ökologisch und sozial verträgliche Entwicklung.

Jetzt für DM 14,80 überall in der **Bahnhofspresse** erhältlich oder direkt bestellen bei:

ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

GREENPEACE IN ERNSTER FINANZKLEMME

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace muß sich auf ihrer diesjährigen Jahrestagung mit ernsten Finanzproblemen auseinandersetzen.

Drastische Rückgänge bei den ausschließlich aus Spenden bestehenden Einnahmen zwingen die seit 23 Jahren tätige Organisation allein 1995 zu einer Reduzierung des Budgets in Höhe von 3 Millionen Dollar. Die Organisation beziffert die Zahl ihrer Förderer mit weltweit 5 Millionen. Neben stabilen Förderländern wie Deutschland, den Niederlanden und Großbritanien sind vor allem die Einkünfte aus Australien, Neuseeland, Kanada und den USA zurückgegangen. Ein Sparprogramm sieht die Entlassung von bis zu 90 hauptamtlichen Mitarbeitern vor. ●

VERBUND SELBSTVERWALTETER FAHRRADBETRIEBE VERGAB UMWELTPREISE

»Goldenes Ritzel« für chromfreie Gepäckträger

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Das Fahrrad – ein Ökomobil par excellence? Verglichen mit den motorisierten Fahrzeugen ist es das schon, jedoch ist es auch ein Industrieprodukt, bei dem selbst so umweltschädliche Materialien wie PVC und FCKW noch zu finden sind. Die meisten Hersteller machen sich keine Gedanken über das Recycling, nehmen aus Kostengründen lange Transportwege in Kauf und greifen zu aufwendigen und umweltbelastenden Verpackungen.

Der Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe (VSF), dem bundesweit 110 Fahrradgeschäfte angehören, verlieh auf der Kölner Fahrradmesse IFMA das »Goldene Ritzel« an die Bielefelder Fahrradteile-Hersteller Hemmelskamp (Marke »Hebie«). Die Firma hatte 1990 die hauseigene Galvanik, in der Stahlgepäckträger unter erheblichen Umweltbelastungen verchromt wurden, geschlossen und das belastete Gelände saniert. Heute werden fast alle Träger pulverbeschichtet, obwohl diese umweltfreundliche Fertigungsmethode die Artikel verteuert und deshalb zu Umsatzeinbußen geführt hat.

Die deshalb notwendig gewordene Erweiterung der Produktpalette führte zu anderen, ebenfalls schadstofffreien Fahrradkomponenten: z.B. werden Lenkergriffe nicht aus PVC, sondern dem ungefährlichen Ersatzstoff TPE gefertigt.

Mit dem »Goldenen Ritzel« wird die in den vergangenen Jahren vergebene Negativauszeichnung das »Rostige Ritzel« ersetzt.

Der VSF will damit getreu seiner »Öko-Standards« – in denen er »eine Fahrradbranche, die ein ökologisches Produkt umweltschonend herstellt, vertreibt und gegebenenfalls repariert, recycelt und entsorgt« fordert – der Aufklärung der KundInnen dienen.

VSF-VERKEHRSPREIS

Zusätzlich verleihte der VSF an der IFMA seinen jährlich mit 10.000 DM dotierten Verkehrspreis. Eine unabhängige Jury wählte drei Projekte aus 40 Bewerbungen aus:

Die Aachener »Notgemeinschaft Verkehrsgeschädigter BürgerInnen«, die sich für eine Verkehrsberuhigung der Aachener Innenstadt einsetzt erhielt 5.000 DM. Ihr erster Erfolg war der Rückbau einer innerstädtischen Hauptverkehrsstraße, die die SPD im Stadtrat schon verabschiedet hatte.

Zwei Initiativen aus Bingen und Münster teilten sich die restlichen 5.000 DM. Das Umweltreferat des AStA der Fachhochschule Bingen führte das Mitmach-Spiel »RadNoPoly« durch, mit dem nachgewiesen wurde, daß die Fahrradwege in Bingen unzulänglich und gefährlich sind. Der ADFC Münster hatte sich eine »Rollende Fahrradschule« ausgedacht – ein Lastenfahrrad zum ausleihen, in dessen Container sich alles findet, was für eine kindgerechte Verkehrsschulung notwendig ist. ●

FRAUENFACHTAGUNG

Erste Fachtagung weiblicher Führungskräfte aus Wirtschafts- und Sozialbereich

Keine karikative Einbahnstraße

»Heute stehen Themen wie Vernetzung und Kooperation obenan«, erklärte Renate Augstein vom Bundesministerium für Frauen und Jugend am 13. Oktober vor 80 Wirtschafts- und Sozialmanagerinnen in Köln. »Es geht dabei nicht um karikative Einbahnstraßen.« Im Rahmen der bundesweiten Kampagne des Ministeriums »Gewalt gegen Frauen« hatten der EWMD (European Women Management Development) und die Projektgruppe Rheinland, ein Zusammenschluß von fünf Frauenprojekten, zur Fachtagung »Das Kapital von Frauen« in die Bank für Sozialwirtschaft eingeladen. Diskutiert wurden Perspektiven einer Kooperation von Führungsfrauen aus dem Wirtschafts- und Sozialbereich: Erste mögliche Anknüpfungspunkte sahen die Teilnehmerinnen im Beratungs- und Fortbildungsbereich.

»Firmenfrauen sind zwar bienenfleißig, jedoch häufig sehr angepaßt«, kritisierte Dorothee Echter, Personaldirektorin der Avon Cosmetics Deutschland ihre Kolleginnen in den Unternehmen. »Sie wagen zu wenig, die Dinge so zu benennen, wie sie sie fühlen.« Damit würden sie männliche Hierarchiestrukturen stärken und die Chance verschenken, diese nachhaltig zu verändern. Tatsächlich aber suchen Firmen und Organisationen laut Anne van den Heede Lybaert vom Vorstand des EWMD für Führungspositionen vermehrt Menschen mit sogenannten »weichen« Qualitäten wie Beziehungsfähigkeit und Verhandlungsgeschick mit hohem ethischen Niveau – und das seien in der Regel Frauen.

Dennoch ist es für Frauen in der Wirtschaft nach wie vor schwierig, in die Spitzenpositionen zu gelangen: »Immer mehr Frauen erhalten Positionen auf mittlerer und sogar auf höherer Management-Ebene. Der Gipfel ist in Sicht, jedoch steht uns noch eine 'gläserne Decke' im Wege«, erklärte Lybaert. Es reiche nicht, daß 40 % aller Beschäftigten in der EG Frauen seien, wenn ihnen der Zugang zur Spitze verwehrt bliebe.

»Der Ausbildungsstand von Frauen ist hoch, der Grad ihrer Repräsentanz in den Zentren der Macht jedoch gering«, erklärte Maria Sichtermann, Unternehmensberaterin für Frauen, zur Machtfrage in ihrem Vortrag zur gesellschaftlichen Bedeutung von Frauenprojekten. Bildung alleine reiche nicht, es brauche auch Mut: »Dieser Mut wird aus Selbstbewußtsein gespeist, aus dem Wissen, nicht allein zu sein. Ich spreche von der Liebe, der Achtung und Solidarität, die Männer einander entgegenbringen in unserem uralten Patriarchat.« Die ehemalige Verwaltungsrichterin und promovierte Juristin bedauert, daß Frauen dazu untereinander noch nicht in gleichem Maße in der Lage sind.

Vernetzung bedeutet Stärkung: Von den anhaltenden Hauhaltskürzungen sind die Frauenprojekte besonders hart betroffen. Die in den vergangenen 20 Jahren aufgebaute soziale Infrastruktur (u.a. Frauen- und Mädchenhäuser; Beratungsstellen, Ferienhäuser, Buchläden und Bildungseinrichtungen für Frauen) ist gefährdet. Vor diesem Hintergrund hat ein Umdenken eingesetzt: »FrauenSicht e.V.« legte auf der Tagung ein mögliches Seminarprogramm für Wirtschaftsmanagerinnen vor, das unter dem Dach einer Europäischen Frauenakademie verwirklicht werden soll. »Wir überprüfen zur Zeit, wie und wo eine Zusammenarbeit mit Managerinnen aus der Wirtschaft realisiert werden kann«, erklärte Ursula Hosch, Geschäftsführerin des Kölner Instituts für feministische Weiterbildung.

»Wirtschaftsfrauen können von uns Frauen in den Sozialprojekten profitieren«, sagte Barbara Kanne, Öffentlichkeitsreferentin der Frauenberatungsstelle Düsseldorf. »Eine mögliche Zusammenarbeit sehe ich z.B. darin, unsere Sozial- und Fachkompetenz über Fortbildungsund Beratungsangebote in die Betriebe zu bringen.« Was als Modell »Abbau von Hierarchien« in der Wirtschaft erst mit der Rezession attraktiv wurde, ist in den Frauenprojekten seit jeher Praxis: Das Geld für aufwendige Führungsapparate fehlte dort von Anfang an. Dennoch gilt: »Wię komm' ich rein, wie komm' ich ran«. Mit Einwürfen dieser Art brachte sich das Berliner Musiktheater »Wilde Mischung« mit Birgitta Altermann und Lilly Walden ein. In zwei hervorragenden Einlagen persiflierten die Künstlerinnen das Anliegen der Tagung mit bissiger Sympathie. Das Publikum war begeistert! ●

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

ZUM KONKURS EINER DER ÄLTESTEN »NEUEN« GENOSSENSCHAFTEN: »BLÄTTERWALD EG«

»Ökonomie ist Pflicht, Selbstverwaltung ist die Kür«

Die 1981 gegründete »Blätterwald-Genossenschaft« hat im Mai den Konkurs angemeldet. Damit verschwindet ein für die Selbstverwaltung sehr wichtiges politisches Modellprojekt sang und klanglos vom Markt. »Blätterwald« war als innovatives Modell für Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften gegründet worden und hat die Diskussion über die neue Genossenschaftsbewegung zu Beginn der achtziger Jahre wesentlich belebt. Die Genossenschaft stellte Umweltschutzpapier und Schreibwaren her und vertrieb die Produkte. 220 Mitglieder verlieren ihre Anteile und zuletzt 15 Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze. Über die Hintergründe der Pleite und über die Entwicklung der Selbstverwaltung sprach Ludger Porada (Redaktion Genossenschaften) mit dem ehemaligen geschäftsführenden Vorstandsmitglied Arno Jung.

CONTRASTE: Die Blätterwald-Genossenschaft hat die Diskussion über die neue Genossenschaftsbewegung sehr wesentlich mitbestimmt. Wie beurteilst Du die Entwicklung der Selbstverwaltung über die Jahre hinweg?

Arno Jung: In der Anfangszeit war das Plenum das einzige Entscheidungsorgan der Genossenschaft. Hier wurden auch alle Entscheidungen über die gewöhnliche Geschäftstätigkeit getroffen. Unter ökonomischen Druck und aufgrund des großen Zeitaufwands für die Mitarbeiter wurde 1986 ein neues Organ, die kollektive Betriebsleitung, eingerichtet, das bis zuletzt für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit, also für die Alltagsentscheidungen zuständig war. Damit setzte für den Blätterwald eine sog. »Hierarchisierung« ein, die in letzter Konsequenz Ende 1992 zur Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitglieds durch meine Person führte. Die Mitglieder der kollektiven Betriebsleitung wurden vom Plenum gewählt. Dennoch hat sich der Blätterwald im Laufe der Jahre seine politischen Ansprüche bewahren können und hat zum Beispiel Produkte gegen den Golfkrieg oder gegen Auländerfeindlichkeit hergestellt.

Welche Rolle hat für Euch die Rechtsform der Genossenschaft gespielt?

Eigentlich war die Genossenschaft lange Zeit nur eine leere Hülse. Etwa die formale Trennung der Organe Vorstand und Plenum hat es nur auf dem Papier gegeben. Die kollektive Betriebsführung bestand sowohl aus Vorstands- als auch aus anderen MitarbeiterInnen. Die Formalia wurden für die Prüfungen des Genossenschaftsverbands eingehalten, das war aber schon alles. Das genossenschaftliche Identitätsprinzip hat der Blätterwald auch eher undogmatisch gesehen: Nicht jeder Mitarbeiter wurde dazu gedrängt, Mitglied der Genossenschaft zu werden. Im Zusammenhang mit der Beratung, die die Firma Contract bei uns Anfang 1992 durchführte hat sich dies aber etwas geändert: Zur Eigenkapitalakquisition, und um eine engere Bindung an die Kunden herzustellen, haben wir die genossenschaftliche Rückvergütung eingeführt.

Hat diese Maßnahme zum Mitgliederzuwachs geführt?

Ja, wir haben sowohl privat als auch bei Kunden viele neue Mitglieder gewinnen können.

Worin siehst Du die Hauptgründe für das Scheitern der Genossenschaft?

Noch 1989 hatten wir Zuwachsraten von bis zu

Firmenlogo der ehemaligen Genossenschaft

20% zu verzeichnen. Die hat uns ermutigt, sehr kostspielige Investitionsentscheidungen vorzunehmen:

1. Der Umzug nach Weilmünster hat zu einer Verdreifachung der Mietkosten geführt und zwar für eine Fläche, die wir nur zur Hälfte benötigten. Verhandlungen über Untervermietung blieben leider ergebnislos.
2. Wir haben in der Hochzinsphase teure Maschinen finanziert. Damit hat sich zwar insgesamt die Wertschöpfung verbessert, aber bei inzwischen sinkender Auslastung.
3. Die größten deutschen Papierhersteller haben mit großem Marketingaufwand das chlorfrei gebleichte Papier auf den Markt gebracht. Dieses Papier wird unter erheblich umweltbelastenden Aufwand produziert, gilt aber für den Verbraucher als Umweltpapier. Gegen diese Konkurrenz konnten wir nicht bestehen. Ökologie läßt sich nicht mehr verkaufen. Gleichzeitig haben die Naturkostläden aus Platzgründen unsere Produkte aus ihrem Sortiment genommen. Die führte bei uns zu Umsatzeinbußen von fast 30% im ersten Quartal 1994. Ende 1992 war schon unser Eigenkapital fast aufgebraucht.

Wie hat die Genosssenschaft darauf reagiert?

Wir haben versucht, systematisch die Kosten zu reduzieren. Verhandlungen mit unserem Vermieter zur Reduktion der Flächen und damit der Mietkosten sind auch erfolgreich gewesen. Gleichzeitig haben wir uns auch von einigen Mitarbeitern getrennt. Jedoch durch den Umzug nach Weilmünster, den schon viele Kollegen nicht mehr mitgemacht haben, hatten wir erhebliche Probleme bei der Personalsuche. Starke Fluktuation war die Folge. Mit Selbstverwaltung hat kaum noch jemand etwas im Sinn. Dies wäre im Frankfurter Umfeld leichter gewesen.

Die Probleme, waren also schon frühzeitig bkannt. Wie ist dann das Konkursverfahren in Gang gesetzt worden?

Streng nach Gesetzesvorschrift hat die Genossenschaft schon 1982 die Überschuldung erreicht. Jedoch konnten in der Vergangenheit diese Probleme schlicht durch Verzichte der Mitarbeiter ausgeglichen werden. Im Mai 1994 haben wir einen außergerichtlichen Vergleich angestrebt. Die Banken zeigten sich zunächst kulant und verzichteten auf einen Teil ihrer Forderungen. Die Lieferanten reagierten aber kaum, so daß zuletzt auch die Banken ihre Zusagen nicht einhalten wollten, weil sie sahen, daß die Geschäftspartner offenbar kein Vertrauen zur Genossenschaft hatten. Dann mußte der Vorstand am 25. Mai Konkurs anmelden.

Ist danach eine Generalversammlung einberufen worden, wie es das Genossenschaftsgesetz vorschreibt?

Die Genossenschaft ist immer über den Stand der Dinge informiert gewesen. Diese Generalversammlung hat aber nicht stattgefunden: Weder der Genossenschaftsverband noch eigene Anwälte haben uns auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Dies tut uns im nachhinein leid.

Wie und wann ist die Genossenschaft überhaupt über den Konkurs informiert worden?

Am 19. Mai haben wir ein Rundschreiben an alle Mitglieder geschickt, in dem wir über den Verlauf des Vergleichs informierten und das drohende Konkursverfahren ankündigten.

Wie ging das Konkursverfahren dann weiter?

Ursprünglich waren wir davon ausgegangen, daß der Konkurs mangels Masse eingestellt werden würde. Dies hat das Amtsgericht zunächst jedoch nicht so gesehen, hat das Verfahren eingeleitet und Dirk Pfeil (FDP-Mitglied) als Sequester eingesetzt. Dieser hat dann die Zahl von 14.000 DM sogenannter freier Masse in die Welt gesetzt, die zu Mißverständnissen geführt hat. (siehe CONTRASTE August 1994). In Wirklichkeit standen 1,2 Mio. Forderungen und Eigenkapital Verbindlichkeiten von 1,9 Mio. gegenüber. Damit hätte der Vergleich eine realistische Chance gehabt. So hat dann das Amtsgericht doch noch den Konkurs mangels Masse eingestellt. Wir haben dann die Betriebsmittel und Lagerbestände verkauft, um die Gläubiger abzufinden.

Hat die neue Firma Blätterwald auch eingekauft?

Die neue Firma hat den Namen, das Logo, einen Teil des Lagers und Maschinen beim Konkursverwalter bzw. den Banken gekauft. Einzelne Teile sind dann von uns auch weiterverkauft worden. Den Veräußerungsgewinn wird die neue Firma einer Vertrauensperson der Genossenschaft zur Verfügung stellen. Es wurde ein Konzept erarbeitet, um soziale Härten bei ehemaligen Mitarbeitern und privaten Bürgen auch längerfristig abzufedern.

Wie wird es mit der neuen Firma Blätterwald weitergehen? Ist Selbstverwaltung noch ein Thema?

Nach Außen tritt der neue Blätterwald als Inhaberfirma auf. Die interne Organisationsentwicklung ist noch nicht abgeschlossen, die Selbstverwaltungselemente werden sich sicher entwickeln. Bisher sind die Aufgabengebiete klar strukturiert, jeder weiß, welche Verantwortung er trägt. An eine Genossenschaft haben wir jedoch bisher nicht gedacht. Letztlich ist die neue Firma eine Wahlverwandschaft, die Genossenschaft war Pflichtgemeinschaft. So ist mein Verhältnis zur Selbstverwaltung sehr pragmatisch: Ökonomie ist Pflicht, Selbstverwaltung ist die Kür. ●

NIEDERGANG EINER GENOSSENSCHAFT

Biographie eines Konkurses

Außer Arno Jung wollten weitere ehemalige Blätterwald-MitarbeiterInnen keine schriftliche Stellungnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt über die Hintergründe des Konkurses abgeben. Die nachfolgende, notgedrungen trockene Informationszusammenstellung verdeutlicht die Konkursgefahr schon frühzeitig. Alle Angaben stammen aus öffentlich zugänglichen Unterlagen der blätterwald eG. Sie wurden von Burghard Flieger – Red. Genossenschaften – zusammengestellt.

April 1981: Gründung der blätterwald eG zur Weiterverarbeitung von »Papier aus Altpapier« zu Schreibwaren als basisdemokratischer Betrieb.

1984: Umzug nach Oberursel und Eintragung des Markenzeichens vup beim Patentamt, das von sechs Betrieben – dem vup-Verbund – eingesetzt wird.

1987: Einführung einer »kollektiven Betriebsleitung«, in der jeder Arbeitsbereich vertreten ist.

Bis 1990: Jährlich hohe Umsatzsteigerungen (teilweise bis zu 60% im Jahr) bei relativ geringer betriebswirtschaftlicher Produktivität.

Sommer 1990: Sortimentsausweitung mit dem Anspruch, ein ökologisch durchgestyltes Programm für Freiberufler und die Verwaltung von Klein- und Mittelbetrieben anzubieten. Erst im Rückblick wird die Vernachlässigung des Design-Bereichs und die fehlende Verstärkung des Vertriebs problematisiert.

Ende 1990: Umzug nach Weilmünster in extrem überdimensionierte Räume (1.900 Quadratmeter). Die Mietzahlungen machten 14% der Kosten und etwa 7% des Umsatzes aus.

Ende 1991: Erwirtschaftung von minus 87.000 DM. Der Umsatz sinkt in der Zeit von 1991-93 um 4%.

April 1992: Werbung der blätterwald eG um neue AnteilszeichnerInnen u.a. mit dem Versprechen der genossenschaftlichen Rückvergütung von 2 % des Jahresumsatzes.

Ende Mai 1992: 177 neue Anteile sind gezeichnet mit dem Ergebnis, daß die Blätterwald eG 164 Mitglieder mit 685 Anteilen umfaßt (342.500 DM gezeichnetes Eigenkapital).

Juni 1992: Werbung damit, daß ein erster Auftrag mit speziellem Aufdruck für 150.000 Ordner für Siemens Nixdorf Informationssysteme, München, kurz vor dem Abschluß stehe.

Nov./Dez. 1992: Ein Mitglied der »kollektiven Betriebsleitung« wird für ein Jahr zum »hauptamtlichen Geschäftsführer« vom siebenköpfigen Plenum gewählt, während insgesamt sechzehn Personen bei der Blätterwald eG arbeiten. Die übrigen Genossenschaftsmitglieder bleiben von dieser Entscheidung ausgeschlossen.

Ende 1992: Hohe Investitionen in eine Vierfarb-Rollen-Offset-Maschine und in EDV-Soft- und Hardware. Erwirtschaften eines Minus von 128.000 DM; Sinken der Eigenkapitalquote auf ca. 4 %.

Anfang 1993: Planung einer Umsatzsteigerung von 3.058.000 DM auf über 4.000.000 DM.

Mitte 1993: Kündigung und Ausstieg von MitarbeiterInnen mit dem Ziel der Kostenreduzierung, gleichzeitig der Versuch, die schlechte Liquidität durch ein Darlehen auszuweiten. Über neun Monate wird ein Unternehmensberater auf Zeit eingestellt.

24.9.1993: Verschicken eines Zeit- und Maßnahmeplans der Sanierung der blätterwald eG mit der Aussage im Begleitschreiben: »Damit wird nicht mehr so unwahrscheinlich, daß wir zum Jahresende ein in etwa ausgeglichenes Ergebnis vorweisen können.«

Dez. 1993: Beginn der Aktion Rückenwind, bei der verschiedene finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten bei der blätterwald eG angeboten werden: Anteilszeichnung, Privat-Darlehen, Bürgschaften und Genußrechts-Kapital. Ziel ist, verschiedene Maßnahmen »nachzufinanzieren«. Geschrieben wird von zu erwartendem minimalen Jahresverlust 1993 aufgrund der ergriffenen »drastischen Maßnahmen zur Kosteneinsparung«. Bei der Aktion heißt es abschließend: »gehen wir für 1994 von einem deutlichen Überschuß aus.« Die Kreditaufnahme allein bei verschiedenen Banken liegt zu dem Zeitpunkt bei 892.000 DM.

31.12.1993: Hoher Verschuldungsgrad, so daß für 1993 insgesamt 114.000 DM Zinsen zu bezahlen sind (3,7 % des Umsatzes). Der Inventurwert sinkt um 209.000 DM auf 450.000 DM.

21.01.94: Weiteres Einwerben neuer Genossenschaftsmitglieder.

29.4.1994: Formulierung eines Konzepts zur Fortführung der blätterwald eG, nachdem in den ersten vier Monaten ein Umsatzrückgang von 29 % und damit ein um 300.000 DM geringeres Netto-Umsatzvolumen festgestellt wird.

2.5.1994: Außergerichtliches Vergleichsangebot an die Gläubiger der Genossenschaft mit dem Angebot, 35 % der Forderungen zu begleichen mit der formulierten Erwartung, in Zukunft 7.000 DM Überschuß zu erwirtschaften.

15.6.1994: Eröffnung des Konkurses durch das Amtsgericht.

Ende Juni 1994: Gründung eines Einzelhandelsunternehmens für den Vertrieb von Umweltschutzpapier unter Verwendung des Namens Blätterwald durch ein früheres Genossenschaftsmitglied. Zwei ehemalige Vorstandsmitglieder arbeiten dort als Angestellte.

14.10.1994: Noch immer keine schriftliche Information aller Genossenschaftsmitglieder über den Konkurs.

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.

WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr.69 Okt. 1994

Schwerpunkt:
Interdisziplinäre Technikentwicklung

Erfahrungen aus EU-Technologie-Projekten ... Die Rechnung ohne den Betriebswirt gemacht ... Die Lücken der Konstruktion werden in der Werkstatt geschlossen ... Informatik und Sozialwissenschaften gestalten komplexe Systeme

Naturwissenschaft und Technik:

Architektur und I&K-Technologien ... Kalifornien: Staat fordert Elektroauto

Gesellschaft und Politik:

Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" ... Bahnreform

Frauen:

Auflösung der Geschlechterdifferenz

Bestellen Sie mit diesem Coupon
☐ Probeheft für 3 DM in Briefmarken
☐ Das aktuelle Heft für 10 DM (Scheck!)
Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D - 52069 Aachen

Contrast

CUT-UP-TEXTE

Der Raum hinter den Worten

Für Matthias Jenny ist er der »bedeutendste Cut-up-Schriftsteller im deutschen Sprachraum«. Die Rede ist von Jürgen Ploog, Jahrgang 1935, ehemaliger Pilot, seit 1993 freiberuflicher Autor in Frankfurt. Er hat in den letzten 25 Jahren ein Dutzend Bücher mit Prosa und Cut-up-Texten in diversen Klein- und Szene-Verlagen veröffentlicht.

Cut-up ist eine von Brion Gysin und William S. Burroughs entwickelte, aus der Malerei in die Literatur übertragene Schnittechnik, mit dem Ziel manipulierte Assoziationsketten aufzubrechen und neue Zusammenhänge herzustellen. »Die simpelste Form ist, zwei bliebige Seiten eigenen oder fremden Textes senkrecht zu zerschneiden und die vier Hälften in vertauschter Reihenfolge wieder zusammenzusetzen. Man beginnt nun über die semantischen Bruchstellen hinwegzulesen.« beschreibt Ploog selbst das Verfahren. Einer breiten Öffentlichkeit wird Jürgen Ploog trotz seiner ansehnlichen Buchproduktion kaum bekannt sein. Dennoch kann er sich einer festen Lesegemeinde, den Freunden der amerikanischen Beat-Literatur, um die Autoren William S. Burroughs, Harold Norse, Allen Ginsberg und Jack Kerouac, sicher sein. In Literatur-Zeitschriften, die sich auf die amerikanischen Beats beziehen, taucht der Name Ploog in steter Regelmäßigkeit auf. An den beiden inzwischen legendären Publikationen »Gasolin 23« und »AMOK/KOMA« war er als Mitherausgeber beteiligt.

Im ambitionierten Berliner Druckhaus Galrev sind unter dem Titel »Der Raumagent« 15 neue Erzählungen erschienen. Für mich haben Ploogs Schilderungen immer etwas geheimnisumwittertes, mystisch-undefinierbares in sich. Den »Raumagenten« las ich abends vorm Einschlafen. Ploogs assoziative Andeutungen kombiniert mit der einsetzenden Müdigkeit versetzten mich in einen Dämmerzustand, in dem die eigenen Eindrücke des Tages mit den Bildern aus Ploogs Erzählungen zusammenliefen. »Was die Bilder von denen ich sprach verbindet, ist der leere Raum. Nichts hier als Koordinaten der Nacht...« Und so bekamen auch Passagen, die ich zuvor flüchtig überlesen hatte, einen neuen Zusammenhang. »Atemlos stehe ich da, wache auf & versuche mühsam die Verbindung zwischen diesen Versatzstükken zu finden.« Für Leser konventioneller Erzählungen ist Ploogs »Raumagent« sicher ein Erlebnis. Der Ausgang ist davon abhängig, wie weit sie sich auf die zeit- und raumlosen Sphären des Autors einlassen mögen. »Zeit sagt mir nichts. Mit geschlossenen Augen liege ich da & versuche mich in den Strömungsfeldern zurechtzufinden, die zwischen erfundenen und erinnerten Bildern oszillieren.« Unwichtige Schlußbemerkung, die ich mir trotzdem nicht verkneifen kann. Bei den halbstreichholzschachtelgroßen Vignetten, die Ploogs Texte durchziehen, handelt es sich um Ausschnittfotos von Rauminstallationen der Berliner Künstlergruppe 'Dead Chikkens', und nicht um Papa Huhn, Dad Chickens, wie fälschlich in den Galrev-Verlagsprospekten steht. ●

Kai F. Böhne

Jürgen Ploog, Der Raumagent, Druckhaus Galrev, Berlin 1993, 120 Seiten, 25 Mark, ISBN 3-910161-46-4

Anzeige

Die wilde 13 kommt !!!

KALEND@ 1995

Anarchistischer Taschenkalender

Das radikale Fossil aus den frühen 80ern, dennoch nicht verpflastersteinert und immer noch quicklebendig.

288 Seiten, strapazierfähig fadengebunden im Kunststoffeinband. *Neuer inflationsbedingter Preis:* **15.– DM** = *mtl. 1,25 DM.*
Bei Direktbestellung Lieferung druckfrisch frei Haus! Gruppen– und WiederverkäuferInnen–rabatt: ab 5 Stück je 11 DM, ab 20 Stück 10 DM alles incl.. Ab 250 Stück 7,50 DM = 50% revolutionärer Massen–Rabattz !!! *alladings dann plus Posto/Vers@ckung.*
Ralf G. Landmesser, Rathenower Str. 23, 10559 Berlin
cash oder Postbank München, Kto.Nr. 508 48 801, BLZ 700 100 80

Klein in der Auflage, global in der Verbreitung. Plastiksprengstoff für verstopfte Gehirnwindungen. Jährlich aktualisierter, umfangreicher libertärer und emanzipativer Adressenteil. Interessant für NeueinsteigerInnen, die aus dem *"Zug in den Abgrund"* aussteigen wollen, für alte und junggebliebene H@sen/Häsinnen sowieso. Auch was fürs Auge: hunderte Grafiken, Cartoons und Fotos. Informationen zu aktuellen Projekten und Bewegungen und zur Geschichte des freiheitlichen Sozialismus.
Themen @95: Nicht platt wie Holland: Anarchismus in den Niederlanden; e–mail: "Mit Netz und doppeltem Modem"; esperanto gegen Babylon; Leo Malet – Anarcho–Krimis aus Paris; *Klon*dike in Sidney; @ Projekte; Hanf e.V. macht D@mpf; Atomstrom ; immer wieder todsicher!; Balkan im Auge; Germoney: 50 Jahre entsiegt!; Kirchenkrampf und Gottespest; ALO: Das Ende der Literathur?; @git 95; Serviceteil u.v.a.m.

"Die Resonanz ist eindeutig: Der @ 94 is der beste Kalender 1994. Also: WEITA SO !"
Infoladen bankrott, Münster

TON-DIA-SERIE zum CAFE LA CORTADORA

Kein Friede ohne Gerechtigkeit

Als Begleitinformation zu der Vermarktung von Kooperativenkaffee aus El Salvador hat die Kaffeekampagne El Salvador eine 68 Bilder und etwa 40 Minuten umfassende Ton-Dia-Serie erstellt. Sie schafft die inhaltliche Verbindung zwischen dem Anliegen des politischen Alternativhandels, der Situation der Kaffee-Kooperativen und Gewerkschaften sowie der sozialen und politischen Situation im allgemeinen. Dabei stehen detaillierte Informationen zur Geschichte El Salvadors, den Hintergründen des Krieges, dessen Beendigung und der nur bruchstückhaften Umsetzung der Friedensverträge im Vordergrund. Der Konflikt um die ungerechte Landverteilung, der in der Geschichte wie heute eine zentrale Rolle spielt, leitet über zur Entstehung von Kooperativbewegung und deren Verbänden. Anhand der Herkunftskooperative des Café La Cortadora werden die Arbeitsbereiche, Organisationsstrukturen und die politische Bedeutung des ProduzentInnenzusammenschlusses exemplarisch dargestellt. Schließlich endet die Reise durch die Kaffeekolonie El Salvador wieder in der BRD und bei der Frage, wie die Kaffeekampagne El Salvador - neben der Unterstützung des Kooperativensektors sowie der Verbände und Gewerkschaften in El Salvador - hier zum Widerstand gegen bestehende Weltmarktstrukturen beitragen will. Damit wird schließlich auch eine inhaltliche Abgrenzung gegenüber der TransFair-Kampagne vorgenommen.

Die Serie ist ein Beitrag, mit dem die Kaffeekampagne El Salvador ihrem Anspruch gerecht wird, mit dem Verkauf des Kooperativenkaffees nicht die zweite wichtige Idee des politischen Alternativhandels aus dem Auge zu verlieren: die (bildungs-)politische Arbeit vor Ort. Die Ton-Dia-Serie eignet sich sowohl für Informationsveranstaltungen zum Thema Kaffee und hier vor allem für Weltläden und Gruppen, die den Café La Cortadora verkaufen, als auch für Veranstaltungen zur allgemeinen Situation in El Salvador, die durch das Beispiel der Kaffeekooperative eine Konkretisierung erfährt. Die mit dem Begleittext besprochene und mit Musik unterlegte Kassette ermöglicht die Durchführung einer solchen Veranstaltung mit relativ wenig Vorbereitungsaufwand und Vorwissen, das Textheft kann außerdem bei der Vorbereitung sowie der Erstellung von Flugblättern, Informationsbroschüren u.ä. nützlich sein.

Birte Weiß

Die Ton-Dia-Serie kann ausgeliehen oder auch käuflich erworben werden bei der
Kaffeekampagne El Salvador, c/o Dritte Welt Haus
Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt/Main,
Tel. 069/789 48 46

NEUER LEITFADEN

Für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit

Sterntaler

Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld, auch dann, wenn das ehrenamtliche Engagement groß ist. Dieser von der Stiftung Regenbogen (Bayern) in Zusammenarbeit mit dem Trägerverein Solidarität mit der Dritten Welt und Internationales e.V. (München) herausgegebene Finanzierungsleitfaden soll Licht in den Dschungel der Fördermöglichkeiten bringen und ist sicherlich ein wertvoller Ratgeber auch für Gruppen außerhalb Bayerns. Beschrieben werden neben kommunalen Fördermöglichkeiten Münchens und des Freistaats Bayern die Förderung aus Bundesund EG-Mitteln, die politischen Stiftungen, der Kirchen und die der freien Verbände, wie z.B. die »Aktion Selbstbesteuerung«.

Die Broschüre beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Struktur, Aufgabenstellung und Zielvorstellungen der ZuschußgeberInnen und will damit die beantragenden Gruppen in die Lage versetzen, sich mit der jeweiligen Förderlogik vertraut zu machen, um zielgerichtet den Antrag stellen zu können.

Für diesen Leitfaden wurden mehr als zweihundert Erhebungsbögen verschickt und die knapp über einhundert Antworten eingearbeitet, soweit es sich nicht herausgestellt hatte, daß sie als »operative Stiftungen« ohnehin nur eigene Projekte durchführen. ●

dipo

Zu erhalten ist der Leitfaden »Sterntaler« über:
Regenbogen Bayern e.V., Adlzreiterstr. 23, 80337 München, Tel. (0 89) 721 28 78, Fax 721 29 70

SOZIALPOLITIK

Vogelfrei ?

Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse prägen den Erwerbsalltag vieler Frauen. Mit der Ausweitung des Europäischen Binnenmarktes ist eine Zunahme dieser Arbeitsverhältnisse zu erwarten. Gleichzeitig verbessern die Anti-Diskriminierungs-Urteile des Europäischen Gerichtshofs die rechtliche Situation der geringfügig Beschäftigten.

Die Fachtagung, die die LAG Soziale Brennpunkte gemeinsam mit dem Europäischen Frauennetzwerk ENOW und der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung durchführte, informierte über die Situation prekär beschäftigter Frauen in Europa über Chancen und Gefahren der aktuellen Entwicklung und mögliche Initiativen zur Verbesserung der Erwerbs- und Lebenssituation geringfügig beschäftigter Frauen.

Die Dokumentation enthält neben den Referaten und Protokollen der Tagung auch Hinweise auf die rechtlichen Rahmenbedingungen.

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (Hrsg.): Vogelfrei? – Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse im Zeichen des Europäischen Binnenmarkts. Tagungsdokumentation. Frankfurt 1994. 10 DM (zzgl. Porto)

Bestellung:
Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Moselstr. 25, 60239 Frankfurt/Main

BASTELBUCH

»Weniger ist mehr«

So heißt eines der im ÖKOTOPIA-Verlag erschienen Bastelbücher für kleine und große Kinder. Selbst wenn man den Kompost vom Restmüll trennt, versucht Müll zu vermeiden, Pfandflaschen statt Einwegflaschen nimmt, hört man ein "macht nix, das kann man ja wegschmeißen" oder ein "dann kaufen wir halt ein neues" all zu leicht über die Lippen der eigenen Kinder gehen, wenn etwas kaputt gegangen ist.

Das Buch bietet viele kurzweilige Bastelanleitungen und -anregungen, wie man billig aus wertlosen Abfällen tolle Sachen basteln kann und diese so zu »wertvollen Rohstoffen« werden können. Auch wie man Müll vermeidet und verschenken allemal besser als wegschmeißen ist, wird an die Kinder herangetragen. Wer denkt z.B. in unserer Wohlstandsgesellschaft schon daran, daß man aus einem alten Fahrradschlauch hunderte von Gummiringen schneiden kann und somit für lange Zeit (vielleicht nur bis zum nächsten verbrauchten Fahrradschlauch) keinen Mangel mehr an Gummiringen haben wird? Mit diesem Buch kommt man jedenfalls leicht über die kalten, verregneten Herbst- und Wintertage und wenn die Kinder schon lesen können, darf man sich nicht wundern warum die Mülltonne auf einmal ständig geplündert wird.

Der ÖKOTOPIA-Verlag bietet eine breite Palette an pädagogischen und ökologischen Büchern und Spielen an. ●

Ute Berthold

Monika Harald-Krumbach: »Weniger ist mehr«, Basteln und Spielen mit allerlei Resten. 128 Seiten, 27 x 21 cm, ISBN-Nr. 3-925169-69-5, ca. 34 DM

Bestellungen direkt (auch das kostenlose Gesamtverzeichnis gibt es hier) bei:
Ökotopia-Spielevertrieb und Verlag, Hafenweg 26, 48155 Münster, Tel. (02 51) 66 10 35

BUCHBESPRECHUNGEN ZUM INDIANISCHEN WIDERSTAND

Indianischer Widerstand im Nordamerika der Gegenwart

Der Autor beschreibt den Widerstand der nordamerikanischen UreinwohnerInnen gegen Assimilation, american way of life und Kapitalismus. Dieser Widerstand hat eine lange historische Tradition und blüht auch heute noch in vielfältiger Ausprägung. Charakteristisch für Noramerikas IndianerInnen ist dabei die enge Verflechtung zwischen ihren spirituellen Traditionen und Zeremonien und Formen des politischen Aktivismus. Übersichtlich, informativ, aber nicht immer allzu aktuell bietet der Autor einen verständlichen Einblick in die radikale Bewegung AIM, in Peyotekult und Sonnentanz. Fallbeispiele, u.a. zu den Hopi, Navajoh-Dineh, Lubicon-Cree und die bei uns wenig bekannten »Südlichen Cheyenne« runden das Buch ab, das als relativ preisgünstige Einstiegsliteratur in die wohl erfolgreichste spirituell-politische Widerstandsbewegung der Gegenwart betrachtet werden kann.

Ulrich Wißmann: Indianischer Widerstand im Nordamerika der Gegenwart, Infoe Verlag (Lockhütter Str. 141, D-41066 Mönchengladbach), 1994, 15,80 DM, 125 Seiten.

Der Tod, der aus der Erde kommt

Dieses Buch enthält die sorgfältig, sensibel und leserInnengerecht präsentierte Essenz des World Uranium Hearing, das 1992 in Salzburg als spirituell-politisches internationales Großereignis erfolgreich über die Bühne ging. Mit oft beklemmender Eindringlichkeit erzählen VertreterInnen der UreinwohnerInnen aus allen Kontinenten über die tödlichen Auswirkungen von Uranabbau, Nuklearwaffentests, AKWs und radioaktiven Müllde-ponien. Die Aussagen der betroffenen »Hüter der Erde« zeigen auf die enge geschwisterliche Beziehung zur Mutter Natur und beklagen die Zerstörung der Umwelt, von der diese Menschen kulturell, spirituell und materiell abhängen.

Das beeindruckendste an diesem Buch: Es zeigt, daß für UreinwohnerInnen Umweltschutz und Politik im Spirituellen wurzeln und daß Spiritualität engagiert und gesellschaftsbezogen ist; eine durch uralte Traditionen geheiligte holistische Lebensauffassung wird hier überdeutlich, von der wir zu unserem eigenen Vorteil nur lernen können. Die indianische Rechtsanwältin und UNO-Delegierte Sharon Venne meint dazu: »Niemand ... versteht indigene Menschen wirklich, der nicht begreift, daß auch Steine eine Stimme haben und Bäume Lebewesen sind wie Geschwister.«

Das Buch ist ein eindringlicher Appell, Mutter Erde und ihre Wesen zu schützen sowie tatkräftig für eine Beendigung der Kette des atomaren Todes zu arbeiten; daß dieser Appell nicht aus irgendwelchen kopflastigen Ideologien, sondern aus der Quelle einer naturverbundenen archaischen Spiritualität schöpft, verleiht vielen der enthaltenen Reden eine spürbare »Power«, die ich allen verantwortungsbewußten SchützerInnen von Land und Leben wünsche.

Claus Biegert, Lecke-Stolhofer (Hg): Der Tod, der aus der Erde kommt. Zeugnisse nuklearer Zerstörung – Ureinwohner der Erde. Beim World Uranium Hearing, Salzburg 1993, Verlag Anton Pustet, (Bergstr. 12, A-5020 Salzburg), 164 Seiten, DM 39,–

Stimmen der Erde

Naturvölker galten dem »zivilisierten« Europäer lange Zeit als »barbarische Wilde«, die auf der untersten Ebene der menschlichen Evolution angesiedelt waren. Angesichts der globalen ökologischen Krise entpuppen sich derartige aburteilende Meinungen als Arroganz des weißen Mannes. Naturvölker werden heute zunehmend rehabilitiert: Ihr großes spirituelles Erfahrungswissen wird von vielen Zeitgenossen als wertvoller Schatz für ein sinnvolles Leben und als Inspiration für Wege des Überlebens erkannt. Davon zeugt der vorliegende Band in beeindruckender Weise: Eingeborene SprecherInnen, Politker und Poeten aus Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien beschäftigen sich, ausgehend von ihren jahrtausendealten Traditionen, mit der Zukunft von Mensch und Erde.

Entwicklung ist für eingeborene Völker nicht nur eine materielle, sondern auch eine spirituelle Frage. Wir leben in einer Zeit, in der uns dies die Ureinwohner, manchmal sogar unter dem Einsatz ihres Lebens, beibringen wollen. Ihrer Ansicht nach müssen wir wieder mehr Mensch, mehr spirituelles Wesen, weniger Maschine werden. Wir sollten zur Natur – so die Grundbotschaft – eine ganzheitlich-spirituelle Beziehung aufbauen und das Grün der Wälder nicht gegen das Grün der Dollars, DMs oder Schillinge eintauschen – sonst erwartet uns die Wüste unserer Illusionen.

Was dieses Buch für mich so liebenswert macht sind – neben der bisher relativ unbekannten, beeindruckenden kosmischen Philosophie der Quechua – die vielfältigen persönlichen und lebendigen Zugänge der Eingeborenen Autoren zu dem Themenkreis Landrechte – nachhaltige Entwicklung – spirituelle Ökologie.

Big Mountain Aktionsgruppe (Hg): Stimmen der Erde. Ureinwohner über Umwelt und Entwicklung, München 1993, Raben Verlag, 195 Seiten, DM 29,80.

Roman Schweidlenka

JOBS

Berliner Frauenprojekt sucht qualifizierte Finanzfrau mit Erfahrung bei der Akquise und der Verwaltung von öffentlichen Geldern für eine befristete Stelle nach BAT Ost VI b.
Bitte melden unter: (0 30) 283 22 53 (Ute)

Der **Rat für gemeinsames Wirtschaften / RGW** in Neustadt/Weinstraße ist ein Zusammenschluß verschiedener selbstverwalteter Betriebe. Wir suchen noch Menschen, die sich von viel Arbeit für wenig Geld und den Konflikten eines großen Projekts nicht abschrecken lassen:

DIE WIESE – Solarenergietechnik in Selbstverwaltung sucht erfahreneN Gas/Wasser-InstallateurIn, gerne MeisterIn. Wir sind z.Z. 2 W und 4 M, und unser Kollektiv befindet sich noch in der Aufbauphase.
DIE WIESE, Talstr. 227
67434 Neustadt
☎ (0 63 21) 35 44 97, Fax 3 50 59

Schreinerkollektiv Holz-W.Ö.R.K. sucht 2 MitkollektivistInnen mit Engagement, Baustellenerfahrung und Lust auf selbstverwaltetes Arbeiten. Wir sind 2 W und 2 M, arbeiten baubiologisch und befinden uns in der Aufbauphase.
Schreinerei Holz-W.Ö.R.K.
Friedrichstr. 36
67433 Neustadt, ☎ (0 63 21) 3 52 89

Welche/r SchreinerIn (GesellIn) möchte in Italien arbeiten? Es wird eine Stelle angeboten in den Marken (Adriaküste nähe Fano) in der Schreinerei von:
Raimund Michel (spricht wie seine Familie deutsch)
Via Rafaneto 3
I-61030 Barchi (PS)
☎ & Fax (0039-721) 97 75 83
Stellenbeschreibung:
Ein/e ausgebildete/r SchreinerIn wird für einen Kleinbetrieb gesucht, der/die Möbel nach Maß fertigt, sowie in der Bautischlerei tätig ist. Arbeitszeit 40 Std./Woche bei 1.500 DM netto/Monat. Sozialversicherung ist natürlich gewährleistet. Hilfe bei der Unterbringung wird angeboten – auf Wunsch ist auch Familienanschluß möglich.

JOBSUCHE

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

PROJEKTE

Initiative zur Gründung eines kommunitären Gemeinschaftsprojektes auf menschen- und naturgemäßer Grundlage – Wir (Annette (26), Axel (25), Stefan (30)) suchen Menschen zum Aufbau einer Gemeinschaft in der wir Ideen von gemeinsamen Leben und Arbeiten, Selbstversorgung und biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ökologie und Selbstverwaltung mit anthroposophischen Gedanken verbinden können. Den Menschen, die mit Herz, Kopf und Hand an einem Experiment mitbauen wollen, schicken wir gern genauere Informationen.
Annette Stab und Axel Rudolph
Benkertstr. 15
14467 Potsdam
☎ (03 31) 270 21 81
Stefan Ihm
Daugendorfer Str. 43
88527 Unlingen

Kommune in der Pampa zwischen Bremen und Verden sucht Verstärkung. Unsere Spezialitäten sind: Gruppenentwicklung, Selbstverwaltete Betriebe, langfristige Perspektive. Unsere Wünsche: Symphatische Menschen, die zumindest mit 1 Bein auf dem Boden stehen mit Kindern im Vorschulalter.
☎ (0 42 04) 14 97

Plakatmappe: Stadtguerilla

Plakate der letzten 25 Jahre. 14 verschiedene Plakate (teilweise vierfarbig/DIN A3). Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu. Pro Exemplar 30 DM plus Versandkosten 10 DM (nur gegen Vorkasse bar/Scheck). **Bestellungen über:**

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

ANtifaschistische NAchrichten Saar

Redaktionsanschrift:
Antifaschistische Nachrichten-Saar
Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

☆ Erscheint alle zwei Monate ☆
Jeweils 40-44 Seiten Umfang

Antifaschismus - Antirassismus
Imperialismus - Repression
Politische Gefangene

Einzelheft
3,-- DM plus Porto
Jahresabo
27,-- DM inkl. Porto
Förderabo
ab 30,-- DM inkl. Porto

Politische Berichte ★

Zeitung für sozialistische Politik

Der Dialog von Sozialisten aus Ost und West hat bei uns einen festen Platz.

Aus unseren letzten Ausgaben:
★ Korea: Atomkonflikt von USA hochgespielt
★ Ulla Jelpke: Bonn bedroht Kurden mit Deportation
★ Angelika Beer und Michael Haberkorn zum Umgang der Grünen mit der PDS
★ Hans Modrow zu WEU und Atomwaffenplänen der BRD
★ Die „Kritischen Polizisten" zum „Verbrechensbekämpfungsgesetz"
★ Irmgard Möller weiter in Haft
★ Von Rot-Grün zu Rot-Grün-Rot
★ Großmachtpolitik in Ruanda

Preis pro Heft: 2 DM, Jahresabo: 65 DM (neue Bundesländer: 39 DM)

Probeexemplare anfordern!
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. (0221) 21 16 58, Fax: 21 53 73

Täglich links:

Die Tageszeitung junge Welt

Jetzt im Test-Abo: Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja *ich bestelle die "junge Welt"*

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name .....
Str./Nr. .....
PLZ/Ort .....
Unterschrift .....

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/ 2. Unterschrift .....

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

ROTE HILFE 2/94

Berliner Antifa-Prozeß; PKK = spendengelderpressende Mafia?; Polizeiterror gegen KurdInnen; Prozeßeröffnung gegen Birgit Hogefeld; Innere Sicherheit: Offensive 2000; u.v.m.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Fax: 0431/ 7 51 41

Jetzt da!

Dia Serie zum La Cortadora Café
„Kein Friede ohne Gerechtigkeit"

68 Dias + Text/Musik-Cassette + Begleitheft
Ausleihgebühr 30,- / Kaufpreis 130,-

Kontakt: Kaffeekampagne El Salvador
c/o Dritte Welt Haus
Westerbachstr. 40
60489 Frankfurt

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

miasma
zeitschrift für das wider

AUFSTÄNDE IN CHIAPAS/DROGENPOLITIK NACH DEM BVG-URTEIL/DIE LINKE & DIE MEDIEN/STRAFTAT: ANTIFASCHISMUS/"ZWISCHEN PLENUM UND PARTEI..."/CARL BARKS IN CHILE/SABOTAGE/MEDIENPOLITISCHE AMBULANZEN

1 Ex.: 4 + 2 DM,
ab 5 Ex. pro Stck. 3.50 DM & portofrei

c/o INFOLADEN ANSCHLAG HEEPERSTR. 132
33607 BIELEFELD

RADIO VON UNTEN
Das alternative Medienmagazin

jeden Monat neu, 48 Seiten, bundesweite und internationale Radio News

Einzelheft 5 Mark, Jahresabo 49 Mark, aktuelles Probeheft für 3 Mark beim

Verlag Rainer Pinkau, Weender Str. 30, 37073 Göttingen, Tel.: 0551- 55121

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 52 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; Jugendumweltbewegung: 37073 Göttingen, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Naturkost: 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Frankfurt
Bildredaktion: Ute Berthold

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

IM POSTFACH

Liebe CONTRASTE,

schönen Dank für das Frei-Abo. Leider finde ich in meinem Chaos hier Euren Brief nicht mehr, meine Zelle ist winzig klein (2m40 mal 2m70), wie in einer Kajüte muß ich jeden Winkel ausnutzen, um einigermaßen einen Überblick zu behalten und dennoch kommt es immer wieder zu unübersichtlicher Stapelei. Ich hab' die Nummer jetzt einem anderen Gefangenen gegeben, mit dem ich befreundet bin und der nach seiner Entlassung – allerdings erst in ein paar Jahren – eventuell gerne in einem Alternativ-Betrieb arbeiten würde. Falls er mit CONTRASTE etwas anfangen kann, könnt Ihr ihm vielleicht ebenso ein Gratis-Abo machen. Ich würde mich dann noch melden.

Eure Frage nach der Januar-Nummer klingt so etwas.... – vermutlich habt Ihr für Eure Arbeit und Solidarität zu uns wenig Resonanz bekommen. Aber das ist sicher kein Urteil über das, was Ihr geschrieben habt. Das ist generell so. Es herrscht doch zu oft eine Konsumhaltung.

Für mich selbst muß ich sagen, daß meine kräftemäßigen Möglichkeiten nach 20 Jahren Gefängnis sicher noch da sind, aber doch so, daß ich mir überlegen muß, was ich damit mache. Und ich bekomme monatlich – im Moment ist es etwas weniger – einige hundert Seiten Texte, Kopien, Broschüren usw. zugeschickt. Dahinter steckt in vielen Fällen der legitime Wunsch, daß sie gelesen werden, daß die Menschen, die sich diese Arbeit gemacht haben, eine Antwort bekommen. Nur packe ich das alles nicht so, wie ich's gerne machen würde.

Ich verrate Euch sicherlich kein Geheimnis, wenn ich Euch sage, daß nach dem Auseinandergehen der Gruppe die politischen Möglichkeiten noch schwächer geworden sind, nicht zuletzt, was die Gefangenenfrage betrifft. Ich weiß nicht, ob Ihr meinen Diskussionsbeitrag im ak im Frühjahr gelesen habt, leider hat es darauf keinerlei Reaktion gegeben. Sprich: Der Status Quo vom Herbst 93 (Spaltung) wurde eher bekräftigt als auch nur in Frage gestellt. Ich glaube nicht, daß aus einer solchen Enge heraus eine ausreichende Kraft mobilisiert werden kann, um jene politische Entscheidung zu erreichen, von der in jener Erklärung zum einwöchigen Hungerstreik die Rede ist. Mitte Oktober soll das Gutachten zu Irmgard endlich vorliegen, im Verfahren bei uns wird kommenden Dienstag der Psychiater Saß hier auftauchen, den wir wieder nach Hause schicken werden. ●

Grüße Lutz Taufer, Celle

Betr.: CONTRASTE Nr. 120, »Talente«

Ihr schreibt, daß das Talente-Experiment auf der Theorie Silvio Gesells beruhe. Dies ist meines Wissens nicht richtig. Auch wenn den Schweizer GesellianerInnen der Verdienst zukommt, dieses nichtkommerzielle Verrechnungssystem im deutschsprachigen Raum wieder in Erinnerung gebracht zu haben, so steht dessen Idee meiner Meinung nach sogar im Widerspruch zur Lehre Gesells. Das Talent-Experiment ist dem im englischsprachigen Raum schon seit mehreren Jahren praktizierten LET-System (Local Exchange Trading System) nachempfunden. Und dieses System steht eher in der Tradition des Konkurrenzgeldgedankens – auch free-banking genannt – als der Schwundgeldtheorie Silvio Gesells.

Gesell ist für die Beibehaltung einer Zentralbank, möchte dieses Monopolgeld nur mit einer Umlaufgebühr belegen. Diese Umlaufgebühr ist auch das einzige, was das Schweizer Talent-Experiment mit Gesell zu tun hat. Diese Umlaufgebühr ist aber in einem LET-System vollkommen unnötig. Jede/r TeilnehmerIn wird automatisch immer zuerst versuchen, innerhalb des Verrechnungsgeldsystems zu tauschen, weil derzeit das Monopolgeld ein viel universelleres Tauschmittel ist. Dieser Schwundgeldgedanke im Talent-Experiment hat also reinen propagandistischen Wert. Diese Propaganda lenkt aber vom eigentlichen Problem ab, nämlich daß eine Umlaufgebühr völlig unnötig ist, wenn das Geld vom Zwangskurs (Annahmezwang und Zwangswert) befreit wäre.

Bundesrepublikanische GesellianerInnen stehen dem Verrechnungsgeldgedanken teilweise sogar feindlich gegenüber. Einerseits haben sie einen eingeschränkten Geldbegriff. Sie sehen nur Bargeld als Geld an. Diesen eingeschränkten Geldbegriff benutzt Ihr auch in Eurem zweiten Artikel. Ist dies juristisch verständlich, um nicht den staatlichen Geldgesetzen zu unterliegen, halte ich es analytisch für falsch. Geld ist alles, was Geldfunktionen (Tausch-, Wertaufbewahrungs- und Rechenmittel) erfüllt. Und dies ist beim Verrechnungsgeld der Fall. Andererseits sind diese GesellianerInnen mehr damit beschäftigt – je nach Zeitgeist – linken oder rechten Parteien hinterher zu rennen, die ihnen die Herrschaft über die Bundesbank eröffnen könnten. ●

Uwe Brodrecht

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NETZ

Frauen und Männer:
Rollenverhalten im Berufsalltag
»Wo stehe ich als Frau, wo stehe ich als Mann und wie kommen wir zusammen?«
Termin: 12./13.11.94 in Neckergerach (b. Heidelberg)
Kosten: 400 DM (300 DM netz-Mitglieder)

Die Datev-Buchführung
Aufbau, Information, Grenzen
Termin: 24.-25.11.94 in München

Controlling für selbstverwaltete Projekte und Non-Profit Betriebe
Termin: 15.-16.12.94 in Bremen

Corporate Identy
Das Bewußtsein bestimmt den Auftritt. Fremd- und Selbstbild selbstverwalteter Betriebe
Termin: 11.-13.12.94 in Düsseldorf

Informationsvernetzung über Computer und Telefondienste
Nutzung von Datenbanken und Datenfernübertragung
Das Beispiel des redaktionsinternen Informationssystems der Zeitschrift CONTRASTE soll vorgestellt werden und der projektbezogene Nutzen von mailboxgesteuerter Kommunikation erläutert werden. In diesem Zusammenhang wird auch in die hierbei verwendete Software Crosspoint eingeführt.
In Absprache mit dem Verbund der selbstverwalteten Fahrradbetriebe (VSF) soll im Anschluß daran untersucht werden, welchen Nutzen und welche Möglichkeiten ein solches Informationssystem für einen Verband haben kann.
Ziel des Seminars ist es, den Kenntnisstand aller TeilnehmerInnen zur Online-Nutzung von Datenbanken und anderen Formen von Datenfernübertragung soweit zu entwickeln, daß jede(R) im eigenen Arbeitsfeld und in der eigenen Organisation den Nutzen solcher Systeme einschätzen und ggf. einrichten kann.
Termin: 11./12.12.94 in Berlin
Kosten: 240 DM

PCK für AnwenderInnen
12.-13.1.95, Dortmund
Handwerk ohne Meister
20.1.95, Frankfurt

Vereinsrecht
27.-29.01.95, Regensburg
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
und Selbstorganisation
Börnestr. 10
40211 Düsseldorf
☎ (02 11) 164 95 83
Fax (02 11) 35 15 91

ÖKOM

Den Erfolg erlebbar machen
– gemeinsam Ziele vereinbaren
18.-20.11.94
Professionelle Teamarbeit mit NLP
25.-26.11.94
Attachment und sichere emotionale Basis im Team
9.-11.11.94
Information & Anmeldung:
Ökom, Udo Schramm
Franziskusstr. 46
44795 Bochum
☎ (02 34) 43 48 89 (auch Fax)

JUGENDUMWELTBEWEGUNG

anders leben – anders arbeiten
Termin:
9.-11.12.94 Ökostation Deister-Vorland, Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, Verden
Weitere Infos bei:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung, Kerstin Rabenstein, Esmarchstr. 42c, 22767 Hamburg

RAT & PLAN

Führen und Leiten
für Vorstände und Geschäftsführer von Non-Profit-Organisationen
Termine: 22.11./29.11./6.12.94
Die Partnergesellschaft
– eine neue Rechtsform für Freiberufler
Handwerk ohne Meister
Termin: 24./25.11.94
Arbeitsrecht
Termin: 30.11.94
Information & Anmeldung:
Rat & Plan, Am Felde 2
22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

IBPRO

Spenden und Bußgelder erfolgreich akquirieren
1.12.94, 10-17 Uhr, München
Management in sozialen Einrichtungen
6./7.12.94, jeweils 10-17 Uhr, München
Zeitmanagement und Arbeitstechniken
14./15.12.94, jeweils 10-17 Uhr, München
Pfade durch den Informationsdschungel
16./17.1.95, jew. 10-17 Uhr, München
Information & Anmeldung:
IBPRO
Kaulbachstr. 85/III
80802 München
☎ (0 89) 34 33 53
Fax 34 57 95

UTOPIE

Utopie-Projekt Münster:
Utopien nach '89
Selbstbestimmt Leben
Zu Kommunen und anderen Projekten alternativer Lebensformen
18. bis 20.11.94 in Münster
Vom Ende des Ganzen
Chancen anarchistischer Utopien nach dem Ende des Staatssozialismus und anderer Universalismen
Rolf Cantzen, 3./4.12.94
Ökologische Krise und Utopie
Gerhard Breidenstein
3./4.12.94
Soziale oder ökologische Erneuerung?
Ein sozialökologischer Beitrag zur libertären Erneuerung
Christian Sigrist
3.12.94, 20 Uhr
Detailierte Infos:
Siehe unsere Beilage, ansonsten bei
Utopie-Projekt Münster
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
48151 Münster

FRAUEN

Frauen leiten Gruppen
Ziel dieses Kurses ist es, die eigenen Erfahrungen und theoretischen Vorstellungen zu hinterfragen, Konzepte klar aufzubauen und neue Methoden kennenzulernen. Lernen und Lehren kann Spaß machen. Arbeit mit Gruppen als ein aktives Miteinander, in das die ganze Person einbezogen wird. Dieser Kurs ist für Frauen gedacht, die in Projekten, Institutionen oder freiberuflich mit Gruppen arbeiten bzw. arbeiten wollen.
Bildungsurlaub vom 4. bis 9.12.94
Information & Anmeldung:
Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.
Schaßstr. 4
24103 Kiel
☎ (04 31) 67 88 30

FRAU UND ARBEIT

Buchführung für Freiberuflerinnen
11. bis 13.11.94
Wir brauchen »Zuwendung«
Einführung in das öffentliche Zuwendungsrecht
14.11.94, ganztägig
Erzieherin – was nun?
17./18.11.94
Arbeitsrecht/Personalführung
18./19.11.94
Buchführung für Vereine
21. bis 23.11.94

SCHON BESTELLT ?

BUNTE SEITEN 1995
Marktplatz der ökologisch verantwortungsvollen und politisch engagierten Betriebe und Projekte. Erstmalig als Handbuch und stark erweitert. Für 30 DM (im Abo 20 DM) gegen Vorkasse erhältlich über die CONTRASTE-Redaktionsanschrift.

Buchführung für Existenzgründerinnen
25. bis 27.11.94
»Ich mache mich selbständig«
2. bis 4.12.94
»Vorhang auf für Öffentlichkeitsarbeit«
5. bis 7.12.94
Rhetorik und Gesprächsfähigkeit
10./11.12.94
»Jetzt habe ich einen schönen Titel – und wie weiter?«
Berufsorientierung für Akademikerinnen
12. bis 16.12.94
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

ÖKOLOGIE

Arbeitsplätze pro und contra Ökologie
Umweltschutz ohne Grenzen II
Die Bereitschaft zur Verhaltensänderung bei VerbraucherInnen und Unternehmen wächst. Umweltpolitische Maßnahmen stehen zur Diskussion und geben wichtige Impulse für innovative Technologien und Dienstleistungen. Verhindert die Sorge um das Wirtschaftswachstum, daß die Weichen für eine ökologische Zukunft gestellt werden? Wie kann eine präventive Umweltpolitik den Arbeitsmarkt entlasten und gleichzeitig bezahlbar sein?
Die Tagung untersucht das Wechselspiel zwischen Umweltschutzmaßnahmen, Wettbewerb und Arbeitsplatzangebot sowie zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen und bietet ein interessantes Begegnungsfeld für VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Umweltverbänden.
Termin: 1./2. Dezember 1994
Veranstalter:
Institut für ökologisches Recycling
und
Gesellschaft für präventiven Umweltschutz
Kurfürstenstr. 14
10785 Berlin
☎ (0 30) 261 61 86
Fax 265 03 66

Das braune Gold
Vermarktung von Kompost und Kompostprodukten
Viel Kompost wird produziert, viel Kompost wartet darauf professionell vermarktet zu werden. Wie ist der Königsweg für die Vermarktung zu finden? Warum mit dem Kompost in die Ferne schweifen, wenn er gut ist und so nahe liegt? Diese Fachtagung gibt Antworten. Hier werden neue Ideen und bewährte Konzepte – also die ganze Bandbreite der Möglichkeiten zur Vermarktung – aufgezeigt. Lösungsstrategien wie z.B. zentrale / dezentrale / regionale Vermarktungskonzepte werden von führenden Entsorgungsunternehmen vorgestellt. Konkretes Praxisknow-how liefern zudem Betreiber von Kompostwerken und Zwischenhändler. Sie berichten über Erfahrungen und Vorhaben der Produktion und Vermarktung. Ein modernes Kompostwerk wird besichtigt.
Termin: 14.-15.11.94 in Nienburg/Weser
Anmeldung & Information:
RHINO, Melchiorstr. 14
50670 Köln
Fax (02 21) 739 08 92

Berufliche Umweltbildung für Meister und Ausbilder
28.-30.11.94, Nähe München
Information & Anmeldung:
Ökologische Akademie e.V.
Baiernrainer Weg 17
83623 Linden
☎ (0 80 27) 14 94, Fax 16 59

Wirtschaft im Wandel
Umwelt – Wachstumsmarkt der Zukunft. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze – so das Ergebnis einer Studie des Umweltbundesamtes. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das die Studie erstellt hat, rechnet mit fast 400.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen allein bei der Fortsetzung der gegenwärtigen Umweltpolitik. Eine Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll mit Gesprächspartnern aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft am 10.12.1994 von 9 bis 12.30 Uhr.
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie Bad Boll
Tagungsnummer W5 10 94
Akademieweg 11
73087 Bad Boll
☎ (0 71 64) 79-0
Fax 79-440

MEDIEN

Seminarreihe:
Öffentlichkeitsarbeit für soziale und kulturelle Einrichtungen
1. Journalistische Stilformen
Vom Aufbau eines journalistischen Beitrages hängt es ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information, jedes Angebot kann man auf verschiedene Weise darstellen. Für MitarbeiterInnen in sozialen und kulturellen Einrichtungen, die sich mit Broschüren, Flugblättern, Handzetteln und Plakaten an die Öffentlichkeit wenden, sind Kenntnisse in diesem Bereich des praktischen Journalismus unverzichtbar.
Termin: 26. bis 27.11.94
2. Public Relations
Soziale und kulturelle Einrichtungen nutzen Medien und Multiplikatoren – Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, Programmhefte etc. – um ihre Inhalte, Programme, Themen und Diskussionsbeiträge an die interessierte Öffentlichkeit zu bringen und für Veranstaltungen und Angebote zu werben.
Wer an der Öffentlichkeit partizipieren will, muß die Zugänge zu den Medien – Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, elektronische Medien – kennenlernen. Kenntnisse über die Arbeit der Multiplikatoren sind für jede Initiative oder Einrichtung ein Muß. Im Seminar geht es um die Kontaktaufnahme zu den Medien und die Zusammenarbeit mit Journalisten.
Termin: 10. bis 11.12.94
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V.
Sigrid Zauter
Holzschuherstr. 6
90439 Nürnberg
☎ (09 11) 26 88-46)
Fax (0 89) 13 14 06

VERKEHR

Brennpunkt Verkehr
Kommunale Strategien und rechtliche Instrumentarien zur Reduzierung des Autoverkehrs.
Vorgestellt und diskutiert werden gesundheitliche, verkehrsplanerische, rechtliche Aspekte zur Reduzierung des Autoverkehrs aus der Sicht der Kommunen und betroffener AnwohnerInnen.
Termin: 10.11.94 in Berlin,
Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
Anmeldung & Programm:
Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
Anschrift s.o.

EU-GEGENGIPFEL

»Holen wir die Sterne vom Himmel«
Freitag, 9.12.1994
(Tagsüber vielfältige Strassenaktionen in Essen im Rahmen eines zentralen Aktionstages »Greifen wir gemeinsam nach den Sternen«.
Auftaktveranstaltung zu Gegengipfel und Aktionswochenende:
Grundsätzliche Perspektiven der linken EU-Kritik. Eurozentrismus und Neokolonialismus (Samir Amin, angefragt); Militarisierung der EU-Aussenpolitik (Gregor Gysi, PDS, angefragt); Festung Europa/Europäische Flüchtlingspolitik (Claudia Roth, Buendnis 90/Die Grünen); Ökoimperialismus und Naturzerstörung (Jutta Ditfurth, Ökologische Linke); Neoliberale Modernisierung und europaweite Klassenkaempfe (N.N.).
18-21 Uhr Zeche Carl, E.-Altenessen, Wilh.-Nieswandt-Allee 100.
Kabarett-Spezial. Neun deutsche KabarettistInnen mit einem exklusiven Kurzprogramm zur europäischen Integration. 21 Uhr Zeche Carl, s.o.
Samstag, 10.12.1994
(Bundesweite Großdemonstration von der Essener Innenstadt in Richtung Gruga, dem offiziellen Tagungszentrum des EU-Gipfels.
12-13 Uhr Auftaktkundgebung, voraussichtl. Willy-Brandt-Platz;
15-16 Uhr Abschlusskundgebung.
Podiumsveranstaltung: Alternative Positionen zu den Hauptthemen der Essener EU-Ministerratstagung. Ökonomische Krise und neoliberale Umstrukturierung (Frieder Otto Wolf, Bündnis 90/Die Grünen); Sozialcharta und Perspektiven des sozialen Widerstands (N.N.); Kerneuropakonzept und bundesdeutsche Großmachtpolitik (N.N.); EU-Erweiterung und Peripherisierung Osteuropas (Büro kritische Europainformation, Wien).
18-21 Uhr Zeche Carl, s.o. (Grosse Anti-EU-Party mit Live-Musik. 21.00 Uhr KKC, Universität Essen, Segerothstrasse.
Sonntag, 11.12.1994
Gegenkongreß Perspektiven des Widerstandes und Alternativen für ein Europa der Menschen in vier thematischen Foren:
Forum 1:
Frieden, umwelterhaltendes Wachstum, Überwindung der Entwicklungsunterschiede in der Welt. Ist die Maastrichter Europäische Union eine Antwort auf die globalen Herausforderungen?
Forum 2:
Neoliberaler Modernisierungsangriff und Perspektiven der Klassenkämpfe in Europa.
Forum 3:
Festung Europa: Eurorassismus, Flüchtlingspolitik und die Mobilisierung der Neuen und Alten Rechten.
Forum 4:
Ökoimperialismus und Naturzerstörung. 10-14 Uhr Zeche Carl, s.o.
Abschlussdiskussion des Gegenkongresses zu den Perspektiven linken Widerstands in Europa. 14-16.00 Uhr Zeche Carl, s.o.
(Weitere Veranstaltungen, u.a. zur Situation politischer Gefangener sowie ein Treffen kommunistischer Parteien.)

Anderes Wirtschaften hat Zukunft

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz-Bundesverband
Huckarder Str. 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231/16 24 76
Fax: 0231/16 27 98

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1